
Erregende Betäubung – Neue Medien in alten Mustern ▶ Außerdem: ▶ Abschied von Atatürk ▶ Banden sind Männerbünde ▶ Macht das MAI alles neu? ▶ Global Cities – Zero Tolerance ▶ »Chinesen« in Südostasien ▶ Kein Krieg am Golf ▶ Register '97 ...
iz3w
▶ blätter des informationszentrums 3. welt
▶ blätter des informationszentrums 3. welt
Kursbuch
Internet
Anschlüsse an Wirtschaft u
Wissenschaft und Kultur

In dieser Ausgabe

Titelbild: R. Maro/version
Montage: Büro MAGENTA

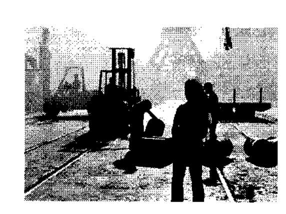
Politik und Ökonomie

Schwerpunkt:

Erregende Betäubung
Neue Medien in alten Mustern?



Kultur und Debatte



Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Geschenkabo für Lamers und Kinkel!

Wenn die diplomatischen Seichtigkeiten einmal beiseite gelegt werden und die taktische Freundlichkeit der Staatsmänner einem offenen Kneipenjargon weicht, dann werden zuweilen kleine Wahrheiten ausgesprochen. So hat sich der türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz in einem Interview mit seinem Vorwurf, Deutschland betreibe mit der EU-Osterweiterung eine Fortsetzung der nationalsozialistischen »Lebensraum«-Politik, zwar offenbart, daß es mit seiner Analyse nationalsozialistischer und bundesdeutscher Politik nicht weit her ist, doch die Agitation und die Reaktionen auf den Vergleich lassen tiefer blicken als jede vorgefaßte politische Erklärung.

Zunächst wirken Yilmaz' Äußerungen grotesk. Die Stichworte »Osten«, »Hinterhof« und »Vereinnahmung«, mit denen er die Osteuropapolitik Deutschlands und der Europäischen Union zu charakterisieren versucht, passen wie maßgeschneidert auf seine eigene »Ostpolitik« gegenüber Kurdistan. Schon 1992 waren in der Türkei Parallelen zwischen BRD und Nazi-Deutschland gezogen worden. Anlaß damals war ein kurzzeitiger Stop deutscher Waffenlieferungen, weil diese zu offensichtlich gegen Kurden eingesetzt worden waren. Der damalige Ministerpräsident Turgut Özal hatte sich die Einmischung der »selbsternannten Großmacht« verbeten.

Diesmal allerdings geht es nur indirekt um den Krieg in Kurdistan. Deutschland, so der Vorwurf, bevorzuge bei der EU-Erweiterung den eigenen »Hinterhof«, nämlich die osteuropäischen Staaten, gegenüber den südosteuropäischen, insbesondere der Türkei. Tatsächlich sind die Begründungen für die Bevorzugung Polens, Tschechiens und der baltischen Staaten gegenüber Rumänien, Bulgarien oder der Türkei vorgeschoben. Denn wenn es um Waffenlieferungen oder die NATO-Zusammenarbeit geht, werden türkische Menschenrechtsverletzungen genausowenig berücksichtigt wie bei der Asyl-Rechtsprechung oder der Abschiebepraxis gegenüber kurdischen Flüchtlingen. Der Ausschluß der Türkei hat in erster Linie migrationspolitische und ökonomische Gründe. Während nämlich Polen oder Tschechien attraktive Zukunftsmärkte versprechen, sind die in der Türkei längst aufgeteilt. Und während aus den osteuropäischen Staaten allenfalls Teilzeit-ArbeitsmigrantInnen und ErntehelferInnen erwartet werden, könnten aus der Türkei kurdische und türkische Flüchtlinge ohne Asylverfahren in Europa Zuflucht finden.

Der außenpolitische Sprecher der CDU, Karl Lamers, wirft Yilmaz jetzt überholten »Nationalismus und Chauvinismus« vor. Angesichts der Debatte um das Staatsbürgerrecht und der Polemik um die Grenzsicherung gegenüber Nichteuropäern klingt das genauso heuchlerisch wie Yilmaz' rhetorischer Angriff. Doch leider gilt bei Nationalisten nicht das Prinzip des doppelten Minus, das Plus ergibt. Zwei Nationalisten, die sich ihre Gesinnung gegenseitig vorwerfen, machen noch keinen Antinationalismus. Aber spaßig ist es schon, wenn reaktionäre Politiker Nationalismus und Chauvinismus als Schimpfworte verwenden.

Vielleicht, so unsere zugegebenermaßen verwegene Hoffnung, spricht aus Yilmaz und Lamers, aus Özal und Kinkel ein Unterbewußtsein, das längst registriert hat, welches Ausmaß an Unsinn ihre nationalistischen Ideale bedeuten. In jedem Fall bestärkt uns der Streit in unserem Vorhaben, diese Konstrukte offenzulegen und eines Tages auch loszuwerden. Die Analyse von Nationalismus und Rassismus, die Frage nach ihrer Entstehung und ihren Funktionsweisen bleibt eines unserer Hauptanliegen. So ganz haben wir uns nämlich noch nicht von der Idee verabschiedet, unser Medium könne mehr bewirken als »Erregende Betäubung«. Den Weg solcher Analyse in die Bewußtseins- und Unterbewußtseinsebenen bitten wir hiermit freizumachen: Ein Geschenkabo für Karl Lamers und Klaus Kinkel!

die redaktion

Abschied von Atatürk

Interview mit Ömer Erzeren



Foto: R. Maro/version

In den 20er Jahren entstand unter Kemal Atatürks Herrschaft die moderne Türkei. Säkularisierung und Modernisierung nach westlichem Vorbild waren wesentliche Elemente seines Programms, das er mithilfe des Militärs durchsetzte. Die Armee drängte in den letzten Jahrzehnten die linke, kurdische und islamistische Opposition zurück. Doch große Teile der Gesellschaft identifizieren sich immer weniger mit dem Kemalismus.
Ömer Erzeren lebt seit über zehn Jahren in Istanbul und arbeitet als Korrespondent für die taz und die Schweizer WochenZeitung WoZ. Er hat nun ein Buch mit Reportagen und Kommentaren zur Türkei veröffentlicht und war anläßlich seiner Lesereise Gast des iz3w.

iz3w: *Dein Buch trägt den Titel: »Der lange Abschied von Atatürk«. Für das Programm Atatürks, den Kemalismus, steht heute in der Türkei vor allem das Militär. Es scheint mehr zu sein als eine Clique, der es nur um Machterhalt geht – schließlich gilt die Armee als Hüterin der Verfassung. Ist die türkische Armee eine besondere Armee?*

► **Erzeren**: Ja, denn sie hatte ganz entscheidenden Einfluß bei der Gründung der Republik 1923, die zunächst nicht von einem Bürgertum getragen wurde. Die Militärinterventionen in der Türkei – und ich glaube auch die Abdrängung des islamistischen Ministerpräsidenten Erbakan 1997 muß man als militärische Intervention ansehen – sind in einem vorgegebenen, institutionellen Rahmen passiert. Mächtige Organe wie der Nationale Sicherheitsrat sichern den Einfluß des Militärs auf die Gesellschaft. Die Grundlagen nicht nur der Sicherheitspolitik, auch der Innen-, der Außen-, der Bildungspolitik werden hier festgelegt. Die Armee ist desweiteren sehr stark durch ihre ökonomischen Interessen präsent, etwa durch den Armeehilfsfonds Oyak, einen der größten Mischkonzerne des Landes. Außerdem arbeiten die Militärs wie ein politischer Verband, mit PR-Stäben, Pressekonferenzen usw. Sie haben nicht die fixe Idee, daß man mit Waffen alles kann, sondern schauen, wie und mit welchen Bündnissen die eigenen Interessen durchgesetzt werden können. Letztlich handelt es sich beim Militär um einen institutionellen Organismus, der den Status Quo, das bestehende Herrschaftsystem, bewahren will.

Aber einen gewissen Idealismus hat die Armee doch. Erbakan wollte ja das System reformieren, ohne das Militär wirklich anzugreifen. Da hätte man sich doch auch arrangieren können. Warum haben die Generäle ihre säkularistische Linie so konsequent verfolgt?

► Zum einen gibt es die ideologische Bindung an den Kemalismus, an den türkischen Nationalismus als Herrschaftsgrundlage. Zum anderen hat gerade zum Zeitpunkt der Abdrängung von Erbakan das neue islamistische Kapital, das jetzt verstärkt auf den Markt tritt, die Position des Militärs bedrängt. Es gab z.B. lukrative staatliche Ausschreibungen, bei denen der Armeehilfsfonds konkurriert hat mit einem islamistischen Konzern. So sind auch ökonomische Konkurrenzfelder entstanden.

Das Militär repräsentiert weiterhin das kemalistische Modell. Öffnet sich denn keine Schere zwischen einer Gesellschaft, die dem Säkularismus den Rücken kehrt, und einem Staat, der ihn hochhält?

► Die türkische Gesellschaft ist de facto weitgehend eine säkulare Gesellschaft, auch auf dem Land. Ich glaube, daß letztlich gerade das repressive politische System in der Türkei erst den Aufstieg eines politischen Islam ermöglicht hat. Der politische Islam war in den 60er und 70er Jahren marginal, und erst durch die ganzen Verbote ist es dazu gekommen, daß er entdeckt wurde als Widerstandssymbol gegen ein politisches System, das nichts durchgehen läßt.

Waren da wirklich nur Verbote der Auslöser? Oder war nicht auch das Identifikationsangebot des Kemalismus, des Militärs unzureichend? Der Nationalismus, in diesem Jahrhundert das Vergemeinschaftungskonzept schlechthin, scheint in der Türkei in die Krise geraten zu sein. Warum?

► Zum einen ist der türkische Nationalismus ein sehr später Nationalismus. Er wurde Anfang des 20. Jahrhunderts erfunden und dann von oben durchgesetzt, oktroyiert. Und zum anderen muß das Ganze heute natürlich verbunden sein mit wirtschaftlichem Erfolg. Es waren gerade die neoliberalen Umstrukturierungskonzepte von Özal in den 80er Jahren, die dazu geführt haben, daß sich einige Gruppierungen abgesondert haben. Nicht umsonst fällt der Aufstieg der PKK, die Entdeckung von kurdischer Identität und kurdischem Nationalismus, das Aufbegehren der Aleviten gegen die Bevorzugung der Sunniten in eben diese Zeit. Man braucht parallel zu einem Nationalismus, zu populistischen Politiken, ökonomische Integrationskonzepte, und die fehlen heute.

Neben den Islamisten als Oppositionsbewegung formierte sich in den vergangenen Jahren auch die Linke neu. In den 70ern war sie die größte Herausforderung für die türkische Republik. Nicht wenige haben gesagt, der Putsch

1980 hätte deswegen stattgefunden. Danach jedenfalls sind die Linken zunächst in der Versenkung verschwunden. Jetzt kommt es zu einer Art Revival. Wer sind jetzt diese neuen linken Gruppierungen?

► Vor fast zwei Jahren wurde die Partei »Freiheit und Solidarität« gegründet. Das Interessante an dieser neuen, legalen Partei ist, daß sie alle Strömungen, die es innerhalb der Linken in den 70er Jahren gab, in sich aufnahm, plus dem, was sich an neuer sozialer Bewegung – Frauenbewegung, Ökologie etc. – in den letzten Jahren formiert hat. So ein bißchen wie die Gründungsphase der deutschen Grünen. Und diese Partei hat als außerparlamentarische Kraft doch ziemlich viel Zulauf erhalten und wird auch in den großen bürgerlichen Medien entsprechend gewürdigt.

Arbeitet die Linke am langen Abschied von Atatürk mit?

► Ganz sicher. Übrigens ist die Partei »Freiheit und Solidarität« eine Ausnahmeerscheinung in der gesamten Türkei, weil es intern demokratische Strukturen gibt – die hat keine der großen bürgerlichen Parteien. An zweiter Stelle in Sachen parteiinterner Demokratie folgt dann die islamistische Bewegung, in der am ehesten Basisprozesse bis nach oben vermittelt werden. Auch das ist ein Abschied von Atatürk und seinem autoritären Erbe. Die Linke hat sich über Jahrzehnte als der fortschrittlichere Teil des Kemalismus begriffen. Ich glaube, diese Zeit ist vorbei. Heute wollen die außerparlamentarischen Linken eine autonome Positionsbestimmung vornehmen, sowohl gegen die Militärs, gegen das Regime, als auch gegen die Islamisten. Wobei doch interessanterweise aus einem Teil der Bewegung des politischen Islam Kräfte hervorgegangen sind, die für einen demokratischen Konsens gewinnbar sind. Es gibt islamische Kräfte, die auf einen Kompromiß mit linken Kräften hinarbeiten.

Die türkische Gesellschaft ist de facto eine säkulare Gesellschaft

Diese islamischen Kräfte sind aber nicht die Wohlfahrtspartei bzw. ihre Nachfolgerin, die Partei der Tugend?

► Die Wohlfahrtspartei ist ein Unikum. Erbakan hat eine ganz heterogene Bewegung in den Rahmen einer Partei integriert. Da gab es Leute, die aus der Türkei einen islamischen Staat machen wollten, bis hin zu anderen, die in der Partei eine Art CDU/CSU sahen, also eine säkulare Partei mit religiösen Wertvorstellungen. Jetzt, nach dem Verbot der Wohlfahrtspartei und nach dem politischen Betätigungsverbot für Erbakan, werden aus der alten Partei sicherlich ganz verschiedene Strömungen hervorgehen, etwa die erwähnte neue Partei der Tugend, in der jetzt die alten Abgeordneten der Wohlfahrtspartei sind. Erbakan hat stets in Kooperation mit dem Militär und in Unterordnung unter die Spielregeln versucht, sein Programm, die Islamisierung der Gesellschaft, durchzusetzen. So hat er im Februar 1997, als er Ministerpräsident wurde, den von den Militärs vorgelegten Maßnahmenkatalog gegen Islamisten unterschrieben, der ihm ja eigentlich völlig gegen den Strich ging. Und das ist seine Tragödie. Wäre er damals zurückgetreten, oder wäre er heute im Gefängnis, könnte er ein Märtyrer werden: Aber so ist er jemand, der mitgespielt hat und trotzdem weggedrängt wurde – politisch am Ende. Und nichtdestotrotz jetzt gibt es eine neue Generation in der Partei, die sagt: Wir müssen standfester sein, wir lassen uns nicht mehr von den Militärs alles gefallen.

Die Frage nach den Islamisten steht in der bundesdeutschen Presselandschaft im Vordergrund, wenn von der Krise des türkischen Staates die Rede ist. Die Kurdenproblematik dagegen taucht fast nur noch auf, wenn es um den Irak geht. Ist das nur eine Frage der Wahrnehmung, oder war die sogenannte militärische Lösung des türkischen Staates erfolgreich? Oder ist der Bürgerkrieg nach wie vor so virulent wie vor fünf Jahren?

► Nein. Es gibt derzeit keinen Bürgerkrieg. Momentan ist der Aktionsradius der PKK extrem eingeschränkt. Es gibt einfach eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses – militärisch gesehen hat der türkische Staat den Konflikt gewonnen. Auf der anderen Seite ist politisch überhaupt nichts gelöst. Es gibt kurdische Migrantenghettos im Westen der Türkei; und nach wie vor genießt die PKK große Unterstützung in der Bevölkerung. Der türkisch-kurdische Konflikt ist da, doch ist er aus dem Blickfeld geraten, weil die Herrschenden das Thema erfolgreich tabuisiert haben.

Welche Auswirkungen hat das auf die PKK? Hat sie jetzt de facto kapituliert? Zerfällt sie? Ist die kurdische Nationalbewegung in der Türkei mit der Niederlage im militärischen Kampf am Ende?

► Genaueres weiß man nicht, aber es scheint zumindest Konflikte innerhalb der Organisation zu geben. Das geht aus der Heftigkeit der Schriften Öcalans und seinen Angriffen auf einzelne Parteifunktionäre hervor.

Die Kurden konnten nicht gegen eine der größten NATO-Armeen erfolgreich sein. Die PKK hat mit dem bewaffneten Kampf auch nicht angefangen, um den türkischen Staat zu besiegen oder ein unabhängiges Kurdistan zu schaffen. Sie wollten zeigen: Uns könnt ihr nicht fertigmachen, wir existieren weiter. Diese Demonstration ist ihnen, glaube ich, gelungen. Und jetzt kommt der Versuch, sich politisch einzuklinken, politisch legal zu wirken, denn mit den Mitteln der Guerilla geht es nicht mehr. Das scheint mir auch die Strategie von Öcalan. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine Legalisierung wohl nicht möglich, die Polizei hat ja den gesamten Vorstand der legalen kurdischen Partei HADEP festnehmen lassen. Aber mittel- und langfristig ist das nicht ausgeschlossen.

Hat denn der »Menschenrechtsdiskurs« der EU Auswirkungen auf die türkische Politik gegenüber den Kurden?

► All das, was von türkischen Politikern der EU versprochen worden ist, ist ziemlich unbedeutend. Zu wirklichen Verbesserungen der Menschenrechtssituation ist es immer dann gekommen, wenn interne Dynamiken in der Türkei auf eine Reform hinausliefen. Die öffentliche Meinung in der Türkei ist eine viel größere Kraft, erteilt viel stärkere Schübe in Richtung Demokratisierung als beispielsweise das, was auf Konferenzen zwischen der EU und der Türkei abläuft. Da hat man hier vielfach eine ganz falsche Perspektive. Und das ganze Verhältnis EU-Türkei wird nicht bestimmt von irgendwelchen Menschenrechtsverhältnissen – auch nicht seitens der EU.

Wenn diese EU-Forderungen so geringe Bedeutung haben, liegt das auch daran, daß für die Türkei noch nicht klar ist, in welche Richtung sie sich orientiert?

► Nicht wenige in der Türkei freuen sich heute darüber, daß sich die Beziehungen zur EU nicht so freundlich gestaltet haben, daß die Türkei nicht zu den elf Beitrittskandidaten gehört. Die Türkei ist strategisch an einer sehr zentralen Stelle, und man will all diese machtpolitischen Möglichkeiten nicht aus den Händen geben. Ich denke, besonders Kreise im Militär wollen sich Optionen offenhalten – man möchte keine zu enge Anbindung an die USA oder an die EU. Ich will nur an den letzten Golfkrieg erinnern. Der damalige Staatspräsident Özal wollte in den Nordirak einmarschieren und die Ölfelder von Mossul kassieren. Das türkische Militär hat diesen Einmarsch verhindert. Allein die Mitgliedschaft in der NATO ist ihnen Festlegung genug. Bei der Frage der Pipelineführung vom Kaspischen Meer ziehen die USA und die Türkei an einem Strang gegen Rußland. Wichtigster Geschäftspartner ist letztlich die EU, politisch zuverlässigster Partner die USA.

Der lange Abschied von Atatürk – wohin verabschiedet sich die Türkei?

► Gegenwärtig beschreitet das Militär weiterhin den autoritären Weg. Ich hoffe, daß es zu einem demokratischen Aufbruch kommt, der zu einem neuen sozialen und politischen Kompromiß führt. Doch auch eine islamistisch-faschistische Synthese ist nicht ausgeschlossen.

Das Interview führten Jörg Später und Anne Françoise Weber.

Das große Schweigen

Über linkes Desinteresse an der Irak-Krise

von **Georg Lutz**

▸ Die Operation 'Desert Shield' erregte Anfang 1991 große Teile der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit auf eine besondere Art. Eine breite Antikriegsbewegung hängte weiße Tücher aus den Fenstern, blockierte Bahnhöfe und ging in Massen gegen den Krieg auf die Straße. Auf der anderen Seite griffen einige intellektuelle Edelfedern der Republik zu pathetischen Formulierungen und rechtfertigten den Angriff auf den Irak. Wer erinnert sich nicht an den Vergleich von Hans Magnus Enzensberger: »Hussein gleich Hitler«. In den vergangenen Wochen nahmen nun beide Fraktionen das Geschehen am Golf eher beiläufig zur Kenntnis, obwohl offenbar ein neuerlicher Krieg direkt bevorstand. So groß war die Ratlosigkeit und das Desinteresse, daß nicht einmal dieses selbst, d.h. der frappierende Unterschied zwischen den Reaktionen damals und heute, zum Gegenstand von Deutungsversuchen wurde.

Erklären läßt sich dieser Wandel vielleicht durch einen Zeitvergleich. Das Jahr 1991 stand noch im Zeichen von Nachkriegsdeutschland. Trotz allgemeiner Orientierungsverluste nach dem Ende der bipolaren Weltordnung schien zumindest in der Linken noch Konsens über die grundsätzliche Ablehnung militärischer Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung zu bestehen. Abgesehen von antikolonialen Befreiungskämpfen war Krieg für die bundesdeutsche Nachkriegsgeneration, und das unterschied sie positiv von allen vorherigen Generationen, nicht vorgesehen. Diese Antikriegshaltung war 1991 noch verbunden mit den Resten anti-imperialistischer Denkmuster, die mit der Opposition gegen das Konzept der 'Neuen Weltordnung' unter US-Führung noch einmal Auftrieb erhielten. Zusammen mit der ebenfalls schon in die Jahre gekommenen Solidarität mit dem Süden sorgten solche Restbestände traditioneller linker Denkart im Golfkrieg für das letzte Aufflackern eingeübter Protestformen.

Als die ersten Bomben auf Bagdad niedergingen, füllten sich die Straßen, saßen SPD-Abgeordnete mit Kerzen im Bundestag und wurde der Karneval abgeblasen. Und dann stand plötzlich eine Angstbewegung auf der politischen Bühne: Argumente wurden durch Sensenmänner, Knochengerippe und Fässer voller Schweineblut ersetzt. Selbsternannte Militärexperten faselten von den Republikanischen Garden und der Armee des Irak als der viertstärksten der Welt, von Atom- und Biowaffen sowie ökologischen Katastrophenszenarien. Viele fürchteten ein Übergreifen des Krieges und auf Rache sinnende arabische Terroristen in der eigenen Nachbarschaft. So schaukelten sich die Bilder der Kriegsbefürworter (der Dämon Hussein als übermächtige Gefahr für die Menschheit) und die diesem Gefahrenpotential entsprechenden Angstszenarien der Kriegsgegner zu geradezu apokalyptischen Visionen auf.

Bis 1998 hat sich an diesen Denkformen und Befindlichkeiten so viel geändert, daß der Beinahe-Krieg am Golf nicht nur bei der Linken, sondern auch beim großen Rest der Gesellschaft kaum mehr als ein Achselzucken hervorruft. Möglicherweise hängt dies damit zusammen, daß Krieg zwischen den Metropolen des Nordens dort mittlerweile als Mittel der Politik von gestern angesehen wird. Er kann nicht mehr wie einst zur Stiftung nationaler Identität dienen, auch nicht mittels homogenisierender Panikmache. Vielmehr hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges eine Verschiebung von kriegerischen hin zu ökonomischen Energien noch verstärkt. Letztere »diktieren den vibrierenden Gesellschaftskörpern die neuen Streßthemen vom globalen Wettbewerb« (Peter Sloterdijk). Militärisches Brimborium ist nicht mehr angesagt. »Die Fitneßtrainer haben die Generale in den Hintergrund gedrängt, die mobilisierten Nationen haben die Stiefel mit den Luftpolsterlaufschuhen vertauscht.« Die Fit-for-Fun-Generation der Postmoderne muß sich nicht auf das nächste Stahlgewitter vorbereiten, sondern auf den Nationenwettlauf. Neid- und Innovationsstreß haben den klassischen Feindstreß abgelöst.

Der Golfkrieg stand am Anfang der Neulegitimation von »militärischer Intervention«

Gleichzeitig hat der Krieg jedoch seine Funktion lediglich gewandelt. So bestechend das »Standortbild« sein mag, es verdeckt, daß Krieg auch wieder Mittel der Politik geworden ist. Heute bereiten sich darauf allerdings immer weniger junge Männer in stumpfsinnigem Kasernendrill vor, sondern gut ausgebildete und technisch hochgerüstete Krisenreaktionskräfte erledigen ihren »job«. Die »Schule der Nation« wird kaum mehr benötigt. Die neuen High-Tech-Soldaten schützen »unsere« Rohstoffquellen, ermöglichen robuste Friedenssicherung und halten uns Fundamentalisten und Diktatoren wie Saddam Hussein vom Hals.

Diese Sichtweise hat sich seit 1991 durchgesetzt. Der Golfkrieg stand am Anfang einer Neulegitimation von militärischer Intervention. Damals brauchte es noch die Hitze der Auseinandersetzung zwischen »Friedensfreunden« und »Kriegstreibern«, um Enzensberger zu seinem Hitler-Vergleich und Wolfgang Pohrt zu seiner Aufforderung zu bewegen, Israel möge doch Kernwaffen gegen den Irak einsetzen. Inzwischen ist die Debatte über die Stationen Jugoslawien, Somalia, Haiti, Kambodscha, Ruanda etc. weitergegangen. Ein Kampfeinsatz der Bundeswehr ist heute sogar bei den Grünen mehrheitsfähig. Gesamtgesellschaftlich war im Januar 1998 der Nachkriegskonsens »Krieg darf niemals wieder Mittel von Politik werden« geknackt. In der Linken hat der Golfkrieg den Endpunkt einer notwendigen, aber unter Schmerzen vollzogenen Abkehr von liebgewonnenen dichotomischen Denkmustern markiert und bis heute Orientierungslosigkeit hinterlassen. Es empörte und demonstrierte sich leichter mit einem Weltbild, das einen noch klar zwischen Gut und Böse unterscheiden ließ.

Aber auch damals waren Aufregung und Angst nur punktuell. Nach 43 Tagen »Wüstensturm« diskutierten nur noch die Experten. Die beschworene und befürchtete weltweite Apokalypse hatte nicht stattgefunden, die politische Orientierungslosigkeit war offenkundig geworden und der »Nie wieder«-Nachkriegskonsens hatte sich als einigermaßen oberflächlich erwiesen. Die Antikriegsbewegung lief auseinander. Beiden Seiten, den »Pazifisten« und den »Bellizisten« war es offensichtlich in erster Linie um Deutschland gegangen. Den einen um deutsche Angst und den anderen um ihren Eintritt in die Realpolitik, in der die seit 1990 immer wieder beschworene »internationale Gemeinschaft« auch wieder das Kriegsbeil ausgraben darf. Der Irak war plötzlich wieder ganz weit weg – und dort ist er auch heute noch.

▸ **Georg Lutz** ist Mitarbeiter im **iz3w**.



Foto: J. Holst

Macht das MAI alles neu?

Was sich hinter dem 'Multilateralen Investitionsabkommen' verbirgt

von **Peter Wahl**

Deregulierungen und Liberalisierungen haben zu einem immensen Anstieg der globalen Auslandsinvestitionen geführt. Nun soll das 'Multilaterale Investitionsabkommen' (MAI) mittels eines weltweit verbindlichen Regelwerks die letzten Hindernisse des freien Kapitalflusses beseitigen. Was bedeutet das von der OECD, den führenden Wirtschaftstaaten, forcierte MAI für die Länder des Südens?

► In den letzten Jahren sind weltweit die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) rasant gewachsen – schneller als der Handel mit Waren und Dienstleistungen. Mit einem Umsatz von ca. 7 Billionen $ (1995) haben die Niederlassungen ausländischer Investoren den internationalen Handel inzwischen überrundet. Als Katalysator der Investitionsdynamik wirkte dabei eine zunehmende Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik von nationalen Regierungen und internationalen Institutionen (z.B. Strukturanpassungsauflagen von IWF und Weltbank). Zwischen 1991 und 1996 wurden weltweit insgesamt 599 Gesetze, Verordnungen und andere Regelungen zu ADI geändert, 95% davon in Richtung Liberalisierung und Deregulierung. Im gleichen Zeitraum verdreifachte sich die Anzahl bilateraler Investitionsabkommen auf über 1.900. Hier liegt eine häufig vorgebrachte Begründung der OECD für das MAI: Anstelle der unüberschaubaren Zahl bilateraler Abkommen wäre ein multilateraler Vertrag eine große Vereinfachung, der beträchtliche Effizienzgewinne ermöglichen würde (s. Kasten Seite 8).

Nun betrachten nicht mehr allein OECD-Politiker und Wirtschaftslobbyisten wachsende Auslandsinvestitionen als Weg aus der Armut vieler Staaten. Angesichts der zunehmenden Bedeutungslosigkeit der Entwicklungspolitik und der starken Einbrüche bei der Finanzierung der Entwicklungshilfe greifen inzwischen auch zahlreiche kritische Geister nach dem Strohhalm, den der Mainstream-Diskurs schon länger für den rettenden Balken hält: Die v.a. auf dem wachsenden Anteil der Privatwirtschaft basierende quantitative Zunahme der ADI hat zu der Annahme geführt, daß durch die Privatwirtschaft nun endlich das möglich werde, was staatliche Entwicklungspolitik in den letzten 50 Jahren nicht geschafft hat (vgl. *iz3w Nr.227*).

Wenn man sich das Wachstum der ADI genauer ansieht, zeigt sich allerdings rasch, daß sich aus entwicklungspolitischer Sicht gar nicht soviel geändert hat. Schon an der regionalen Verteilung wird sichtbar, daß sich der Löwenanteil der Investitionsströme nach wie vor auf die Industrieländer konzentriert. Der Anteil der Entwicklungsländer fließt wiederum fast ausschließlich in ein Dutzend Länder und zwar in die sog. emerging markets. Das subsaharische Afrika z.B. erhält 1% der ADI. Auf die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) entfallen nur 0,45%, wobei seit 1991 prozentual und absolut sogar ein Rückgang festzustellen ist. 1996 entfielen gerade noch 1,6 Mrd.$ auf die LDCs.[1]

Die ungleiche Verteilung der ADI kann nicht überraschen: Dem »freien Spiel der Marktkräfte« überlassen, gehen die Investitionen dorthin, wo die höchsten Gewinne zu erwarten sind. Das entscheidende Motiv für ADI ist nach wie vor der Marktzugang und nicht – wie es der Diskurs um den »Standort

Deutschland« suggeriert – die Arbeitskosten. Deshalb sind attraktive Märkte auch das bevorzugte Ziel der ADI. Damit ordnet sich der Investitionsboom in das Grundmuster ein, das den Prozeß ökonomischer Globalisierung bestimmt. So wie die Herausbildung und das Agieren der internationalen Finanzmärkte und die ebenfalls rasche Zunahme des Welthandels folgen die Investitionen der Logik des Marktes. Und zu dieser Logik gehört eben nicht nur die ökonomisch effizienteste Ressourcenallokation, sondern auch die Verteilung von Armut und Reichtum. Durch das rein marktförmige Wachstum der ADI öffnet sich die Schere zwischen armen und reichen Ländern weiter.

Vollkasko für Unternehmen

► Das MAI wird diese Logik nun weiter fördern und den Standortwettbewerb zuungunsten der Entwicklungsländer verschärfen. Es stärkt die Position der ohnehin schon starken Marktakteure und reduziert die politischen Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten. Ungeachtet der Ein-schränkungen durch Hunderte von Ausnahmen folgt das MAI neoliberalen Leitbildern:

Zunächst gibt das MAI einen **erweiterten Begriff von Investition** vor. Traditionell werden ADI definiert als Investitionen in ein ausländisches Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen mit »langfristigem Engagement und langfristigem Interesse an dem und Kontrolle über das Unternehmen« (UNCTAD'97). Dagegen bezieht der Vertragsentwurf des MAI ausdrücklich auch Portfolioinvestitionen aller Arten bis hin zu Finanzderivaten mit ein (s. dazu *iz3w Nr. 218*). Dies bedeutete den ungehinderten Zugang der Akteure der internationalen Finanzmärkte zu den Volkswirtschaften der Unterzeichnerstaaten – spekulatives Kapital eingeschlossen. Im Lichte der jüngsten Erfahrungen mit der Finanzkrise in Südostasien dürfte deutlich geworden sein, daß hier alles andere als die Interessen von Entwicklung und Wohlfahrt zum Tragen kommen.

Es reicht nicht, eine Sozial- und Umweltgirlande um das MAI zu hängen

Weiterhin gilt das **Gleichbehandlungsprinzip**. Danach verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, ausländische Investoren und Investitionsobjekte nicht schlechter zu behandeln als inländische sowie die Investoren aus allen MAI-Staaten gleichzubehandeln – zwei Ordnungsprinzipien, die auch dem Welthandelsregime zugrundeliegen. Diese Einschränkungen der Eingriffsmöglichkeit von Regierungen stellen den Kern des Abkommens dar, denn bislang hat fast jedes Land der Welt in der einen oder anderen Form ausländische Investitionen an Auflagen geknüpft. Beispielsweise dürfen in manchen Ländern Investoren keine Anteile an der Kulturindustrie oder an Banken erwerben. Insbesondere Entwicklungsländer schreiben Investoren vor, wie viele nationale Beschäftigte sie haben sollen, wie hoch der Anteil der im Inland zu erwerbenden Vorleistungsprodukte sein muß. Mit dem im MAI vorgesehenen **Verbot von gesonderten Leistungsanforderungen** (performance requirements), d.h. einem Verbot von speziellen Anforderungen an ausländische Investoren etwa in Bereichen, die für inländische Unternehmen gar nicht gesetzlich reguliert sind (z.B. Anteil inländischer Beschäftigter etc.), wird jetzt jede Option auf die sinnvolle Integration von ADI in eine entwicklungspolitische, soziale oder ökologische Strategie blockiert.

Gegen diese Kritik argumentiert die OECD, daß das Abkommen jedem Land das Recht beläßt, eine eigene Gesetzgebung zu formulieren, um hohe Umweltschutz- oder arbeitsrechtliche Standards zu formulieren, sofern eben die Auflagen für In- und Ausländer gleichermaßen gelten. Zum einen ändert dies jedoch nichts an dem Verbot von gesonderten Leistungsanforderungen, und zum anderen ignoriert die Perspektive der OECD den Umstand, daß viele Länder angesichts der internationalen Strandortkonkurrenz um Investitionen nicht mehr wagen, Gesetze mit hohen Standards zu erlassen.

Die Liberalisierung wird damit beschleunigt und soll nach dem sogenannten **top-down approach** grundsätzlich für alle Sektoren und alle territorialen Untereinheiten einer Volkswirtschaft gelten. Ausgenommen werden kann davon nur, was bei Beitritt zum MAI ausdrücklich als Ausnahme deklariert

Der (Still)Stand der Dinge

► Vor drei Jahren wurden die Gatt-Verhandlungen zum weltweiten Abbau von Zöllen und nationalen Marktschranken abgeschlossen. Mit der neuen WTO stand dem freien Welthandel nichts mehr im Wege. Ein anschließendes Abkommen zur Regelung des globalen Kapitalverkehrs sollte ursprünglich ebenfalls im Rahmen der WTO verhandelt werden. Als sich jedoch abzeichnete, daß einige einflußreiche Entwicklungsländer wie Indien und Malaysia gegen eine weitere Liberalisierung von Auslandsinvestitionen eintraten und mit langwierigen Verhandlungen zu rechnen war, einigten sich die führenden Industrieländer auf die OECD als Verhandlungsrahmen – in der Hoffnung auf die normative Kraft des Faktischen, daß nämlich das MAI von der WTO mehr oder weniger übernommen und damit für alle WTO-Mitgliedsstaaten verbindlich werden würde. Die EU ging da noch einen Schritt weiter: In das Mandat der Kommission für die im Herbst beginnenden Lomé-Verhandlungen hat sie den Beitritt der AKP-Staaten zum MAI bereits in ihren Katalog der Konditionen aufgenommen.

Die MAI-Verhandlungen begannen unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Frühjahr 1995. Nach einigen Verzögerungen hofft man jetzt auf einen Einigungstermin Ende 1998. Hauptgrund der Verzögerungen sind Meinungs- und Interessendifferenzen vor allem zwischen den USA und der EU. So wollen die Europäer, daß das MAI-Abkommen US-Gesetze mit exterritorialem Gültigkeitsanspruch, wie das Helms-Burton- und das d'Amato-Gesetz, nach denen über ausländische Firmen, die in Kuba, Libyen und Iran tätig sind, Sanktionen verhängt werden können, außer Kraft setzt. Das versuchen die USA zu umgehen, indem sie die Gesetze unter der Kategorie »nationale Sicherheit« gefaßt sehen wollen. Gesetze dieser Kategorie – darüber besteht Einigkeit – sollen vom MAI ausgenommen werden (Rüstungswirtschaft, militärische Beschaffung etc.).

Umgekehrt bestehen die Europäer darauf, daß das Abkommen eine Regionale Integrationsklausel enthält, bis der europäische Integrationsprozeß abgeschlossen ist. Danach hätten nicht-europäische Unternehmen vorerst keinen Anspruch auf gleiche Behandlung wie EU-Unternehmen. Angesichts der Probleme der EU-Osterweiterung wären die USA für lange Zeit von einem der zukünftig interessantesten Märkte ausgeschlossen. Ähnliches betrifft den Sektor »Kultur«, den v.a. Frankreich und Kanada nicht dem »freien« Spiel der Marktkräfte preisgeben wollen (vgl. zum »Kulturkampf« zwischen den USA und der EU *iz3w Nr. 214*). Insbesondere im Bereich der audiovisuellen Medien hätten die US-Konzernkonglomerate wie Disney oder Microsoft einen erheblichen Wettbewerbsvorteil.

Desweiteren sind die Verhandlungen belastet durch die mittlerweile von jedem OECD-Land vorgelegten Listen mit Branchen, die es von MAI ausgenommen sehen möchte. Die bisherigen 600 Ausnahmeanträge umfassen offenbar praktisch alle Branchen incl. Landwirtschaft, Energiesektor, Versicherungs- und Finanzwirtschaft und Tourismus. Allein die Anzahl der Ausnahmeregelungen relativiert damit das ursprüngliche Ziel einer »high Standard«-Liberalisierung. Angesichts der transatlantischen Interessenskonflikte und einer mittlerweile entstehenden Oppositionsbewegung von NGOs, die das MAI verhindern oder seine soziale und Umweltkompatibilität durchsetzen wollen, ist ein Scheitern des MAI nicht mehr ausgeschlossen.

wurde. Üblich war in internationalen Wirtschaftsabkommen – auch in der WTO – das umgekehrte Vorgehen, wonach nur das geregelt wird, was ausdrücklich im Vertrag steht. Zudem sollen sich die Unterzeichner zum **stand still- und roll back-Prinzip** verpflichten. Danach kann der Status quo bei der Regelung von ADI zukünftig nicht mehr zuungunsten von Liberalisierung und Deregulierung verändert werden. Dem entgegenstehende Regelungen – auch solche, die vor dem Beitritt zum MAI entstanden sind – sind aufzuheben (roll back). Im Rahmen sog. Länderexamina sollen die beim Beitritt vereinbarten Ausnahmen nach und nach rückgängig gemacht und Liberalisierung und Deregulierung damit als permanenter, möglichst irreversibler Prozeß festgeschrieben werden.

Außerdem wird mit dem **freien Kapital- und Gewinntransfer** offiziell autorisiert, was transnationale Konzerne durch interne Verrechnungspreise, Verschiebung von Gewinnen und Verlusten zwischen Mutter- und Töchterunternehmen etc. in der Grauzone zwischen Legalität und Illegalität schon immer praktiziert haben. Damit erweitern sich auch die Möglichkeiten, lokale Steuersysteme zu unterlaufen. Was in der Bundesrepublik unter dem Stichwort »Lohnsteuerstaat« beklagt wird – der stetige Rückgang des Anteils der Unternehmens- und Gewinnsteuern – wird in vielen Entwicklungsländern dazu führen, daß ausländische Investoren weitaus leichter als Einheimische legal Steuern hinterziehen können.

Für den Fall des Vorwurfs von Verstößen gegen MAI-Bestimmungen gilt ein **Streitschlichtungsverfahren**. Das MAI sieht ein Klagerecht von Unternehmen gegenüber Staaten mit folgender Sanktionsmöglichkeit vor. Dies ist für ein global gültiges Abkommen eine völkerrechtliche Novität, die eine außergewöhnliche Privilegierung von Unternehmen darstellt (s. Kasten auf dieser Seite). Vergleichbare Rechte für Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, indigene Völker etc., im Fall der Verletzung z.B. von Menschen- oder Arbeitsrechten gegen Staaten zu klagen, konnten trotz jahrzehntelanger Bemühungen nicht durchgesetzt werden.

Außerdem besteht ein **Schutz vor Enteignung**. Zwar ist es legitim, ADI vor willkürlichen Enteignungen schützen zu wollen. Im Gegensatz zu den anderen Bestimmungen des Abkommens ist der Enteignungsschutz jedoch nicht an das Prinzip der Gleichbehandlung mit inländischen Unternehmen gebunden, sondern genießt absolute Gültigkeit. D.h. unabhängig davon, wie in einer nationalen Gesetzgebung Enteignung geregelt und Investitionen geschützt sind, sollen hier Schutzrechte für ausländische Investoren völkerrechtlich garantiert werden. Darüber hinaus ist der Schutz der Investitionen sowie die einklagbare Entschädigung durch die Einführung des Tatbestands einer »indirekten Enteignung« so zugunsten der Investoren ausgelegt, daß auf diesem Weg fast jegliches unternehmerische Risiko ausgeschaltet wird. Die Enteignungsreglungen reflektieren eine Vollkasko-Mentalität.

Nur ein Anfang

► Die Kombination dieser Elemente macht das MAI zu einem »starken« Abkommen, auch wenn durch die vielen Ausnahmeregelungen vorerst ein gewisser Kompromißcharakter in den Text gelangt. Der Verhandlungsleiter der OECD, Frans Engering (Niederlande), hat bereits darauf verwiesen, daß das jetzt vorliegende Abkommen nur der Einstieg in einen historischen Prozeß der Liberalisierung sei, der ähnlich wie der GATT-Prozeß Jahrzehnte dauern werde. Deshalb sei es entscheidend, jetzt die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen.

Von daher wird es das MAI in seinem Kern auch nicht tangieren, wenn eine Formulierung aufgenommen wird, nach der Investitionen nicht zum Abbau von Sozial- Umwelt- und Gesundheitsstandards mißbraucht werden sollten. Auch sind die vorgesehenen Formulierungen – in die Präambel soll ein Hinweis auf Agenda 21 und auf die OECD-Richtlinien für transnationale Konzerne und im Text ein eigenständiger Paragraph eingefügt werden – »soft law«, und damit rechtlich unverbindlich.

Gewerkschaften und Umwelt-NGOs bestehen demgegenüber auf rechtsverbindlichen Formulierungen. Das lehnen die OECD ebenso wie bereits die WTO mit dem Hinweis ab, daß dafür andere internationale Gremien und Vereinbarungen zuständig seien (z.B. ILO und Agenda 21) – eine fadenscheinige Argumentation, denn die ILO und mehr noch die Agenda 21 sind völkerrechtlich Papiertiger und verfügen im Gegensatz zur WTO und dem geplanten MAI über keinerlei Durchsetzungs- und Sanktionsmöglichkeiten.

Dennoch greift die Forderung nach verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards noch zu kurz. Es ist eine rein defensive und äußerst bescheidene Position, die eine politische Gestaltung der Rahmenbedingungen für Investitionsströme keinesfalls ersetzen kann. Selbst wenn die Standards verbindlich durchgesetzt würden, entstünde dadurch kein nennenswertes Gegengewicht zur einseitigen Privilegierung der Unternehmensseite.

Genau hier aber liegt die eigentliche Herausforderung. Es kann nicht darum gehen, um das vorliegende MAI eine kleine Sozial- und Umweltgirlande zu hängen. Gefragt ist vielmehr eine politische Regulierung, die die internationalen Investitionsströme zielgerichtet in entwicklungspolitische, soziale und ökologische Bahnen lenkt. Dazu gehört, daß entsprechende Verhandlungen demokratisch stattfinden. Die OECD als Club der reichen Industrieländer ist dafür nicht das geeignete Forum. Statt dessen sollte im Rahmen der UN eine internationale Investitionskonferenz etabliert werden – evtl. nach dem Muster der UNCTAD –, bei der allerdings auch Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und andere Vertreter der Zivilgesellschaft partizipieren können.

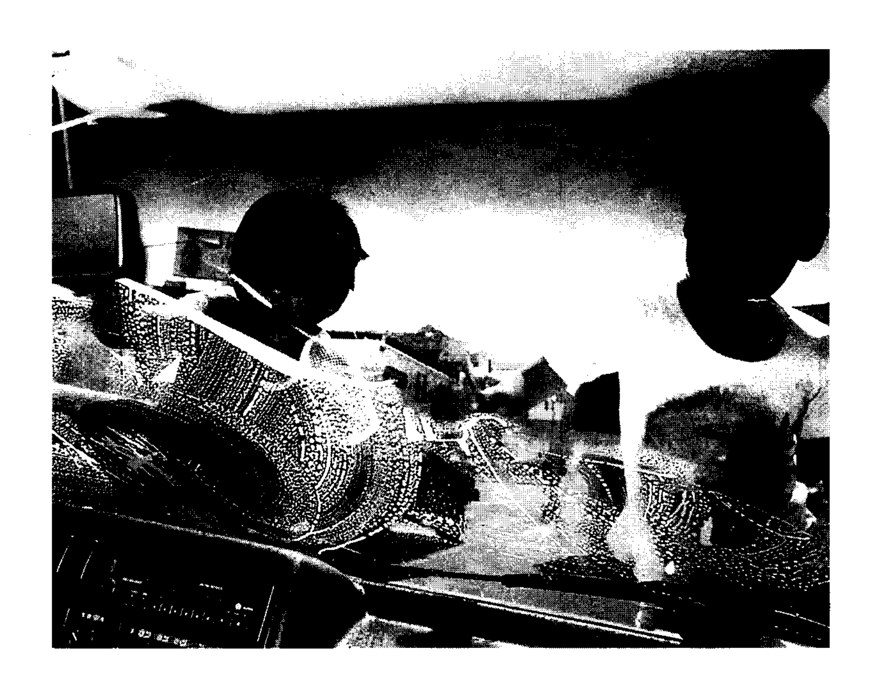
Anmerkung:

1 Daß die Vorstellung, der Markt und die Privaten werden's schon zum Wohlergehen aller richten, der Empirie nicht standhält, wird auch daran deutlich, daß zu den sechs größten Empfängerländern von ADI unter den Ländern Mittelamerikas und der Karibik – Mexiko ausgenommen – die fünf Zwergstaaten Bermudas, Cayman Inseln, Jungferninseln, Trinidad & Tobago und die Bahamas zählen. Selbst Trinidad & Tobago konnte 1996 mehr ADI auf sich ziehen als Angola, der Spitzenreiter unter den subsaharischen Staaten (die Sonderfälle Nigeria und Südafrika ausgenommen). Mit Ausnahme von Costa Rica handelt es sich bei den karibischen Spitzenreitern zudem um Steueroasen und offshore-Bankenplätze, die bei Briefkastenfirmen und Steuerflüchtlingen außerordentlich beliebt sind. Es dürfte schwer sein, hier einen kausalen Zusammenhang zwischen hohen ADI und positiven entwicklungspolitischen o.ä. Effekten nachzuweisen.

► **Peter Wahl** ist Geschäftsführer der NGO 'WEED' (Weltwirtschaft, Umwelt und Entwicklung).

Metalclad gegen Mexiko

► Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA), das nicht nur den Handel, sondern auch Investitionen umfaßt, ist in vieler Hinsicht Vorbild für die MAI-Verhandlungen. Unter anderem enthält es bereits ein Streitschlichtungsverfahren, das ausländischen Investoren ein Klagerecht und bei Erfolg Schadensersatzansprüche zubilligt. Inzwischen liegen erste Erfahrungen vor, wie Unternehmen dies nutzen. So reichte im Januar 1997 die US-amerikanische Müllbeseitigungsfirma 'Metalclad Corporation' beim 'International Centre for the Settlement of Investment Disputes' (ICSID) eine Schadensersatzklage gegen den mexikanischen Bundesstaat San Luis Potossí ein. Der Staat hatte dem Unternehmen aus ökologischen Gründen untersagt, eine Müllbeseitigungsanlage zu eröffnen. Die Entscheidung stützte sich auf ein geologisches Gutachten, das vor einer Trinkwasserverseuchung für die benachbarte Bevölkerung warnte. Das gesamte Gebiet wurde daraufhin vom Gouverneur zum Umweltschutzgebiet erklärt. Metalclad fordert nun 90 Mio. Dollar Schadensersatz wegen Enteignung und Verletzung der NAFTA-Bestimmungen über die Inländer- und Meistbegünstigungsklausel und das Verbot von Leistungsauflagen. Die Höhe der Forderungen übersteigt das gesamte Jahreseinkommen aller mexikanischen Familien, die in dem Bezirk leben.



*Die Initiative **kein mensch ist illegal** thematisiert die Kriminalisierung, Illegalisierung und Ausgrenzung von MigrantInnen in Deutschland. Bereits im ersten Teil unserer Reihe haben wir am Beispiel Frankreichs gezeigt, daß diese Entwicklung kein spezifisch deutsches Phänomen ist. Auch der Vergleich mit Süd- und Nordamerika macht das deutlich. Und mehr noch: Die Vertreibung trifft neben Einwanderern und Flüchtlingen auch andere marginalisierte Gruppen.*
Der vorliegende Beitrag schlägt damit auch eine Brücke zur Innenstadt-Kampagne, die sich gegen die Umstrukturierung der Stadtzentren und die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen wendet.

Global City – Zero Tolerance

Saubere Innenstädte in Bogotá, New York und Hamburg

von **Jan Wehrheim**

Vertreibung gesellschaftlich marginalisierter Menschen aus den Innenstädten wird zum globalen Phänomen. Dabei wird hierzulande die Brutalität der Ordnungshüter gegenüber Straßenkindern in brasilianischen und kolumbianischen Megastädten kritisiert. Andererseits aber gelten Konzepte einer »Zero Tolerance« zur Kriminalitätsbekämpfung und städtischen Säuberung in New York als Vorbild für Stadtsäuberungen europäischer Metropolen. Doch die Strukturen der Vertreibungspolitik in Kolumbien, den USA und Deutschland ähneln sich.

▶ In den rapide anwachsenden und von zunehmender Armut gebeutelten lateinamerikanischen Großstädten spiegelt sich das Phänomen der »sozialen Säuberungen« vor allem in Form von Morden an Mitgliedern sogenannter gesellschaftlicher Randgruppen wider. In Kolumbien sind die meisten der Opfer im informellen Sektor tätige Menschen: StraßenhändlerInnen, SammlerInnen von Altpapier sowie vermeintliche Kleinkriminelle und KonsumentInnen von Drogen. Aber auch Obdachlose, Straßenkinder, Homosexuelle oder Prostituierte werden Opfer dieser Verbrechen. Täter sind meist Todesschwadronen, die in direktem Kontakt zur Polizei stehen, oder aber die Sicherheitskräfte selbst. Sie exekutieren auf der Straße Schlafende, erschießen im Vorbeifahren Jugendliche, die sich auf Basketballplätzen treffen, oder übergießen Kinder, die beim Schnüffeln erwischt werden, mit dem Klebstoff und zünden sie an. Mord ist dabei brutalster Ausdruck von »Säuberungen«, Vertreibungen sind dagegen bereits seit langem an der Tagesordnung. BettlerInnen werden aus den Innenstädten verjagt oder bedroht und StraßenverkäuferInnen regelmäßig von PolizistInnen durch die Straßen gejagt. Gleichzeitig entstehen Hochsicherheitsviertel mit privatem Wachpersonal, die nur noch für Reiche zugänglich sind. Als Grund dient die »enorm hohe Kriminalität«. In Kolumbien ist der private Sicherheitsdienst inzwischen die größte Wachstumsbranche.

Die Hintergründe lassen sich in drei Bereichen finden: in ökonomischen Interessen, in Strategien der Sicherheitspolitik sowie in einer faschistoiden ethisch-moralischen Motivation. Ökonomisch gesehen wirken die erwähnten sozialen Gruppen geschäftsschädigend, sowohl unmittelbar als auch mittelbar. Denn in Bogotá werden tatsächlich unzählige Geschäfte überfallen. Geschäftsschädigend, so wird argumentiert, wirken die vor den Geschäften bettelnden Menschen. Sie könnten möglicherweise Kunden vom Einkaufen abhalten. So stellte der Bürgermeister von Bogotá in Kooperation mit der örtlichen Industrie- und Handelskammer 1996 einen Plan zur Zurückgewinnung der Innenstadt auf, bei dem es in erster Linie um eine konsumfördernde Neugestaltung geht. In die gleiche Richtung zielte bereits 1994 eine große Plakataktion in der Innenstadt. Darin wurde im Namen von UnternehmerInnen und Industriellen öffentlich zur »Beerdigung« von BettlerInnen aufgerufen.

Sicherheitspolitisch geht es Polizei und Militär um die Vorherrschaft in den armen Stadtvierteln. Dort vor allem wird der Krieg der Armee gegen die Guerilla geführt. Hier wurden in den 80er Jahren primär Jugendliche ermordet, die verdächtigt wurden, einer der linken Milizen anzugehören. Heute ist die Opfergruppe zwar die gleiche, als Grund reicht jedoch schon aus, Baseballcaps zu tragen oder Marihuana zu rauchen. Dadurch vermischen sich politische und soziale Ursachen der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Polizei, Militär, Todesschwa-

dronen, Milizen, Jugendgangs und Selbstverteidigungsgruppen. Die faschistoide Moral schließlich drückt sich in den oftmals hinterlassenen Erklärungen der Täter, der Auswahl der Opfer sowie dem praktischen Vorgehen aus. Die auf Müllkippen oftmals nackt aufgefundenen Leichen werden als gefährliche Homosexuelle, sozialschädliche Subjekte und als gesellschaftlicher Müll bezeichnet.

Das New York – Konzept

► Aufgrund ähnlicher sicherheitspolitischer und ökonomischer Interessen und mit der gleichen Argumentation, nämlich der Kriminalitätsbekämpfung, wird auch in den USA und vor allem in New York und Los Angeles gegen bereits gesellschaftlich ausgegrenzte Menschen vorgegangen. Die Städte sollen sicher und sauber werden. BettlerInnen werden von der Straße weg verhaftet. SchwarzfahrerInnen werden weggeschlossen, genauso wie meist schwarze Jugendliche, die beim Sprühen von Graffitis erwischt werden. Verdächtige werden von Polizisten mißhandelt oder gar erschossen. Das Ergebnis ist, daß in New York die Klagen gegen PolizistInnen im gleichen Maße steigen wie ihre »Erfolge« bei der Kriminalitätsbekämpfung. So sind zur Zeit alleine in New York 700 PolizistInnen damit beschäftigt, gegen ihre KollegInnen wegen Foltervorwürfen zu ermitteln[1]. Eine weitere Folge dieser Politik ist, daß in den USA 1996 erstmals mehr für Gefängnisse ausgegeben wurde als für das Bildungswesen. Die Anzahl der Häftlinge stieg in den letzten 20 Jahren um über 300%, und vor allem das private Gefängniswesen expandierte von 1345 Knästen 1985 auf 49154 zehn Jahre später. So sind zur Zeit in Kalifornien 40% der Schwarzen zwischen 18 und 35 Jahren in Haft oder auf Bewährung bzw. mit Auflagen entlassen[2].

Auf der anderen Seite kürzt der Staat Kosten im Sozialbereich. In Anlehnung an das Schlagwort der Kriminalitätsbekämpfung »Three crimes and you are out« (beim dritten Delikt wird automatisch lebenslange Haft verhängt) kann nun von »zwei Jahre Sozialhilfe und du bist draußen« gesprochen werden, denn länger wird keine Unterstützung gewährt. Die USA investieren heute zehnmal mehr in die »Industrie der Kriminalitätsbekämpfung« als in die Unterstützung benachteiligter Menschen.

Immer häufiger wird das New Yorker »Zero Tolerance« – Konzept in Deutschland als Vorbild genannt. Zu Dutzenden reisen PolitikerInnen und PolizistInnen nach New York, um von ihrem Guru William Bratton, ehemaliger Polizeichef von New York und heute Leiter eines millionenschweren Sicherheitsunternehmens, Anleitungen zur Umsetzung dieses Konzeptes zu bekommen. Erste Initiativen sind bereits zu erkennen. Das berühmtberüchtigte Papier des Hamburger Innensenators Worcklage »Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt« wird inzwischen umgesetzt. Ohne Umschweife werden »Probleme« wie Hundekot, Graffitis, Obdachlose und KonsumentInnen von Drogen oder Alkohol in einem Atemzug genannt. Zwischen Mai 1995 und Mai 1996 gab es im bahnhofsnahen Stadtteil St. Georg 1861 Festnahmen, 2189 Personen wurden in Gewahrsam genommen und 59394 Platzverweise ausgesprochen[3]. Betroffen waren hiervon primär Junkies, BettlerInnen und Menschen mit schwarzer Hautfarbe. Gesetzesänderungen, um diese polizeiliche Arbeit zu erleichtern oder im Nachhinein zu legalisieren, werden in Hamburg und in anderen Städten angestrebt. Sie sollen Betteln zur genehmigungspflichtigen Sondernutzung der Straße machen oder es in seiner »aggressiven« Form unter Strafe stellen. Im Kampf gegen die offene Drogenszene werden wahllos sogenannte Durchquerungsverbote ausgesprochen, die es den Betroffenen für ein halbes Jahr oder länger verbieten, ganze Stadtteile zu betreten. Öffentliche Räume werden privatisiert, um unliebsame Bevölkerungsgruppen auszugrenzen. Das Konzept sieht vor, daß UnternehmerInnen den Bürgersteig vor ihrem Geschäft mieten, um dort ihr Hausrecht durchsetzen zu können. Mit der Privatisierung der Bahn sind auch Bahnhöfe und dazugehörige Plätze keine öffentlichen Räume mehr und werden von privaten Sicherheitskräften gesichert.

Gleichzeitig werden viele Innenstädte exklusiver. Es entstehen Passagen und Tempel der Luxuskultur, Bahnhöfe und Bahnhofsvorplätze werden zur Visitenkarte für eine Stadt erklärt und für etliche Millionen aufgeputzt. Es ist der Gegensatz zwischen Luxus und Armut, der von Seiten der Regierenden mit Repression und manifestierter Ausgrenzung gelöst werden soll. Als trojanisches Pferd hierzu dient die Kriminalitätsdiskussion, die in keinem Verhältnis zur Statistik steht. Denn 1996 sanken – gemäß Angaben der polizeieigenen Zeitschrift »Sicher leben« – die Straftaten in Deutschland insgesamt um 21.119 Fälle. Bei der Gewaltkriminalität nahm die Anzahl der Fälle zwar zu, Täter sind jedoch nicht in erster Linie Junkies oder »kriminelle Ausländer«, sondern – bei Mord und Totschlag zu 50% und bei Vergewaltigungen sogar zu zwei Dritteln – die »lieben Verwandten« und Bekannten der Opfer[3].

Weiche Standortfaktoren

► Auch wenn sich Bogotá, New York und Hamburg nicht gleichsetzen lassen, so sind die strukturellen Merkmale dieser Innenstadt-Politik die gleichen. Es geht um die Verdrängung von Menschen mit »anderen« Lebensformen und von Armen generell aus dem öffentlichen Leben und aus dem öffentlichen Raum. Dieser Krieg gegen die Armen läßt sich überall beobachten. In Lateinamerika trifft es in den Städten die Mehrheit der Bevölkerung, in Europa und den USA ist eine wachsende Minderheit, vor allem MigrantInnen, von der Ausgrenzungspolitik betroffen. Die Gleichsetzung von arm und kriminell wird zum grenzübergreifenden Phänomen.

Städte und Kommunen leiden unter einem chronischen Finanzmangel. Gleichzeitig wächst der Druck, als Global-City konkurrenzfähig zu sein. Technologisierung und Änderungen des Arbeitsmarktes führen zu Verschiebungen und Polarisierungen innerhalb der Sozialstruktur. Die Gruppe der VerliererInnen der Modernisierung wächst. »Sauberkeit« und Sicherheit werden dabei zu weichen Standortfaktoren. In der Kombination von zunehmender Armut, medienwirksamer Kriminalitätsdiskussion, Rassismus, Abstiegsängsten vor allem der Mittelschicht und Austeritätspolitik im sozialen und Bildungsbereich wird repressives Vorgehen zur scheinbar einzigen Option. Arme und Drogenabhängige werden als gefährlich stigmatisiert, Stadtteile, in denen sie öffentlich präsent sind, werden zu »gefährlichen Räumen« und somit zur Bedrohung des Standortes. Damit wird soziale Ungleichheit nicht als soziales, sondern als räumliches Problem angesehen. Folgerichtig lösen raumbezogene Maßnahmen die sozialen ab: Vertreibung statt Integration, Gefängnis statt Bildung, Abschiebung statt Arbeitserlaubnis.

Anmerkungen:

1 Korell, Jürgen / Liebel, Urban (1997): Wie mit der Angst vor Kriminalität Politik gemacht wird; in: Frankfurter Rundschau vom 30.10.1997

2 Wacquant, Loic J.D. (1997): Vom wohltätigen Staat zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika; in: Leviathan 1/1997

3 Senator für Inneres (1996): Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt; vertrauliches Senatspapier Hamburg

4 Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes -ProPK-(1997): Sicher Leben, Stuttgart/Bremen

---

► **Jan Wehrheim** ist Sozialwissenschaftler und Entwicklungspolitologe aus Bremen.

»...ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland«

► Eine Ausstellung über Flüchtlinge und Abschiebehaft in Deutschland hat der Jugendclub Courage aus Köln zusammengestellt. Sie umfaßt 34 Tafeln mit Texten, Bildern und Collagen, Bilder, die Flüchtlingskinder gemalt haben, eine Dia-Show, eine Lesemappe und ein Video-Endlosband. Auf A1-Stelltafeln werden Themen wie Fluchtursachen, die Abschottung Europas, Abschiebehaft in Deutschland, Razzien gegen illegale ArbeiterInnen dargestellt. Verleih: Jugendclub Courage Köln e.V., Bismarckstraße 40, 50672 Köln, Telefon 0221-520936, Fax 0221-525757.

Hilfsarbeiter, Boss und Sündenbock

Die Rollen chinesischer Bevölkerungsgruppen in Südostasien

von **Agus Setiawan**

Die indonesische Wirtschaft befindet sich weiterhin auf Talfahrt. Auf der Suche nach Schuldigen für das Desaster werden Geschäfte und Wohnhäuser in Brand gesteckt. Sie gehören chinesischstämmigen Einwohnern, die 3% der Gesamtbevölkerung Indonesiens ausmachen. Position und Integration chinesischer Einwanderer und ihrer Nachfahren fallen in den einzelnen Ländern Südostasiens jedoch sehr unterschiedlich aus.

▶ Die Geschichte des rasanten wirtschaftlichen Wachstums in Südostasien ist nicht von der Rolle der »Auslandschinesen« zu trennen. Ihre »Geschäftstüchtigkeit« ist in der ganzen Region von sprichwörtlicher Bedeutung. Wer in südostasiatischen Städten einkauft, trifft in der Regel auf philippinische oder indonesische VerkäuferInnen, die Ladeninhaber sind jedoch zumeist »Chinesen«. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Konglomerate in Südostasien wird von »Chinesen« gelenkt. Das Vertrauen, das Investoren aus den Industrieländern den Malaysiern, Indonesiern oder Filippinos chinesischer Abstammung entgegenbringen, beruht nicht zuletzt auf ihrem guten wirtschaftlichen Image.

Die für die Gruppe der Chinesischstämmigen gebräuchliche Bezeichnung »Auslandschinesen« ist fragwürdig. Die Regierungen von Taiwan und der VR China machten lange Zeit mit dieser Terminologie deutlich, daß sie die »im Ausland lebenden Chinesen« weiterhin als ihre Bürger betrachteten [1] – vergleichbar mit der Sicht der BRD auf die z.T. seit dem Mittelalter in Osteuropa lebenden »Abstammungsdeutschen«. In Wirklichkeit handelt es sich bei den »Auslandschinesen« um schwer abgrenzbare und jedenfalls äußerst disparate Gruppen, auf die das Klischee der homogenen und wirtschaftlich erfolgreichen Volksgruppe kaum zutrifft. Der Sonderstatus, den sie in vielen Ländern Südostasiens tatsächlich innehaben, und die Rolle, die ihnen zugeschrieben wird, rechtfertigen dennoch den Versuch eines Überblicks über die Situation von Menschen chinesischer Abstammung in verschiedenen Ländern Südostasiens.

Auch äußerlich unterscheiden die »Auslandschinesen« sich kaum von anderen Einheimischen

Chinesen kamen nicht als geschlossene Gruppe in einem abgegrenzten Zeitraum in den südostasiatischen Raum, sondern aus unterschiedlichen Provinzen, wie Hunan, Kiangsi, Kwantung oder Fukien. Im 11. Jahrhundert besiedelten Chinesen zuerst Pattani in Süd-Thailand, Malakka auf der Halbinsel Malaya, Tuban in Ost-Java und Palembang in Süd-Sumatra – beides im heutigen Indonesien. Sie kamen vornehmlich als Händler und eröffneten eigene Geschäfte. Im 17. Jahrhundert verursachte der Sturz der chinesischen Ming-Dynastie eine politisch motivierte Migration nach Südostasien. Eine weitere Flüchtlingswelle aufgrund politischer Wirren und weitgehender Verelendung in China war Mitte des 19. Jahrhunderts zu verzeichnen. Zudem riefen einheimische Potentaten immer öfter Chinesen zur Übernahme bestimmter ökonomischer Bereiche in ihre Herrschaftsgebiete, etwa zur Ausbeutung der Goldminen auf Borneo. Chinesen erschlossen die Zinnminen auf der Insel Bangka und waren den Kolonialverwaltungen der aufblühenden Hafenstädte wie Batavia (Jakarta), Penang oder Singapur willkommen.

Trotz ihres oft bäuerlichen Hintergrunds waren die chinesischen Einwanderer meist als freie Lohnarbeiter oder als Handwerker und Kleinhändler tätig, denn als Ausländer durften sie in der Regel kein Land erwerben. Mit der zunehmenden Integration südostasiatischer Länder in den Weltmarkt aber wurden einige dieser zunächst wenig angesehenen Händler und Kleingewerbetreibende durch ihre Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung zu wohlhabenden Bürgern.

In den verschiedenen Ländern Südostasiens kam es zu ganz unterschiedlichen Konzentrationen chinesischer Bevölkerungsgruppen. Während sie in Singapur die große Mehrheit der Bevölkerung stellen, liegen Schätzungen für Malaysia bei einem Anteil von knapp einem Drittel. In Thailand wird der Bevölkerungsanteil der Chinesischstämmigen auf ca. 10% geschätzt; die Prozentwerte für Indonesien, Vietnam oder die Philippinen bewegen sich dagegen unter 5%.

Bindeglied in den Kolonien

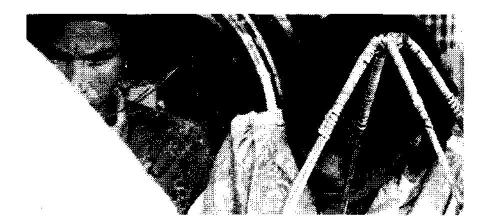
▶ Die Entwicklung der chinesischen Einwanderergruppen verlief unterschiedlich: In Thailand erfolgte eine unmittelbare Integration in die lokale Bevölkerung. Entscheidend für die Assimilation war die religiöse Offenheit Thailands, die von Beginn an Ehen zwischen zugewanderten Chinesen und einheimischen Thais ermöglichte. In den heutigen Staaten Malaysia und Indonesien hingegen benutzten die englischen und niederländischen Kolonialherren die Chinesen als eine Art »Bindeglied« zwischen Kolonialmacht und Kolonisierten. Als Verwalter und Aufseher, vor allem auf den Plantagen, waren sie die unmittelbaren Ansprechpartner für die örtliche Bevölkerung und somit auch der Prellbock für Konflikte. Schon zur Zeit Niederländisch-Indiens hatte es antichinesische Pogrome gegeben. Anfang des Jahrhunderts brach ein Konflikt zwischen chinesischen und arabischen Bevölkerungsgruppen aus, den die holländische Regierung durch die Einrichtung getrennter Wohngebiete einzudämmen versuchte. In den folgenden Jahrzehnten kam es jedoch anläßlich politisch oder religiös motivierter Streitigkeiten immer wieder zu Ausschreitungen, bei denen chinesische Geschäfte und Wohnhäuser in Brand gesteckt wurden.

In Malaysia hatten sich scheinbar unüberbrückbare Widersprüche zwischen der »chinesischen« Stadt Singapur und der malaysischen Zentralregierung entwickelt, so daß bereits zwei Jahre nach der Unabhängigkeit Singapur aus der Föderation ausgeschlossen wurde und sich als eigener Stadtstaat konstituierte. In diesem Konflikt standen sich eine entwickelte Kapitalistenklasse im städtischen Handelszentrum Singapur und die auf Landwirtschaft orientierte Zentralregierung mit ihren zum Teil feudalen Wurzeln gegenüber. Die Tatsache, daß in Singapur und damit auch in höheren sozialen Schichten der Anteil der chinesischen Bevölkerung wesentlich größer war als in Malaysia, gab Anlaß zu einer »Ethnisierung« des Konfliktes.

Zwischen Reichtum und Existenzminimum

▶ Es ist nicht möglich, allgemeine Aussagen über die Lebensbedingungen der chinesischen Einwanderer bzw. ihrer Nachfahren zu treffen. Rein äußerlich unterscheiden sich diese Menschen kaum von den anderen Einheimischen. Auch Namen sind häufig kein Indikator für die (ehemals) chinesische Identität, da lokale Namen benutzt werden und durch die zunehmenden Mischehen ohnehin chinesisches Namensgut verlorengeht.

Dennoch ist die Art der Integration in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Bei einem Besuch in Thailand fragte ich einmal einen chinesischstämmigen Thai nach den ethnischen Spannungen in seinem Land. Er betrachtete mich lange, so als ob er die dümm-







ste Frage seines Lebens gehört hätte, und bedeutete mir dann, daß ich die Chinesen offensichtlich mit den Japanern verwechselt hätte, mit denen man durchaus das eine oder andere Problem habe. Tatsächlich existieren in Thailand keinerlei gesetzliche Bestimmungen oder Beschränkungen, denen ethnische Aspekte zugrundeliegen. Das verhält sich in Indonesien grundsätzlich anders; dort leben Chinesen bis heute nicht in Dörfern und dürfen nicht in den höheren Staatsdienst oder gar ins Militär eintreten.

Zwar spielt die chinesischstämmige Bevölkerung Südostasiens eine wichtige Rolle im Wirtschaftssektor, sie ist jedoch in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten. Viele Südostasiaten chinesischer Herkunft leben selbst knapp am Existenzminimum oder sogar darunter: In Thailand etwa als Arbeiter auf dem Bau oder in Fabriken und in West-Kalimantan (Indonesien) als Kleinbauern. Auch auf Java, wo die Chinesen ausschließlich im Ruf stehen, die Wirtschaft zu beherrschen, finden sich unqualifizierte Arbeiter und Angestellte chinesischer Abstammung.

Wachstum und Krise

► Viele Großunternehmen in Südostasien wurden von »Auslandschinesen« gegründet. Als der Einfluß des Kalten Krieges nachließ und sich die sozialistischen Staaten ausländischen Investoren öffneten, waren es die chinesischen Konglomerate aus Singapur, Thailand, Malaysia und Indonesien, die zuerst beispielsweise in Vietnam investierten. Mittelständische Unternehmen folgten ihnen. Zuletzt trafen von »Auslandschinesen« geleitete Unternehmen aus aller Welt – nicht nur aus Südostasien – zusammen, um die Einfluß- und Unterstützungsmöglichkeiten zur Reformierung und wirtschaftlichen Liberalisierung der Volksrepublik China zu diskutieren. Die politischen Eliten der ASEAN-Länder waren darüber nicht nur begeistert: Rührten die »Auslandschinesen« nicht an einer alten Wunde, indem sie ihr Augenmerk mehr auf das Land ihrer Vorfahren richteten als sich um die wirtschaftliche Entwicklung ihrer eigenen Länder zu kümmern? So machte die Führung Singapurs seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China Anfang der 90er Jahre immer wieder deutlich, daß die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der beiden Länder nicht mit der »ethnischen Identität« der Chinesen in Verbindung gebracht werden sollte. Die »Herkunftsfrage« wird jedoch gleichzeitig zu scharfer Polemik genutzt. So drohte Singapurs Ministerpräsident Lee Kuan Yew 1993: »Falls China die patriotischen Gefühle der Überseechinesen ausnutzt, sich mit ihnen in Verbindung setzt und die hiesige Politik durch Handel und Investition zu beeinflussen sucht, wird dies die Überseechinesen schädigen und die Regierungen werden sie verdächtigen.«

Die Ressentiments wuchsen, als die Länder Südostasiens Mitte 1997 in eine tiefe wirtschaftliche Krise stürzten. In Malaysia wurde zwar bereits in den 70er Jahren eine angeblich »ausgleichende« Politik eingeführt, nach der Bumiputras (»Söhnen der Erde«, also Malayen nichtchinesischer und nichtindischer Herkunft) starke wirtschaftliche Vorrechte genießen, in der momentanen Krise blieben jedoch Anschuldigungen auf »ethnischer« Ebene gegen die »Auslandschinesen« weitgehend aus. Dagegen mußten diese in Indonesien als Sündenböcke herhalten, als sich die dortige Währungskrise zu einer politischen Führungskrise ausweitete. Was jetzt passiert, ist schon aus früheren Krisenzeiten des Suharto-Regimes bekannt: Die Chinesen werden für die Kapitulation der Wirtschaftspolitik des Landes verantwortlich gemacht. Ihnen wird vorgeworfen, sich nicht integrieren zu wollen und auf die ersten Krisenanzeichen der nationalen Wirtschaft mit Kapitalflucht zu reagieren. So drohte der ehemalige Oberbefehlshaber des indonesischen Militärs, Faisal Tanjung, den Großunternehmen Chinesischstämmiger mit Sanktionen, falls sie ihre ins Ausland transferierten Dollars nicht wieder ins Land zurückholen würden. Folge dieser Stimmungsmache waren die jüngsten Brandanschläge und anderen Attacken auf chinesische Geschäfte und ihre Besitzer.

Anmerkung

1 Im Zuge des Kalten Krieges versuchte die Volksrepublik China zunächst mit Hilfe der »Auslandschinesen« ihren Einfluß in Südostasien auszudehnen. Diese Politik änderte sich erst im Jahr 1965, als in Indonesien zigtausende Chinesen unter dem Verdacht, mit der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) zu sympathisieren, niedergemetzelt und vertrieben wurden. Chinas Haltung den südostasiatischen Staaten gegenüber wurde daraufhin vorsichtiger und zurückhaltender.

► **Agus Setiawan** ist Vorstandmitglied der Südostasien Informationsstelle im Asienhaus in Essen. Der Beitrag wurde von Harriet Ellwein aus dem Indonesischen übersetzt.

Antichinesische Ausschreitungen

► Allein seit Beginn diesen Jahres kam es in mehr als drei Dutzend indonesischen Städten zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen chinesischstämmige Indonesier. Diese machen 3% der Gesamtbevölkerung Indonesiens aus und sollen rund 60% des Vermögens besitzen. Allerdings bestehen innerhalb der Gruppe enorme Unterschiede. So sind zwar neun der zehn größten Steuerzahler »Chinesen«, die meisten aber gehören der Mittelschicht an. Außerdem muß innerhalb der Chinesen zwischen verschiedenen Migrationsgruppen unterschieden werden: Die »Peranakan« siedeln schon seit Jahrhunderten in China und haben sich weitgehend assimiliert, während die »Totok« die »Neuankömmlinge« sind, die in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts ins Land kamen und noch engere Kontakte zu China und »Überseechinesen« in anderen Ländern haben. Suhartos Regime propagiert zwar die Einheit in Vielfalt, von den »Chinesen« aber wird völlige Assimilation gefordet. Chinesische Schriftzeichen sind verboten, chinesische Kultur soll sich überhaupt nicht optisch manifestieren. Gleichzeitig sorgt ein spezieller Code auf dem Personalausweis dafür, daß auch Menschen mit indonesischen Namen und nach einem Übertritt zum Islam noch als »Chinesen« zu erkennen sind.

Präsident Suharto, der seinen Aufstieg nicht zuletzt engen Verbindungen zu einem kleinen Kreis prominenter chinesischstämmiger Geschäftsleute zu verdanken hat, scheint heute keinen Wert mehr auf solche Beziehungen zu legen. So sind die antichinesischen Pogrome nicht unbedingt Äußerungen eines »Volkszorns«: Augenzeugen haben darauf aufmerksam gemacht, daß ortsfremde Demonstranten in einige Städte transportiert worden seien. In letzter Zeit wurden in Ungnade gefallene chinesischstämmige Prominente wie etwa die Brüder Wanandi gezielt von der Polizei eingeschüchtert. Doch der Konflikt verläuft auch entlang religiöser Grenzen, denn viele »Chinesen« gehören christlichen Glaubensgemeinschaften an. Gegen sie wird in einigen Moscheen agitiert. Wo chinesische Kirchen in Flammen aufgehen, dürften die Brandstifter jedoch nicht nur islamistische Ideologen sein... afw



Foto: H. Sachs/version

Starke Kerle
Banden sind Männerbünde

von **Christine Parsdorfer**

Banden und Bürgerkriege – Söldner, Drogenkartelle und Warlords von Ruanda bis Afghanistan – standen im Mittelpunkt der letzten Ausgabe der iz3w. Ein ganz alltägliches Machtverhältnis im allgemeinen Kampf um Beute ging dabei unter: Bandenschluß und Staatsvertrag sind Variationen patriarchaler Herrschaft.

▶ »Bösewichte sind in«, so lautete das Intro für den Themenschwerpunkt 'Politik in Banden' in der letzten *iz3w*. Und gleich fallen die geläufigen Namen dazu ein: Ob Idi Amin, Saddam Hussein, Talabani oder Taliban – Amigos jeglicher Provenienz streben nach Macht und Beute und bilden Banden, um bei deren Verteilung nicht zu kurz zu kommen. Aber wo bleiben die Bösewichtinnen? Der Dilettantismus einer Nimsch, Hildebrandt, Jayalalitha und Co. drängt den Verdacht auf, daß die Cousinenwirtschaft eine wesentlich instabilere Sache ist als ihr männliches Pendant. Schlagzeilen um eine »Bandenchefin« wie Phoolan Devi in Indien bestätigen lediglich die Regel: Die weibliche Ikonographie ist weiterhin mehr mit moralisch integren Personen à la Lady Di und Mutter Theresa bestückt, die die gesellschaftliche Sollvorgabe weiblicher Existenz abgeben. Für die Rote Zora und Ronja, die Räubertochter scheint die Zeit noch nicht reif zu sein.

Dies zu erwähnen scheint neuen und alten Bandentheoretikern unnötig und bestätigt damit nur wieder einmal, daß männliche Theorieproduktion, wenn sie Mensch sagt, nur allzuoft Mann meint, sich also als Allgemeines setzt, wo es doch nur um partikulare Weltsichten, wenn nicht gar Interessen geht. So meint dann Bande alle, trifft eigentlich aber nur Männer. Das hat viel mit der Realität zu tun: Banden funktionieren gerade deshalb so gut, weil Frauen draußen bleiben.

Staats- und Ehevertrag

▶ Die Verhältnisbestimmung zwischen Staat und Bande wird etwas verwickelter, wenn man diesem Tatbestand Rechnung trägt. Das einfache Diktum »Der Staat ist die Spätform der Bande und die Bande im Erfolgsfall die Frühform des Staates« (Wolfgang Pohrt) müßte zumindest präzisiert werden.

Tatsächlich schlägt sich nämlich im Mythos der Staatsgründung nicht nur die Bändigung und Ablösung des allgemeinen Bandenwesens durch eine verrechtlichte, institutionalisierte Form nieder. Staat und Bande konstituieren sich vielmehr als Bruderschaften, deren Halbwertzeit länger ist, als man landläufig anzunehmen geneigt ist.

Die Befriedung des Naturzustands, in dem der Kampf aller gegen alle herrscht, wird laut Vertragstheorie durch den modernen Staat geleistet, der die auf Individuen und partikulare Gruppen verteilte Gewalt monopolisiert. Grundlegend für den Gesellschaftsvertrag ist dabei die Konstitution des Mannes als autonomes, freies, gleiches, rationales Subjekt, das in der Lage ist, bestimmte Hoheitsrechte abzugeben. Die immer zugehörige Kehrseite dieses Prozesses ist der Ausschluß der Frau aus der Öffentlichkeit und ihre separate Einbindung in die Familie. Mit dem Ehevertrag, der die klassisch patriarchale Variante der »Herrschaft des Vaters« ablöst, unterwirft sich die Frau »freiwillig« ihrem Angetrauten und trägt damit der »natürlichen Differenz« (Hobbes) der Geschlechter Rechnung. Das durch den imaginierten Staatsvertrag begründete staatliche Gewaltmonopol impliziert so den durch Ehevertrag geregelten Herrschaftsanspruch des Mannes über Frau und Kinder. Es geht nicht alle Gewalt auf den Staat über: Das staatliche Gewaltmonopol, das für Rechts- und Gesetzesgleichheit sorgen soll, läßt das Geschlechterverhältnis außen vor.

In dieser Konstruktion werden Männer für ihren Souveränitätsverzicht entschädigt. Der Souverän entläßt sie als »kleine Staatschefs« in den Miniaturstaat Familie.[1] Der fiktive Friedensschluß durch Vertrag war demnach ein

brüderlicher unter Männern, der die Asymmetrien zwischen den Geschlechtern absicherte und Gewalt gegen Frauen stillschweigend tolerierte. Und das bis heute: Nicht umsonst unterliegt Vergewaltigung in der Ehe einer gesonderten Rechtssprechung.

Insofern mag der moderne Staat für die partielle Befriedung der öffentlichen Sphäre gesorgt haben. Aber er schlägt nicht erst in eine »Oligarchie von Banden« um, »wenn die soziale Integration nicht mehr gewährleistet werden kann« (Jörg Später in *iz3w*). Vielmehr ist »die Männerbande« konstitutives Element moderner Staatlichkeit.

Treue, Gehorsam, Kameradschaft...

► Das Bandentheorem geht davon aus, daß die Dialektik der Vertragsfreiheit dazu führt, »daß der Vertrag selbst zum Mittel wird, um die freie Konkurrenz der Individuen aus den Angeln zu heben.« Denn um im Konkurrenzkampf um Macht und Beute bestehen zu können, müssen Kompagnons gefunden werden, die bei der Organisation helfen. »Die Befreiung des Einzelnen aus Zwangsverbänden, wie sie die bürgerliche Gesellschaft verspricht, entpuppt sich so als eine Fassade, hinter der in neuer Form das alte Bandenwesen fortlebt« (Später).

Die Rekrutierung des Personals verläuft aber nicht nur nach dem Racket-Schema[2] – dieses selbst ist männerbündisch unterfüttert. Schutz nach außen als »allgemeinste Kategorie« (Max Horkheimer) und die Konstitution als »Peer-Group« machen die Grenzziehung nach außen, die »Feindbestimmung«, notwendig. Daß dieser »Feind« jedoch nicht allein in der rivalisierenden Gruppe aufgeht, macht eine Charakteristik der Binnenstruktur der Bande deutlich, die Wolfgang Pohrt sehr anschaulich präsentiert[3], ohne jedoch den geringsten Gedanken an geschlechtsspezifische Implikationen zu verschwenden: Freundschaft, Brüderlichkeit und Kameradschaft sollen in der Bande herrschen. Und obwohl diese in eine hierarchische Struktur eingebettet sind, wird ideologisch ein Verhältnis Gleicher zu Gleichen aufgebaut – um die zentrale Figur des Männerhelden, Paten oder Führers scharen sich Freunde, Kameraden und Genossen. Sie entwickeln einen spezifischen Ehrenkodex: Treue, Gefolgschaft, Gehorsam, Unterwerfung. Je größer die zusammen erlebten Entbehrungen, desto höher der Zusammenhalt.

Diese Begrifflichkeiten und die Bildsprache verweisen auf ein zentrales Spezifikum der Bande: Es sind Männerbünde, die sich über die herrschende Männlichkeit definieren und deshalb relativ stabil sind, weil sie sich in Abgrenzung zu einem imaginären Pol der »Weiblichkeit« – was auch immer das sein mag – konstituieren. Die androzentrische Strukturierung der Welt basiert auf einer Dichotomie dualistisch verfaßter Kategorien, die sowohl hierarchisch geordnet als auch sexualisiert sind. Dem Weiblichen als dem Untergeordneten kommt dabei eine besondere Art der Präsenz zu – die Präsenz des Anderen, das notwendig ist, um Grenzen zu bestimmen und Identität herzustellen.

In Banden kommt es deshalb nicht allein zu einer »repressiven Kollektivierung« (Später), sondern zu einer »emotionalen Vergemeinschaftung«. Hier bestätigt sich Männlichkeit in Bruderschafts- und Kameradschaftsritualen. Der emotionale Surplus macht den Gehorsam erträglich, den Cliquen und Banden für den von ihnen gewährten Schutz abverlangen. Er macht aus dem Zwangsverband eine »wahre« zusammengeschweißte Mannschaft, ob beim Militär, in der Guerilla, im politischen Tagesgeschäft, in Burschenschaften oder am Stammtisch.

Und natürlich kommen noch materielle Momente hinzu: Beim Männerbund geht es neben Macht und Beute, Schutz und Gehorsam auch um die Aufrechterhaltung der bestehenden Arbeitsteilung – wie schon Horkheimer schreibt, und dabei mehr an die von Kopf und Hand als zwischen Mann und Frau denkt. »Die Gruppen halten die Bedingungen für den Fortgang der Arbeitsteilung, in der sie eine bevorzugte Stelle haben aufrecht und wehren Änderungen, die ihr Monopol gefährden könnten, gewaltsam ab. Sie sind Rackets.«

Noch sind die Männerseilschaften, die das Geschehen bestimmen und die nach dem Motto funktionieren »Mer kenne uns, mer helfe uns« (Adenauer), zu stark von historisch gewachsenen, bündischen Strukturen geprägt, als daß Frauen so einfach auf dieser Klaviatur mitspielen könnten. Ohne behaupten zu wollen, Männer zögen die Fäden und hielten allein die schlechte Chose am Laufen, drängt sich also doch ein Verdacht auf: Wer erklärt, die Gesellschaft funktionierte als Bande, muß wohl zugestehen, daß es eine Männerbande ist. Wäre die These allerdings so formuliert worden, hätte sie kaum so viel Zuspruch gefunden.

Laut Gesellschaftsvertrag sind Männer kleine Staatschefs

Anmerkungen:

1 Für die Region des Mittleren Ostens hat Renate Kreile in ihrer Analyse der Geschichte von der Kolonialherrschaft zum modernen Staat u.a. dieses Verhältnis veranschaulicht (Renate Kreile in *iz3w Nr. 223*).

2 Das Racket bezeichnete Horkheimer Mitte der 40er Jahre als Grundform der Herrschaft. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluß, eine Clique, welche alle ausschließt, die sich nicht bedingungslos ihrem Willen und ihrer Organisationsform/Arbeitsteilung unterwerfen (vgl. *iz3w Nr. 227*).

3 Wolfgang Pohrt, Brothers in Crime, Berlin 1997.

► **Christine Parsdorfer** ist Mitarbeiterin im **iz3w**.

Erregende

Die Phänomene des gegenwärtigen Medienbooms sind schnell skizziert: Die Vervielfältigung und Beschleunigung der Daten- und Informationsübertragung durch die Innovationen der Telekommunikation (Kabel- und Satellitenfernsehen, Cyberspace) ermöglichen neue, direkte Verbindungen rund um die Welt – Raum und Zeit verlieren an Bedeutung. Das Versprechen interaktiven Fernsehens, vor allem aber die Vernetzung der Welt im Cyberspace erregen dabei Hoffnungen auf die Aufhebung der traditionellen Einbahnstraßenkommunikation, für die Radio, Fernsehen und die Printmedien stehen.

Solche Utopien einer durch Technik ermöglichten aufklärerischen Kommunikation, wie sie auch in großen Teilen der Linken ausgeprägt sind, erinnern an den Radio-Enthusiasmus der 30er und die Faszination von »Gegenöffentlichkeit« der 60/70er Jahre. Damals korrespondierten diese mit Technik und Medien verbundenen Zukunftshoffnungen jeweils mit den Welt- und Feindbildern der Zeit: Den Kapitalisten ihre Instrumente zur Ideologieproduktion streitig zu machen, sie selbst in die Hand zu bekommen und damit den verblendeten und unterdrückten Subjekten auf die Sprünge zu helfen, galt seither als erster Schritt zur Revolution der Massen – in den Industrieländern des Nordens wie für die Befreiungsbewegungen des Südens.

Dann allerdings entwickelte sich das Radio nicht zur Stimme der Emanzipation, sondern wurde zum Volksempfänger; das Konzept der Gegenöffentlichkeit führte in die Isolation, verlor im Rausch der Vielfältigkeit seine Bedeutung, und seine Medien brauchen heute nicht einmal mehr unterdrückt zu werden.

Vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund haben die neuerlichen Medienutopien etwas von Heimweh – der verklärenden Sehnsucht nach Ort und Zeit, wo die Welt noch ihre Ordnung hatte, wo sich Macht und Ohnmacht wie Gut und Böse gegenüberstanden. Diese Sehnsucht nach der verlorenen Heimat projizieren viele Netzaktivisten in die zukünftige Welt des Cyberspaces. Im virtuellen Raum sollen wieder Möglichkeiten der Intervention und Subversion bestehen, dort könnten sich die Marginalisierten (jetzt eben virtuell) zusammenschließen (jetzt heißt es vernetzen) und sich eine Stimme verschaffen, die die Welt erzittern ließe.

An der inhaltlichen Orientierungslosigkeit ändert die bloße Technik aber nichts. Die neue feste Burg wird mit alten Möbeln ausgestattet und schon zeichnen sich wieder dichotome Weltbilder ab: Das globale Feindbild vom Neoliberalismus ersetzt den US-Imperialismus und an die Stelle von Axel Springer, von dem es '68 hieß: »Das Schwein bestimmt das Bewußtsein«, treten Bill Gates und Microsoft, Rupert Murdoch und Sky-TV, Leo Kirch, Bertelsmann und CNN.

Damit befände sich die Technolinke ganz auf einer Wellenlänge mit James Bond, der ebenfalls ohne sich bewegt zu haben, voll auf der Höhe der Zeit liegt. Zwar kämpft 007 immer noch gegen Bösewichter, die sich der Welt bemächtigen wollen, diese bedienen sich inzwischen aber nicht mehr der direkten Gewalt monströser Apparate: »Worte sind die neuen Waffen. Satelliten die neue Artillerie« sprach der Medientycoon in der letzten Folge und verstarb am Ende doch.

Diese Szenarien halten weiter am Manipulationsmythos fest. Sie bleiben verhaftet im Macht-Ohnmacht- und Gut-Böse-Schema, das den Inhalt, die gesendete und ausgestrahlte Information in den Mittelpunkt stellt. Dieses Schema macht den aufklärerischen Gegenentwurf erst denkbar. Was aber, wenn es gar nicht um Inhalt geht und nie gegangen wäre? Was, wenn es den Menschen jenseits aller materiellen Verhältnisse schlechterdings nur um die Erregung ihrer Sinne ginge, um den Thrill, den ihnen nur eine unablässig fortschreitende medientechnische Weiterentwicklung garantieren kann?

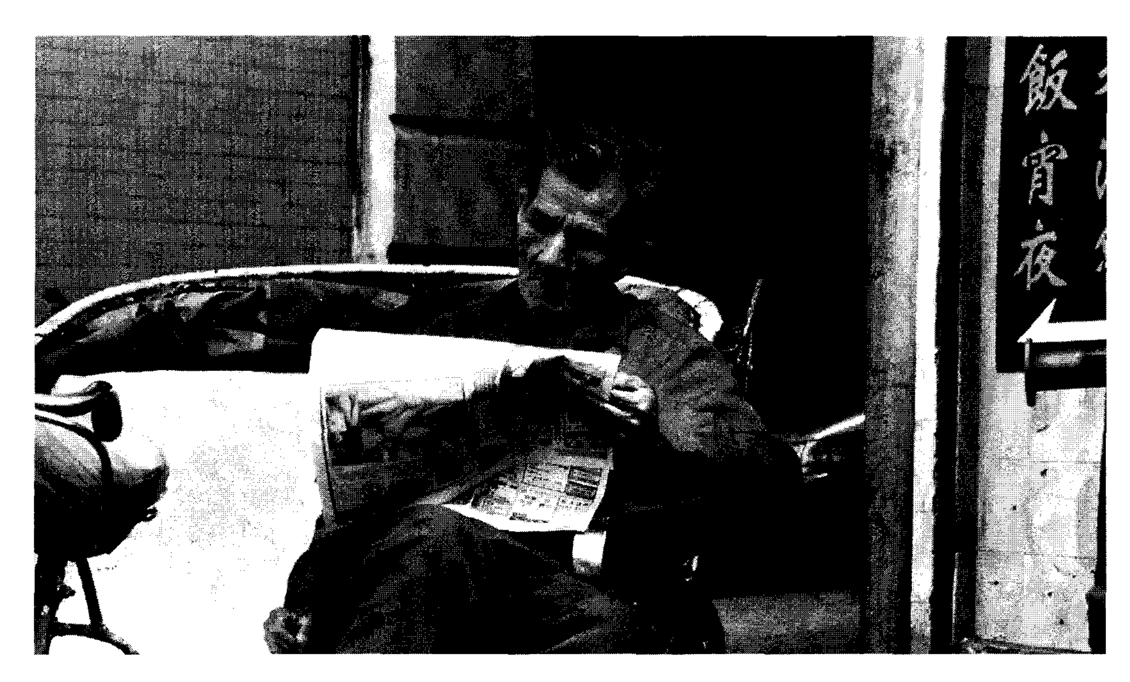
Dann wären es nicht die Medien, die mit Sport, Unterhaltung, seichten Talk-Shows, Sex and Crime, Reality-TV und Soap-Operas das Volk verblöden. Dann bedienten die Medienkonzerne auf 1000 Kanälen weltweit schlicht Bedürfnisse – ob diese nun »wahr« sind oder nicht. Ein Bedürfnis nach Unterhaltung und Vergessen, nach Erregung und Betäubung auf niedrigstem Niveau als anthropologische Konstante? Dann wäre alle Aufregung überflüssig. Dann müßte Walter Kempowski aus seinem 37-Kanal-Zapp-Selbstversuch nicht gleich ein Buch machen, in dem er doch nur kundtut, daß er ebensowenig zu sagen hat wie seine Glotze.

Bei letzterer ist allerdings die Sprachlosigkeit Programm – die sinnerregende und nervtötende, eintönig bunte Oberfläche des Mediums ist seine einzige Nachricht. Gilt das auch für Internet und Cyberspace? Immerhin öffnen sich hier neue Räume. Im folgenden wird die Frage nach den Möglichkeiten der Subversion durch neue Medien unterschiedlich beantwortet. Dennoch scheinen sich letztlich nur die Formen zu verändern, in denen sich die Menschen selbst über die Verhältnisse, in denen sie leben, hinwegmanipulieren.

die redaktion

Von Einbahnstraßen auf Autobahnen

Neue Medien, Macht und Globalisierung



Das zum Thema Simulation …

von **Stephan Günther** und **Thomas Cernay**

Was ist neu an den neuen Medien? Steht uns ein qualitativer Sprung in den Machtverhältnissen oder in der Wahrnehmung bevor? Die Folgen der neuen Medien werden äußerst kontrovers diskutiert. Wovon sich die einen ungeahnte Perspektiven für die Zukunft von Demokratie und Wissen erhoffen, darin wittern die anderen den endgültigen Kulturverfall. Jenseits der Inhalte stellt die technische und ökonomische Bedeutung der Medien einen Machtfaktor und einen wesentlichen Antrieb der Globalisierung dar.

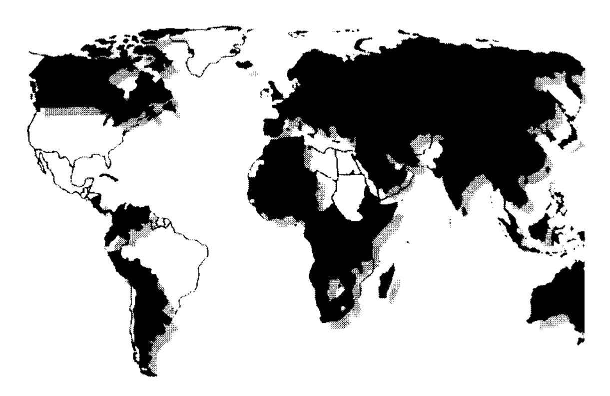
▸ Das Machtspiel um die neuen Medien ist alles andere als neu. Am Anfang war das Wort, heißt es in der bekannten Geschichte. Von Bedeutung für das Weitere war, daß das Wort zu Schrift wurde. Mit dem neuen Medium verdrängte die eine (frohe) Botschaft die vielen, die an den Lagerfeuern weitererzählt wurden. Wie mit Waffengewalt wurde dem patchwork der oralen Traditionen der Garaus gemacht. Das neue Medium zerstörte nicht das alte, bestimmte aber das, was man sprach. Die weiträumige Durchsetzungskraft heiliger Bücher kann durch ihren Inhalt allein kaum erklärt werden, sie ist eher ein Indiz für die Verstärkungsfunktion des Mediums. Die Schrift ermöglichte den Auftakt einer Serie kollektiver Realitätsinjektionen, die von anderen Medien weitergeführt und vertieft wurde. Der Umstand, daß viele – am besten alle – das gleiche wissen oder glauben, führt zu der Macht, die Berge versetzt.

Es ist kein Wunder, daß der Medienpapst Leo Kirch katholisch ist, doch im Unterschied zum Original besitzt er die Rechte nicht nur an der biblischen, sondern an einer Vielzahl weiterer Geschichten. Für ihn ist es nicht nötig, daß nur eine erzählt wird, sondern daß alle sie sehen können. Neu an elektronischen Medien ist also der Pluralismus der Inhalte und Programme. Aber wenn die Herschaft den Pluralismus braucht, dann muß seine Bedeutung als Indiz der Freiheit neu bestimmt werden. Der Pluralismus der Massenmedien gleicht dem der Warenwelt und wird mehr vom Konsumzwang als von der informationellen Selbstbestimmung gelenkt.

Bisher sind die Massenmedien Einbahnstraßen und Distributionsapparate gewesen, die die Homogenisierung des Herrschaftsraumes zunächst mit gleichschaltenden Diskursen wie dem der Religion und des Nationalismus betrieben. Schon das anfängliche Medium des Nationalismus, der Buchdruck, erforderte eine Vervielfältigung der Inhalte. Die Identifikation mit der Nation setzte komplexere Inhaltsstrukturen voraus als die mit der Religion, und mit dem Buchdruck ließ sich die Realität in ausreichend hoher Dosierung verabreichen. Daß der breitere Zugang zum Wissen das Individuum aufgeklärt und befreit hat, ist, wie wir heute wissen, eine einseitige Sichtweise des modernen Rationalismus. Die Verabreichung des Wissens führt nicht zwangsläufig in die Freiheit des Subjekts, sie führt vor allem in die Disziplin. Im Rahmen der gegenwärtigen Technofaszination ist die Wertung von Information und Wissen in einen vorkritischen Zustand zurückgefallen und läßt uns mehr oder weniger blind in die Falle einer verfeinerten Kontrollgesellschaft laufen.

Der Pluralismus der Massenmedien gleicht dem der Warenwelt

In Afrika und Lateinamerika sind neben den dafür klassischen Printmedien vor allem das Radio und das Fernsehen zur Herstellung nationaler Identität genutzt worden. Allerdings sind die elektronischen Medien bereits transnational, die Kategorie der Grenze ist ihnen wesensfremd. Auch wenn Sprach- und Kulturbarrieren im Medium reproduziert werden, und die nationale nicht bruchlos in einer komplexeren kulturellen Identifikation aufgeht, löst die Erweiterung des thematischen Spektrums eine Vergrößerung vom Nationalstaat zum Kulturraum aus, in dem überall der gleiche Einheits-Pluralismus herrscht. Diese Homogenisierung des Raumes durch die Medien läßt sich unschwer als wesentliche Triebkraft der Globalisierung deuten. Die Rede vom Verschwinden des geographischen Raumes durch die lichtgeschwinden Kommunikationstechniken beschreibt das Phänomen jedoch nicht exakt, offensichtlich bleibt der Raum, wo er ist, aber die Struktur, die ihn durchsetzt, wird immer einheitlicher. Der transnationale Charakter des Funkmediums ist allerdings nur in technischer und ökonomischer Hinsicht uneingeschränkt wirksam. Auf der Inhaltsebene verläuft die Gleichschaltung mit ihrer eigenen Geschwindigkeit und zeigt eine Grenze der Manipulationsmacht der Medien an. Wachstum verzeich-



Die deutsche Krimiserie »Derrick« ist ein Exportschlager. Nur die weißen Flecken der Karte sind »derrickfrei«.

nen vor allem lokale, regionale und nationale Medien, nicht aber globale wie Ted Turners Nachrichtenkanal CNN. Die Globalisierung der Inhalte oder des Bewußtseins ist stärker an bereits vorhandene Identitäten gebunden, als es die technische Betrachtungsebene von Reichweite und Übertragung verrät.

Die mediale Inwertsetzung der Räume ist unschwer als Teil der globalen Transformation unter neoliberaler Kontrolle zu erkennen. Das kann aber nicht heißen, daß die Linke nach den verlorenen Schlachten um Radio und Fernsehen auf die Präsenz im Netz verzichtet. Es bleibt gültig, daß Medien – und insbesondere neue – immer auch eine Herausforderung bestehender Verhältnisse sind.

Gutenbergs Druckmaschine hat eine subversive Kultur der Pamphlete und Flugblätter begründet, die bis heute nicht beendet ist. Bücher und Zeitungen werden immer noch verbrannt, verboten und zensiert. Schriftstellerinnen und Verfasser werden nach wie vor bedroht, in Haft genommen, gefoltert und ermordet. Heute gewinnt der Kampf um das Internet aus mehreren Gründen an Attraktivität. Das Netz erzeugt vor allem eine neue Qualität, die Bidirektionalität. Das dezentrale Prinzip erwuchs aus militärischem Interesse, im Kriegsfall sollte der Kommunikationsfluß trotz teilweiser Zerstörung der Datenleitungen gesichert werden. Wesentliche Entwicklungen des heute als frei, demokratisch und antiautoritär gefeierten Netzes verdanken sich damit der militärischen Strategie. Die Weiterentwicklung geschah dann durch Computerfreaks; die Programme für Netzkonferenzen wurden von Studenten entwickelt, die das auf gegenseitige Kommunikation angelegte Medium für ihre Zwecke umformten. Das Aufkommen von Bedienungsprogrammen, die auch von Laien genutzt werden konnten, ermöglichte erstmals in der Geschichte der Massenmedien die technische Struktur einer medialen Befreiung im Brechtschen Sinn. Das Internet erlaubt die massenhafte Existenz nicht nur der Zuschauer, sondern auch der Sender. Es scheint, als ließe es sich nicht nur als Distributionsmedium gebrauchen und als sei der Wandel zum Kommunikationsapparat in vollem Gange.

NetzaktivistInnen wehren sich gegen staatliche Einflußnahme, Kontrolle und Zensur. Gleichzeitig und implizit verkünden sie auch die Botschaft einer vermeintlichen Freiheit des Netzes, die es zu schützen gilt. Der US-Amerikaner John Perry Barlow sendet gar die »Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace« ins Netz. Die Verfechter der These, das Internet sei wegen seiner schier unendlichen Möglichkeiten der Kommunikation und Information per se demokratisch, bleiben in ihrer Argumentation bei der Demokratie der Aufklärung. Mehr Wissen müsse zwangsläufig mehr Diskussion, mehr Auseinandersetzung und mehr Demokratie bedeuten. Außerdem biete das Netz eben nicht nur die Chance der Verbreitung von Information und Wissen, sondern auch des Austausches von Meinungen und der Kommunikation. Eine Unabhängigkeit des Internet wird suggeriert – ein Raum außerhalb gesellschaftlicher Machtstrukturen. Dabei werden nicht nur die Entstehungsgeschichte des Internet, sondern auch die höchst unterschiedlichen Voraussetzungen für dessen

User statt Looser? – Afrika und das Internet

▶ Die wenigen »weißen Flecken« auf der Weltkarte der Kommunikationsnetze konzentrieren sich in Afrika. Weniger als eine Minute pro Jahr telefonieren die statistischen »DurchschnittsafrikanerInnen«. Pro 100 EinwohnerInnen gab es 1995 erst 1,1 Telefonanschlüsse und im ganzen südlichen Afrika stehen weniger Leitungen zur Verfügung als in Manhattan. Jetzt soll der Rückstand durch »leapfrogging«, das Überspringen von Entwicklungsschritten aufgeholt werden.

Im März 1998 will RASCOM (Regional African Satellite Communication System) die gesamte afrikanische Landmasse mit Sprache, Bild und Ton versorgen. Zusammen mit PATU (Pan-African Telecommunications Union), dem US-Konzern AT&T und der französischen Alcatel wird RASCOM ein weiteres Großprojekt in Angriff nehmen: Africa One, ein rund um den Kontinent verlegtes 39 000 km langes und $ 1,9 Mrd. teures Unterwasser-Glasfaserkabel wird 32 afrikanischen Küstenländern ab 1999 den Zugang zum Superhighway erschließen. Und pünktlich zur Jahrtausendwende stehen die weltumspannenden Satelliten-Netze von Microsoft und Motorola, die alle Regionen ohne teure terrestrische Verbindungen an die globale Informationsinfrastruktur anschließen werden.

Der neue Optimismus für Afrika, der vor allem von amerikanischer Seite geschürt wird, ist befremdlich angesichts der Nachrichten über afrikanische Krisen, Not und Elend, die die Wohlfahrtswelt meist erreichen. Doch das Interesse der USA konzentriert sich neben der Ausbeutung der Bodenschätze nicht zufällig auf das Internet und die Kommunikationstechnologie, auf Bereiche, in denen die US-Industrie stark, wettbewerbsfähig und auf der Suche nach neuen Märkten ist.

Als Vorbild muß immer wieder der »Erfolgsfall« des indischen Bangalore herhalten. Doch dort wurde eher eine dysfunktionale Wohlstandsinsel geschaffen, die kaum zu positiven Verknüpfungen mit der umgebenden Wirtschaft beitragen und somit auch kein Konzept für die afrikanischen Agrargesellschaften vermitteln kann. Ohnehin bauen die neuen Medien auf den »kulturellen Zwischenschritten« auf, die man nun überspringen möchte. Voraussetzungen, mittelfristig eine aktive Rolle bei Kommunikationsdienstleistungen zu spielen, sind nur in der Republik Südafrika gegeben. Ohne umfassende Alphabetisierung und adäquate Weiterbildung bleibt das Potential des Internet auf passive Rezeption beschränkt.

Die angepriesenen Vorteile für das Gesundheits- wie das Bildungswesen verlieren ihre Glaubwürdigkeit, wenn ein Vergleich mit den Industrienationen gezogen wird. Trotz des gesellschaftlichen Konsenses über die Bedeutung der neuen Medien übersteigen die Kosten der Technik auch dort die Möglichkeiten vieler Schulen und Bibliotheken. Angesichts anderer und drängender Prioritäten kann eine Umschichtung der Budgets noch viel weniger rasch von Entwicklungsländern erwartet werden. Die 106 Mio. Radioempfänger werden auf absehbare Zeit das wichtigste Bildungsmedium Afrikas bleiben. Ernsthafte mediale Konkurrenz erwächst den Internetmachern durch ein aufziehbares (batterieloses) Radio, das eine südafrikanische Firma für weniger als $ 20 auf den Markt bringt. Auch für den medizinischen Bereich gilt: Die Mittel, die für die Vernetzung der Basisgesundheitsstationen aufzuwenden wären, lassen sich bis auf weiteres für Impf-, Aufklärungs- und Materialbeschaffungsprogramme sinnvoller nutzen.

▶ *Zusammengestellt aus: Stefan Brüne, Cord Jakobeit, Africa Online? Die Rolle Afrikas in der globalen Informationsgesellschaft. Afrika-Jahrbuch 1996.*

Medien zwischen Transport und Transformation

▶ Grob läßt sich die moderne Medientheorie in zwei Stränge unterteilen: Sehen die Vertreter der ersten Richtung die Medien als neutrale Kanäle zur Vermittlung von Botschaften und interessieren sich vornehmlich für deren (subversiven) Inhalte und Gebrauch, stellen die anderen die ebenso berechtigte Frage nach den gesamtgesellschaftlichen Effekten der Medien, also danach, inwieweit sich die Botschaften dadurch verändern, daß sie durch bestimmte Medienkanäle geschickt werden. Die Debatten kreisen um die Frage ob und, wenn ja, in welchem Maße Aufklärung durch die Medien möglich ist sowie um das Verhältnis menschlicher Subjekte zu ihren technischen Artefakten.

Brechts *Radiotheorie* von 1932 forderte, das damals noch junge Radio von einem Distributionsmedium zu einem reziproken Kommunikationsmedium zu verwandeln, denn nur dadurch, daß jede/r zugleich Sender und Empfänger wäre, könnte sich das vorhandene emanzipatorische Potential dieses Mediums voll entfalten. Hans-Magnus Enzensberger griff diesen Gedanken Anfang der siebziger Jahre in seinem *Baukasten zu einer Theorie der Medien* auf und beeinflußte damit bis heute das Selbstverständnis von Gegenöffentlichkeit vieler freier Radios. Er kritisierte die deutsche Linke, da diese die Medien nur unter dem Aspekt der Manipulation betrachtete und sie dem Bereich des ideologischen Überbaus zuordnete. Enzensberger hingegen sah die Medien als eine revolutionäre Produktivkraft an: »Die Frage ist nicht, ob die Medien manipuliert werden oder nicht, sondern wer sie manipuliert. Ein revolutionärer Entwurf muß nicht die Manipulateure zum Verschwinden bringen; er hat im Gegenteil jeden zum Manipulateur zu machen«. Hinter den Medien stand bei ihm stets die soziale Praxis der 'Massen', deren politisches Bewußtsein sich durch die Vermittlung der 'richtigen' Inhalte radikalisieren ließ.

Jean Baudrillard stellte dieses aufklärerische Modell in seinem 1972 erschienenen *Requiem für die Medien* vehement in Frage. Die elektronischen Medien sind für ihn keine neutralen Kanäle, sondern reproduzieren, da man sich stets des bestehenden Kommunikationsmodells bedient, lediglich das gesellschaftliche Machtverhältnis. Die Medien sind demzufolge nicht die »Koeffizienten, sondern die Effektoren von Ideologie«. Genauso gibt es keine Botschaft mehr, denn »im Fernsehen ist durch seine bloße Gegenwart die soziale Kontrolle zu sich gekommen« – ein Zustand, den Baudrillard mit dem Begriff der Simulation zu umschreiben versucht und in dem der kausale Zusammenhang zwischen Information, Bewußtsein und Handeln – auch angesichts der von Umberto Eco postulierten »Interpretationsvariabilität« – nicht mehr zwingend ist.

Auch für Marshall McLuhan steht die 'Form' über dem 'Inhalt' der Medien. In seinem *Understanding Media* wies er darauf hin, daß »die Botschaft jedes Mediums oder jeder Technik die Veränderung des Maßstabes, Tempos oder Schemas ist, die es der Situation der Menschen bringt«. In Übereinstimmung mit Baudrillard wird auch die Herrschaft der Menschen über die Technik angezweifelt und das Verhältnis umgekehrt: »Indem wir fortlaufend neue Techniken übernehmen, machen wir uns zu ihren Servomechanismen«. *db*

Gebrauch und schließlich die Macht des Marktes außer acht gelassen.

Verschmelzen der Gegensätze

▶ Als »kalifornische Ideologie« wird die Verschmelzung der »kulturellen Bohème aus San Francisco mit den High-Tech-Industrien von Silicon Valley« bezeichnet. Der Liberalismus verbindet sie alle, die »Computer-Enthusiasten, faulen Studenten, innovativen Kapitalisten, engagierten Aktivisten, modischen Akademiker, futuristischen Bürokraten und opportunistischen Politiker« *(Zitate aus: Netzkritik, s. Rez. S. 46)*. Während die einen damit jedoch den sozialen Sinn des Begriffs meinen, verwenden ihn die anderen rein ökonomisch. Ein tiefreichender Glaube an das emanzipatorische Potential der neuen Informationstechnologien bewirkt diese Verschmelzung der Gegensätze. Das Internet verdankt seine Entstehung einem gesellschaftlichen Konsens von Staat, Industrie und Rebellen.

Spätestens an diesem Konsens wird deutlich, daß das Netz lediglich ein Medium, jedoch kein eigenständiger und unabhängiger Raum ist. Das Netz ist Teil der Gesellschaft und bestehender Machtverhältnisse. Es ist eine Art gesellschaftlicher Spiegel, und es bringt wenig, ihn zu zerschlagen, wie es die fundamentalistischen Kritiker von technischen und elektronischen Medien wollen. Ebensowenig kann man den Spiegel ignorieren, wie es die Heilsprediger des Internet tun. Ihre kleine heile Welt Internet ist eben kein abgekapselter Kosmos. Eine Netzkritik könne daher, so Geert Lovink und Pit Schultz von der agentur bilwet, »keine Theorie, sondern eine Theoriepraxis sein«. »Netzkritik wäre somit eine zeitlich begrenzte Übung in taktischer Negativität, welche die Belanglosigkeit der Computernetze genießt, ohne sich den Verführungen gestiegenen Interesses zu verschließen. Sie analysiert die Organisation von Macht in der immateriellen Sphäre und versucht diese selbst in den Griff zu bekommen in dem Wissen, daß der Kapitalismus nie einen unbesiedelten, unzivilisierten Cyberspace erlaubte.«

Zwei Hyperlinks:
Auf S. 46 dieses Heftes finden sich ***Rezensionen*** *einiger Bücher zum Thema. Außerdem soll auf die neueste Ausgabe der Zeitschrift* ***»alaska«*** *hingewiesen werden, die ebenfalls dem Medienthema gewidmet ist.*

Noch sei viel Platz im Netz, so die bilwet-Autoren, »noch gibt es die Freiheit, sich nicht mit alten Idealgegnern zu befassen, sondern auf deren Neubildung Einfluß zu nehmen. Jetzt ist die Periode der Hyperwachsamkeit, eine komprimierte Entwicklung, die aller Erfahrung nach in eine bleierne Zeit übergehen wird, wie wir sie von anderen elektronischen Medien her kennen. ... Die Netze sind Orte der Entscheidung, an denen sich zukünftige Machtordnungen abbilden und neu strukturieren.«

Völlig neu werden die Machtstrukturen allerdings nicht sein. Zu verschieden sind die Voraussetzungen für den Netzeintritt. In weiten Teilen Afrikas, Chinas und auch Osteuropas sind die infrastrukturellen und vor allem finanziellen Voraussetzungen des Netzanschlusses nur für wenige Privilegierte gegeben. Nur in den Industriestaaten haben bereits größere Bevölkerungsschichten Zugang zum world wide web. Doch auch in den Metropolen ist der Einstieg ins mediale abhängig vom sozialen Netz. Zunächst schließen die nicht unerheblichen hardware-Kosten für Computer, Modem und Netzanschluß sowie hohe Gebühren einen Teil der Bevölkerung aus. Der »access for all« bleibt eine Wunschformel, Zugang haben die, die sich das geforderte know-how und kontinuierliche Einkünfte erschließen. In der Informationsgesellschaft wird Wissen mehr denn je zum Produktionsfaktor, denn nur wer das Wissen und die Kenntnis des Netzgebrauchs hat, kann die Massen an Information im Internet selektierend nutzen und Kapital daraus schlagen. Letztlich hat sich eine privilegierte Schicht ihr kommunikatives Medium geschaffen: Demokratie für Besserverdienende und Demokratie für Besserwissende.

▶ **Stephan Günther** und **Thomas Cernay** sind Mitarbeiter im **iz3w**.

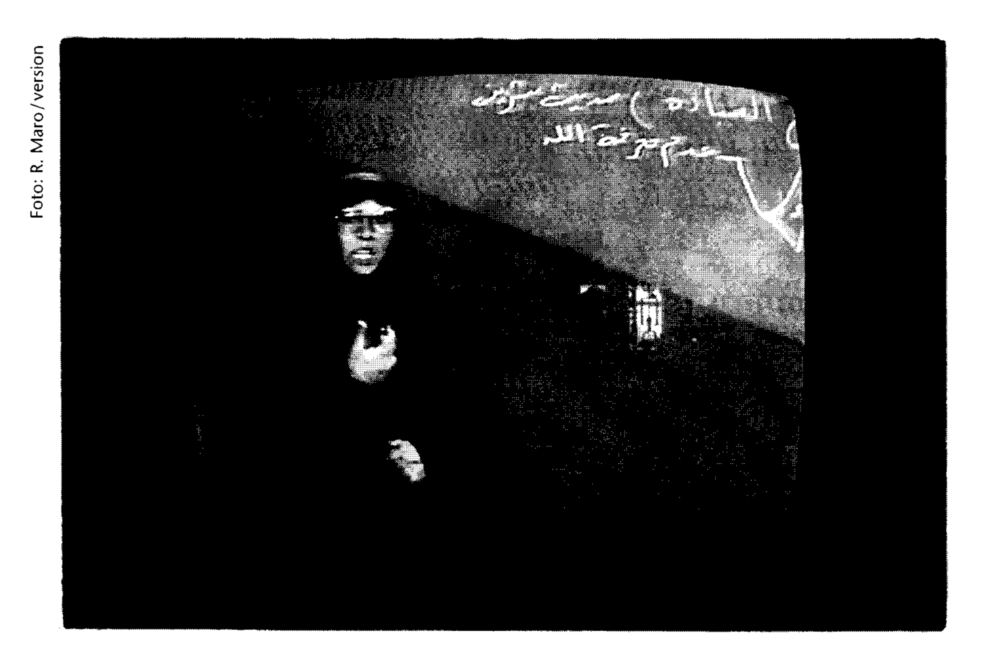


Foto: R. Maro/version

Gestörte Globalisierung

Gegentrends auf dem Weg zu einer internationalen Medienkultur

von **Kai Hafez**

Massenmedien gelten als Vorreiter der Globalisierung. Die Informationsströme überschreiten nationale Grenzen geradezu unkontrollierbar und frei. Das könnte kulturspezifische Weltbilder in Richtung einer globalen Werteordnung verschieben. Tatsächlich bleibt jedoch die internationale Kommunikation häufig hinter der technischen Globalisierung zurück und erzeugt oder verstärkt inhaltlichen und kulturellen Partikularismus.

► Sportereignisse wie die Olympischen Spiele, gleichzeitig in die meisten Länder der Erde übertragen, befähigen die Massenmedien, die Welt über nationale, kulturelle oder religiöse Grenzen hinweg vor den gleichen Bildern zu vereinen. Politische Zäsuren – wie der Fall der Berliner Mauer oder die Unterzeichnung des Osloer Friedensabkommens zwischen Israelis und Palästinensern – waren Medienereignisse ersten Ranges, in denen sich Visionen des »globalen Dorfes« zu erfüllen schienen. Wer wollte nach E-mail, Internet und Satellitenfernsehen bezweifeln, daß Anthony Giddens, einer der Vordenker der Globalisierung, recht hatte, als er davon sprach, daß Globalisierung nicht nur ein ökonomischer Prozeß sei? Globalisierung findet sicher nicht zuletzt durch Veränderungen in der globalen Informationsordnung statt.[1]

Gleichwohl ist der Zusammenhang zwischen Medien und Globalisierung weitaus komplexer. Es sind regionale, nationale und lokale Medienmärkte, die in Asien und Afrika derzeit rapide wachsen.[2] Mehr noch: Massenmedien, egal ob Presse, Rundfunk oder Fernsehen, berichten zwar häufig über andere Teile der Welt, die Maßstäbe der inhaltlichen Gestaltung sind jedoch allzu oft durch nationale Perspektiven, Stereotype, kurz: durch partikulare statt durch globale Perspektiven geprägt. Es gibt nicht die Olympiade, sondern auf den Bildschirmen und in den Zeitungen der Welt werden kleine »nationale Olympiaden« konstruiert, auf denen vor allem die heimischen Sportler im Mittelpunkt stehen. Gleichermaßen gilt die Berichterstattung von CNN während des Golfkriegs von 1991 als Beleg dafür, daß selbst transnational sendende »neue Medien« sich in Krisenzeiten auf ihre Heimatbasis – hier die USA – besinnen und entsprechend einseitig berichten. Von einem »globalen Dorf« und der Vermittlung gemeinsamer Weltbilder und Lebensperspektiven ist gerade die politische Auslandsberichterstattung meist noch sehr weit entfernt.

Eine »tektonische Verschiebung«

► Statt Massenmedien einfach für Kräfte der Globalisierung zu halten, haben Miriam Meckel und Markus Kriener die Globalisierung der Medien als einen Prozeß auf vier Ebenen beschrieben. Die Ebene der Technologie und Infrastruktur – die Entwicklung des Satellitenfunks, der Digitalisierung, Multimedialisierung und Netzwerkintegration – hat die wesentlichste Voraussetzung für die Internationalisierung der Kommunikation geschaffen. Auf der zweiten, der institutionellen Ebene treiben ökonomische Konzentrationsprozesse die Globalisierung des Medienmarktes voran. Auf der Produktionsebene existieren wenige trans- und multinationale Programmangebote (wie CNN oder ARTE) neben den traditionellen nationalen oder lokalen Medien. Die vierte und letzte Ebene – die der Medieninhalte – ist durch den geringsten Internationalisierungsgrad geprägt und repräsentiert überwiegend partikulare Sichtweisen.[3]

Fiktionale Medienprodukte wie Hollywood-Filme ließen sich bisher weltweit verkaufen und haben zur globalen Durchsetzung von westlicher Unterhaltung, Konsumprodukten und Life-Style-Kultur beigetragen. Dagegen belegt seit den sechziger Jahren Studie um Studie, daß nicht-fiktionale Gattungen wie die Auslandsberichterstattung in hohem Maß partikularisierenden Bedingungen unterliegen, die als Gegentrend zur Globalisierung betrachtet werden müssen. Nachrichtenwerttheoretiker wie Winfried Schulz haben beschrieben, wie Medien – statt die politische Realität als solche wiederzugeben – auf Faktoren wie »kulturelle Nähe«, »Überraschung« oder »Konflikt« reagieren. Diese Faktoren bestimmen darüber, ob ein Ereignis als Nachricht empfunden und wie es gestaltet wird.[4] Eine für 29 Länder parallel durchgeführte Studie im Auftrag der UNESCO hat gezeigt, daß vor allem die Entwicklungsländer in den Medien Nordamerikas und Europas häufig aus einer Perspektive betrachtet werden, in der Konflikte, Kriege und Katastrophen überrepräsentiert sind. So wird weiterhin das Bild einer chaotischen außereuropäischen Welt vermittelt.[5] Eine andere internationale Studie hat zutage gefördert, daß mitunter ein und dasselbe Ereignis, aufbereitet auf der Basis derselben Informationsquellen, in nationalen Mediensystemen völlig gegensätzlich dargestellt wird. Diese »Domestizierung« der Auslandsnachrichten ist selbst im Vergleich zwischen sehr ähnlichen Gesellschaftssystemen, wie dem der USA und Großbritanniens, zu beobachten. Internationale Berichterstattung ähnelt aus der Sicht der Autoren weit eher dem »Turm zu Babel« als einer »globalen Redaktion«.[6] Der Prozeß der Globalisierung der Massenmedien gleicht einer tektonischen Verschiebung, bei der sich Erdschichten in verschiedene Richtungen bewegen. Die partikularen Inhalte der Berichterstattung bleiben dabei nicht nur hinter der fortschreitenden technischen und institutionellen Globalisierung zurück, die Tektonik der internationalen Kommunikation entwickelt sogar eine gegenläufige Bewegung. Wer angesichts dieser Unordnung pauschal von einer Globalisierung der Medien spricht, wird leicht zum »Techno-Idealisten«.[7]

Die Ursachen für die partikularen Inhaltstendenzen der Medien sind vielfältig. Von entscheidender Bedeutung ist, daß die Auslandsberichterstattung nicht in das internationale System integriert ist – aus dem einfachen Grund, weil es dieses internationale System erst in den Ansätzen der Vereinten Nationen gibt. Journalisten und Medieninstitutionen berichten zwar über die Welt, sind jedoch in den wenigsten Fällen auf das Feedback aus den Ursprungsländern der Nachrichten angewiesen. Statt dessen sind sie mit ihrer heimischen Klientel – den Konsumenten ebenso wie politischen und anderen Eliten – durch vielfältige Beziehungen verbunden. Involviert sind auch die individuellen Nationen- und Völkerbilder der Journalisten, ihre Haltungen und Positionen zum Gegenstand sowie ihre Rollenvorstellungen – etwa als objektive Vermittler oder Mitgestalter der Außenpolitik. Zusätzlich verschlechtern sich soziale Bedingungen, wodurch partikularistische Konsumgewohnheiten im nationalen Rahmen erstarken. In den USA steht steigender Produktionskapazität für Auslandsnachrichten nachlassende Nachfrage gegenüber. Erfolgreiche Programme wie Murdochs STAR TV in Asien sind bloße Konglomerate nationaler und regionaler Kanäle, gemacht, um den speziellen kulturellen Bedürfnissen zu begegnen. Die verstärkte Rückkehr zu nationalen und kulturellen Identitäten[8] erscheint auch in Europa als Gegentrend zur bedrohlichen (Arbeitsplätze vernichtenden) Globalisierung und macht sich in den Medien durch Aktualisierung der Gegensätze zwischen dem Westen und der islamischen Welt (s. Kasten) bemerkbar. In letzter Instanz können sich die Medien nicht vollständig globalisieren, weil sie die kulturellen und nationalstaatlichen Bedingungen ihrer Arbeit reproduzieren.

Globale »Erdbeben«

► Wie wirkt sich die »tektonische Verschiebung« der Globalisierung im Bereich der Massenmedien auf die Weltgesellschaft aus? Potentiell sind die folgenden vier grundlegenden Wirkungen der Medien denkbar. Zum einen können nationale Sichtweisen, in den Medien widergespiegelt, den Nationalstaat stabilisieren. Die Auflösung des Nationalstaates bleibt eine Utopie, solange eine globale »Medieninhaltskultur« fehlt. Zum zweiten kann eine Zunahme internationaler Kommunikation nicht nur den Frieden fördern, sondern auch politische und ökonomische Konflikte zwischen Staaten forcieren. Die eingeschränkte Objektivität der Krisenberichterstattung (siehe CNN im Golfkrieg) ist in einer Welt globaler Kontakte und Reibungsflächen gefährlicher als je zuvor. Des weiteren können Medien Kulturkonflikte verstärken, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erneut zum wichtigsten ideologischen Moment in den internationalen Beziehungen zu werden drohen. Samuel Huntingtons »Kampf der Zivilisationen« – der Kulturenkampf zwischen Islam, Konfuzianismus und dem Westen, der das 21. Jahrhundert prägen soll – kann erst durch die massenhafte (mediale) Verbreitung kulturalistischer Abgrenzungsvorstellungen Realität werden. Zum vierten läßt sich durch Berichterstattung die Spannung zwischen Bevölkerungsmehrheiten und religiösen, ethnischen oder kulturellen Minderheiten verstärken. Auslands- und Weltbilder der Medien können gerade in Zeiten verstärkter Migration das Bild der öffentlichen Meinung von Minoritäten prägen.

Insgesamt entsteht der Eindruck, als könne die »tektonische Verschiebung« der Medienglobalisierung »globale Erdbeben« hervorrufen. Technische, institutionelle, Produktions- und Inhaltsaspekte der Medien entwickeln sich derart, daß immer mehr und mit immer größerer Reichweite, aber nicht unbedingt immer sinnvoller und verständiger kommuniziert wird. Die Globalisierungseuphorie mit dem Hinweis auf die Medieninhaltsforschung zu bremsen, bedeutet nicht, die Globalisierung der Medien gänzlich zu bestreiten. Dennoch ist mit dem ehemaligen Geschäftsführer der großen Nachrichtenagentur Agence France Press (AFP), Claude Moisy, zu befürchten, daß inadäquate internationale Medienberichterstattung gerade unter Krisen- und Zeitdruck gefährliche politische Entscheidungen fördert.[9] Es wäre eine Illusion zu glauben, daß im Zeitalter der Massendemokratie Medien keine propagandistischen Wirkungen mehr entfalten und daß Mediendiskurse jederzeit pluralistisch sind. Durch eine Zunahme an Kommunikation können Probleme nicht nur beseitigt, sondern vor allem auch neu geschaffen werden.

Salman Rushdie im Kulturkonflikt

► Ayatollah Khomeini hat es gar nicht so gemeint, als Kulturkonflikt. Die Revolutionseuphorie hatte nach dem iranisch-irakischen Golfkrieg nachgelassen, und die Fatwa mit der populistischen Todesdrohung sollte zur Mobilisierung der Bevölkerung und Verteidigung der Dominanz über moderate Kräfte im Iran dienen. Bei näherer Betrachtung war der Fall Rushdie nur ein »schwaches Politikum«. Eigentlich fehlte der realpolitische Konflikt und nur wenige Wochen nach der fatwa renormalisierte der Westen die Beziehungen zum Iran. Um so deutlicher ließ sich der kulturpolitische Konflikt durch die Medien zeichnen – der Gegensatz zwischen dem westlichen Universalitätsanspruch der Menschenrechte und dem in der islamischen Welt nach wie vor starken Behauptungsanspruch religiöser Positionen. Nach Khomeinis Mordaufruf reagierte die deutsche Presse vordergründig mit einer Betonung der Grund- und Menschenrechte. Schnell war man aber auch beim »nie wieder dort, wo wir schon einmal waren« (Hamburger Abendblatt). Einer »finsteren Realität« und »Ideologie des Absoluten« blickte die Süddeutsche tapfer ins Auge. Die ZEIT stand gar dem »millionenfach wirkliche(n) Typus« des mordbereiten Muslims gegenüber. Aus der »ungeheuren geistigen Kluft (...) zwischen Christentum und Islam« (FAZ) wurde eine Mittelalterhypothese geschmiedet. Unterschiedliche Positionen im islamischen Lager verblaßten bis zur Unkenntlichkeit. Ein Sammelband mit Beiträgen von mehr als hundert namhaften arabischen Intellektuellen, die sich für Rushdie einsetzte, wurde in der deutschen Presse kaum wahrgenommen. Nur die WELT war zufrieden über den Beweis gegen die multikulturelle Gesellschaft: »Nun sehen all jene, die soviel Fleiß, Ehrgeiz und Idealismus aufgeboten hatten, einer multikulturellen Gesellschaft gegen alle Warnungen und Erfahrungen den Weg zu bahnen, ihr Leitbild zerfallen.«

Anmerkungen:

1 A.Giddens, The Constitution of Society, Cambridge 1984; ders., The Nation-State and Violence, Cambridge 1985.

2 M.Ferguson, The Mythology about Globalization, in: European Journal of Communication 7/1992, S. 69-93.

3 M.Kriener/M.Meckel, Internationale Kommunikation. Begriffe, Probleme, Referenzen, in: dies. (Hrsg.), Internationale Kommunikation. Eine Einführung, Opladen 1996, S. 15 f.

4 W.Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse aktueller Berichterstattung, Freiburg/München 1990 (2. Aufl.).

5 A.Sreberny-Mohammadi/K.Nordenstreng/R.Stevenson/F.Ugboajah (Hrsg.), Foreign News in the Media. International Reporting in 29 Countries, Paris 1985, S. 52.

6 M.Gurevitch/M.R.Levy/I.Roeh, The Global Newsroom. Covergences and Diversities in the Globalization of Television News, in: Dahlgren/Sparks (Hrsg.), Communication and Citizenship. Journalism and the Public Sphere, London/New York 1993, S. 195-216.

7 Th.Schuster, Staat und Medien. Über die elektronische Konditionierung der Wirklichkeit, Frankfurt 1995, S. 39.

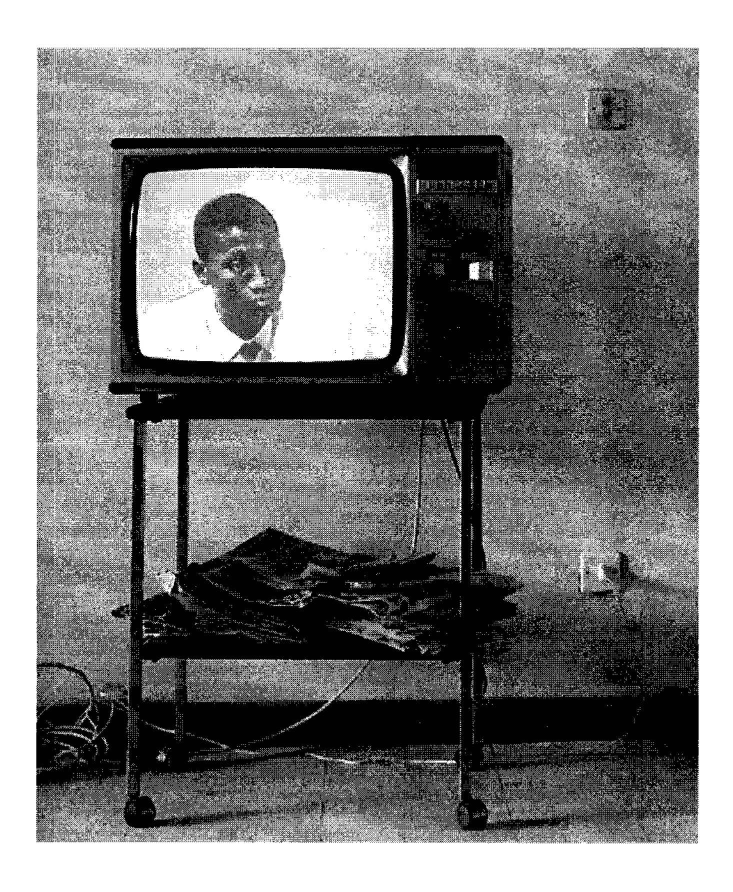
8 D.Morley/K.Robins, Spaces of Identity. Global Media, Electronic Landscapes, and Cultural Boundaries, London et al. 1995, S. 21 ff.

9 C.Moisy, Myths about the Global Information Village, in: Foreign Policy 107/1997, S. 78-87.

► **Kai Hafez** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg und Dozent im Bereich politische Kommunikation des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg.

Giganten in der guten Stube
Die Globalisierung des Medienmarktes

von Michael Kunczik und Astrid Zipfel



I. Rupert Murdochs News Corporation

Die Geschichte der News Corp. ist im Mediensektor ohne Beispiel. Begann Murdoch 1953 in Australien mit zwei Zeitungen, so erreicht sein Unternehmen heute bald 75% der Menschheit. Die globale Expansion des Konzerns ist durch eine Strategie gekennzeichnet, die auf marktbeherrschende Positionen und sich gegenseitig verstärkende Effekte in der Tagespresse, im Druckgewerbe, in Buchverlagen und nicht zuletzt bei Fernsehstationen setzt.

► Die News Corp. ist zu 28% in der Hand von Rupert Murdochs Familie und wird von ihm persönlich kontrolliert. Nachdem er bereits in Australien seine beiden ersten Zeitungen in Blätter mit den Hauptthemen »Sex, Crime and Human Interest« umgewandelt hatte, begann er auch in Großbritannien mit Boulevardblättern. Mittels eines bis dahin unbekannten aggressiven Marketings, kostenlosen Verteilungen und Preissenkungen eroberte Murdoch bis heute mit Blättern wie News of the World und Sun fast 40% des britischen Zeitungsmarktes.

Ein wesentlicher Faktor für Murdochs Erfolge war sein gutes Verhältnis zu Margaret Thatcher. Schon im Wahlkampf 1979 wurde sie von seinen Zeitungen unterstützt. Eine ihrer Gegenleistungen bestand darin, daß sie Murdoch die aufgrund der Monopolgesetze schwierige Übernahme der Times ermöglichte. Thatcher und Murdoch arbeiteten zudem zusammen, als es darum ging, die Macht der Gewerkschaften einzudämmen. War es die Murdoch-Presse, die während der Bergarbeiter-Streiks die Gewerkschaften als »rote Gefahr« aufbaute, so unterstützte Thatcher Murdoch, als er 1986 erfolgreich versuchte, die Drucker- und Setzergewerkschaften aus seinem Zeitungsunternehmen zu verdrängen.

Mike bringt Millionen

► Thatchers Unterstützung war ferner entscheidend für Murdochs Einstieg ins britische Fernsehgeschäft. Ausnahmeregelungen, die bestehende Gesetze zur Verhinderung von Monopolbildungen im Medienbereich umgingen, ermöglichten es Murdoch, 1983 mit Sky TV ins britische Satellitenfernsehen einzusteigen und 1990 mit einem Konkurrenten zu BSkyB zu fusionieren. Heute ist BSkyB ein erfolgreicher Pay-TV-Sender, dessen Abonnentenzahl ständig zunimmt und inzwischen bei knapp 6,4 Millionen liegt.

Renner im BSkyB-Programm ist der Sport. Im März 1996 zahlten ca. 650.000 britische Haushalte rund 15 Millionen DM, um am Sonntagmorgen um 5.00 Uhr den Boxkampf Mike Tyson gegen Frank Bruno zu sehen. Die Premier League (die engl. Bundesliga) hat für die Übertragungsrechte für 4 Jahre 670 Millionen Pfund erhalten (wobei die Rechte doppelt soviel wert sein sollen). Auch die Rugby-Liga hat die Senderechte an Murdoch verkauft. Eine zentrale Bedingung des Vertrags verlangt, daß die Saison vom Winter in den für das Fernsehen attraktiveren Sommer verlegt wird, und eine Geheimklausel legt fest, daß Spieler-Transfers nur noch mit Zustimmung der News Corp. durchgeführt werden dürfen.

In letzter Zeit engagiert sich Murdoch insbesondere im digitalen Fernsehgeschäft. Er hat den ersten digitalen Decoder in Großbritannien auf den Markt gebracht. Anfängliche Subventionierung soll den Absatz ankurbeln, um dann im Laufe des Jahres die ca. 200 digitalen Satellitenkanäle, darunter auch Dienste wie Telebanking und Homeshopping, zu starten. Murdoch hat auch versucht, ins deutsche Digitalfernsehen einzusteigen. Eine Vereinbarung mit Bertelsmann, Havas und Canal plus wurde von Murdoch jedoch ebenso wieder aufgekündigt wie jüngst ein Übereinkommen mit Leo Kirch über den Einstieg in DF1.

Auch in den USA begann Murdochs Engagement auf dem Zeitungsmarkt. In seinem Besitz befinden sich zudem Verlage und die größte amerikanische Programmzeitschrift TV Guide, die wiederum für Murdochs Fernseh- und Filmproduktionen wirbt. 1985 wurde er amerikanischer Staatsbürger und erwarb die erste Fernsehkette. Fox TV soll mit einem unkonventionellen Programm insbesondere die Altersgruppe zwischen 18 und 49 ansprechen. Dazu schuf Fox das Reality-TV mit Sendungen wie Cops, in der die Polizei bei realen Einsätzen begleitet wird. Politik spielt eine Nebenrolle und ist dem Sport weit untergeordnet. So verfügt das Fox-Network über die Übertragungsrechte der amerikanischen National Football League, die für 1,6 Milliarden US$ gekauft wurden. 1997 brachte die Übertragung der Spiele um die sogenannte 'Super Bowl' Fox die vierthöchsten Einschaltquoten in der Geschichte des US-Fernsehens ein. Neben solchen nationalen Großereignissen wird das Fox Sports Net zunehmend auch im Bereich der lokalen Sportübertragung aktiv.

1985 erwarb Murdoch 50% von 20th Century Fox und verfügt so über ein Filmarchiv von ca. 2.000 Filmen – darunter so große Erfolge wie Independence Day und

die Neuedition der Star Wars-Trilogie. Erfolgreiche Kino- und Fernsehproduktionen werden durch andere Abteilungen von Fox z.B. als Videos und Videospiele weiter vermarktet. Auch in den USA pflegt Murdoch den Kontakt zu einflußreichen Personen. Er veröffentlichte Newt Gingrichs Autobiographie und unterstützte den Wahlkampf des New Yorker Bürgermeisters Rudolph Giuliani, der sich im Gegenzug für Murdoch einsetzte, als sich New Yorks größter Kabelnetzbetreiber weigerte, Fox News in sein Netz einzuspeisen.

Pferderennen statt Menschenrechte

► Ein Hauptschwerpunkt von Murdochs Aktivitäten ist der wachstumsintensive asiatische Fernsehmarkt. Dort ist Murdoch insbesondere mit STAR TV tätig, das potentiell von ca. zwei Dritteln der Menschheit empfangen werden kann. Die im Geschäftsbericht 1997 genannten Hauptzielmärkte sind China, Indien, Taiwan, Japan, der Mittlere Osten und Indonesien. Dabei setzt Murdoch auf Sprachraum- und Kulturbezug seines Programms sowie auf die Kooperation mit nationalen Partnern, da er erkannt hat, daß global verbreitete Programme im westlichen Stil und in englischer Sprache in Asien keinen Erfolg haben. Danach richtet sich auch das Sportprogramm: Für China gibt es Gymnastik, Fußball und Pferderennen, in Indien hat sich Murdoch die Cricket-Rechte gesichert.

Beim Programmangebot setzt Murdoch v.a. auf Unterhaltung, um auch von den nicht-demokratischen Regierungen im Sendebereich nicht als systembedrohend betrachtet zu werden. Dadurch sollen sich Restriktionen gegen die Verbreitung von Star TV, z.B. Verbote von Satellitenschüsseln, lockern. Während Murdoch noch 1993 erklärt hatte, daß Satellitenfernsehen ein Feind des Totalitarismus sei, weil dadurch staatlich kontrolliertes Fernsehen umgangen werden könne, gab er ein Jahr später dem chinesischen Druck nach und entfernte BBC's World Service Television aus dem Programm, weil es kritisch über China berichtet hatte. Mittlerweile hat Murdoch Dengs Biographie veröffentlicht; in Joint Ventures mit chinesischen Medienorganisationen werden chinesischsprachige Web-Sites (»China-Byte«) und Unterhaltungskanäle produziert. Da Star bisher nur einen Bruchteil der chinesischen Fernsehhaushalte erreicht, beginnt auch eine vorsichtige Kooperation mit Chinas einzigem nationalen Sendeveranstalter. Angesichts potentieller hoher Umsätze aus der Fernsehwerbung wäre das Eindringen in diesen Markt geeignet, Star TV zu sanieren, das 1996 nach Schätzungen von Murdoch 100 Mio. US$ Verlust gemacht hat. In diesem Zusammenhang steht wohl auch, daß im Februar aufgrund persönlicher Intervention von Murdoch ein Vertrag zwischen dem zu seinem Konzern zählenden renommierten britischen Verlag 'Harper Collins' und Chris Patten, dem letzten britischen Gouverneur von Hongkong, wieder gekündigt wurde. Patten arbeitete an einem Buch, in dem er sich kritisch mit der chinesischen Regierung und ihrer Menschenrechtspolitik auseinandersetzt.

Der lateinamerikanische und der asiatische Markt werden in Zukunft wesentliche Zielmärkte von News Corp. darstellen. Sport wird auch künftig im Mittelpunkt stehen. Neben seiner Popularität hat der Sport den Vorteil, daß auch in Staaten, in denen Zensur herrscht, kaum Probleme auftreten. Zudem betrachtet Murdoch den Sport als »Türöffner«, um die Märkte seiner Pay-TV-Dienste weiter zu vergrößern. Ein weiterer wichtiger Faktor für Murdochs Erfolg ist das frühzeitige Engagement in neuen Technologien. Zu diesem Zweck wurde jüngst die News Technology Group gebildet. Neben dem Erscheinen diverser Zeitungen und Sender im Internet sowie dem erwähnten »China-Byte« betreibt Murdoch außerdem eine große Internet-Anzeigen-Datenbank in Australien und plant einen Internet-Dienst für Großbritannien.

Murdochs News Corp. ist der Medienkonzern mit der weltweit größten Reichweite. Seinen globalen Anspruch umschreibt Rupert Murdoch so: »We want to put our programming everywhere and distribute everybody's product around the world.« Allerdings hat er auch die Grenzen der Globalisierungsstrategie erkannt. Zum einen differenziert er in globale (Fernsehen, Film, Buch) und regionale Medien (Zeitungen, Magazine). Zum anderen werden zunehmend die jeweiligen kulturellen Besonderheiten eines Marktes berücksichtigt, insbesondere in Asien und Lateinamerika. Murdoch ist offensichtlich zu der Erkenntnis gelangt, daß Globalisierung auch im Medienbereich ohne ein gewisses Maß an Provinzialisierung nicht zum Erfolg führt.

II. Medienkonzerne in Lateinamerika: Globo und Televisa

Medienkonzerne aus dem Süden finden bisher kaum Beachtung. Dabei lassen sich die Umsätze einiger von ihnen mittlerweile mit nordamerikanischen und europäischen Unternehmen vergleichen. Herausragend sind hier der brasilianische Globo-Konzern und die Grupo Televisa S.A. aus Mexiko. Basis ihres Erfolgs ist neben guter Zusammenarbeit mit den politischen Führungen die Popularität von Telenovelas.

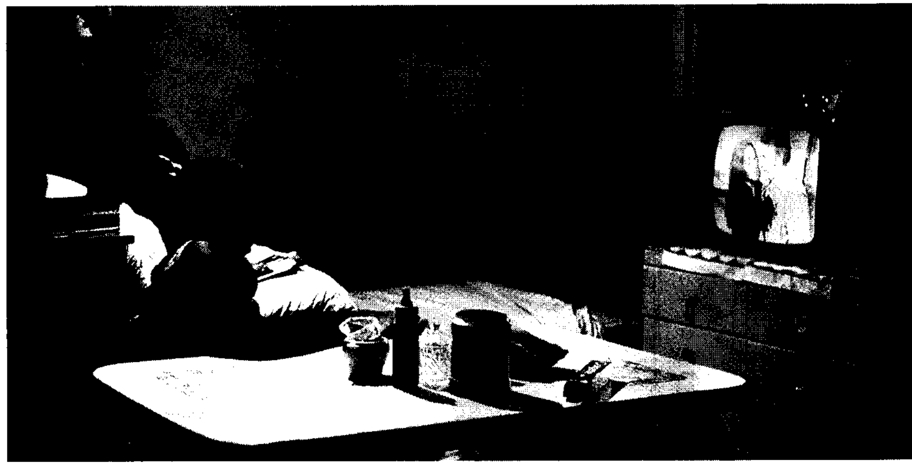
► Rede Globo de Televisão (Globo), das 1965, zwei Jahre nach der ersten Fernsehsendung in Brasilien, zum ersten Mal auf Sendung ging, stellt heute das größte Network Lateinamerikas dar. In den letzten 30 Jahren entwickelte sich der Globo-Konzern mit Hauptsitz in Rio de Janeiro zu einem Medienkonzern, der sich im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen kann. 1994 war Globo, was die TV-Umsätze betrifft, das elftgrößte Medienunternehmen der Welt mit 2,1 Milliarden DM Umsatz. Mit 1,4 Milliarden DM überstieg im gleichen Jahr auch der Bruttoumsatz von Televisa in Mexiko den des deutschen Bertelsmann-Konzerns (1,3 Mrd.).

Wie Rupert Murdochs News Corp. waren auch Globo und Televisa gute Kontakte zu maßgeblichen politischen Entscheidungsträgern bei der Unternehmensentwicklung förderlich. Außerdem haben jeweils finanzielle Mittel und personelles Know-how nordamerikanischer Firmen in den Gründungsjahren wesentlich zu ihrem Wachstum beigetragen. Trotz der Starthilfe wird jedoch die Primetime in beiden Ländern nicht durch nordamerikanische Produktionen, sondern durch einen speziellen lateinamerikanischen Programmtypus, die Telenovela, dominiert. Wo Telenovelas vorherrschen, ist der oft beklagte US-amerikanische Medienimperialismus im Fernsehunterhaltungssektor kein Thema mehr. Brasilien ist das erste Entwicklungsland, dem es ab ca. 1970 gelungen ist, Importe aus den USA durch eigene Programme zu substituieren.

Die Thematik der Telenovelas entspricht der der Soap Operas: Liebe, Intrigen usw. im Alltag ihrer Helden. Es geht um den Gegensatz zwischen Gut und Böse, wobei am Ende stets das Gute siegt. Im Mittelpunkt stehen meist komplizierte Liebesbeziehungen oder eine scheinbar unmögliche Liebe aufgrund von Klassenschranken (»Schneewittchenplot«). Weitere beliebte Themen sind: Verfolgte Unschuld, gerechte Rache, Wiederkehr Totgeglaubter, mysteriöse Herkunft, Identitätsvertauschung, getrennte Geschwister, Waisen auf der Suche nach ihren Eltern. Dabei vereinen Telenovelas wie die Soap Operas Elemente aus Roman und Theater mit Fernseh- und Filmtechniken, sind diesen aber aufgrund ihres ausgeprägt brasilianischen Charakters nicht gleichzusetzen.

Die Telenovelas erfüllen neben reiner Unterhaltung noch Funktionen wie die Produktwerbung in Form von Werbeunterbrechungen und erzählimmanenter Werbung, die nationale Integration sowie die Vermittlung erzieherischer Aspekte. Die typische brasilianische Telenovela hat eine Länge von 150 bis 200 Folgen, d.h. eine Spieldauer von sechs bis neun Monaten. Sie wird täglich ausgestrahlt, ist potentiell endlos, mehrmals durch Werbung unterbrochen, hat offene Kapitelenden (Cliffhanger) und arbeitet mit einem sogenannten Multiplot, das heißt mit einer Vielzahl von Handlungssträngen, die eine zentrale Handlung stützen.

Vergleichbar ist die Länge mexikanischer Telenovelas. Der wesentliche Unterschied zwischen brasilianischen und mexikanischen Telenovelas besteht darin, daß das Ende der brasilianischen Telenovelas zu Drehbeginn meist noch offen ist, um die Zuschauermeinung berücksichtigen zu können. Und das Exportpotential für unsynchronisierte Fernsehfilme ist bei Globo im Vergleich zum Marktpotential des mexikanischen Mediengiganten Televisa (s. Kasten) gering. Schließlich leben von den ca. 200 Millionen portugiesisch sprechenden Menschen allein 160 Millionen in Brasilien.



Alles so schön bunt hier...

»...als ob ich nach einem harten Tag ein Beruhigungsmittel einnehme« (Militärdiktator Médici)

▶ Der heutige Medienkonzern Organizações Globo ging aus dem Presseverlag von Roberto Marinho (»Mr. Globo«, geb. 1905) hervor, der die 1923 gegründete Zeitung O Globo herausgab. TV Globo nahm am 26.04.1965 den Sendebetrieb auf. Globo stand anfänglich vor dem Problem, daß es aufgrund der bereits etablierten Konkurrenzsender (TV Tupi und TV Rio) zunächst von den Zuschauern wenig beachtet wurde. In dieser Situation versuchte Globo, Zuschauer emotional anzusprechen. Überschwemmungen in Rio de Janeiro im Jahr 1966 wurden zum Anlaß genommen, die »menschliche Seite« des Senders herauszustellen. Neben der Berichterstattung vor Ort wurden Hilfsaktionen für die Betroffenen organisiert. Die Sendegebäude wurden zum Teil in Sammelstellen für Decken und Lebensmittel umgewandelt.

Die Expansion des brasilianischen Fernsehens wurde in den 60er Jahren vor allem von der Militärregierung vorangetrieben, die die Förderung des Fernsehens zum Bestandteil einer umfassenden Telekommunikationspolitik entwickelte. Das in den Anfangsjahren weitgehend unreglementierte Fernsehen geriet unter autoritäre Kontrolle. Die Massenmedien wurden vom Militär als wichtiges Instrument für die nationale Entwicklung und die Herausbildung einer nationalen Identität angesehen. Und waren bis Mitte der 60er Jahre die Fernsehverantwortlichen noch davon überzeugt, daß Fernsehen und Hörfunk regionalen Besonderheiten entsprechen mußten, änderte 1969 Globo dieses Konzept. Die neue Globo-Strategie der Übertragung eines gesamtbrasilianischen Programms entsprach den Interessen der Militärregierung, die jeden Winkel des Landes erreicht wissen wollte.

So lieferte in der heterogenen brasilianischen Gesellschaft vor allem anderen das landesweit – d.h. von den wenigen Zentren ins Landesinnere – ausgestrahlte Fernsehen einen gemeinsamen Vorrat politischer Kenntnisse und kultureller Erfahrungen. Dabei liegt der Marktanteil von TV Globo heute über 60%. Nach einer Umfrage gilt Globo als »...mächtigste Institution des Landes, noch vor Kirche, Präsident, Parlament und Justiz«, und nach Überzeugung vieler Brasilianer ist es nicht möglich, zum Präsidenten gewählt zu werden, wenn dies nicht im Sinne von Roberto Marinho ist: »Während es keiner Regierung gelang, *ein* Volk zu formen, zog sich Globo *ein* Publikum heran.«

Für die Ausdehnung des Globo-Konzerns war die Protektion des Militärs von Beginn an von entscheidender Bedeutung. Die Sonderbehandlung durch die Militärregierung folgte auf die Unterstützung ihrer Politik: Die Zeitung O Globo hatte 1964 den Putsch als

Die GRUPO TELEVISA S.A.

▶ Seit 1973 beherrscht Televisa die mexikanische Fernsehlandschaft. Als führender und beliebtester Fernsehkanal Mexikos gilt dabei Kanal 2, der von 96% aller Haushalte empfangen wird. Die staatliche Imevisión stellt keine Konkurrenz dar. Vielmehr besteht eine symbiotische Beziehung zwischen den zwei stärksten Machtzentren Mexikos, der Staatspartei PRI und Televisa. Die Regierung ist auf eine positive Berichterstattung angewiesen und Televisa braucht das Wohlwollen der Regierung für die weitere Expansion. Die ist auch nötig, denn seit der Abwertung der mexikanischen Währung Ende 1994 hat Televisa mit hohen Schuldenlasten zu kämpfen (1,25 Milliarden US$, Economist 20.7.1996).

Telenovelas sind einer der größten Exportschlager von Televisa. 1996 wurden bereits Produktionen in 100 Länder exportiert. In den spanischsprachigen lateinamerikanischen Staaten haben mexikanische Produktionen bereits in den 80er Jahren in hohem Maße die Einfuhr von US-Programmen ersetzt. Televisa (und Globo) bedienen mittlerweile auch den europäischen (spanischen) und den US-Markt, wo Televisa aufgrund des großen spanischsprachigen Bevölkerungsanteils einen Vorteil gegenüber Globo besitzt. Auch kann Televisa als »Gate-Keeper« für den Programmfluß zwischen Lateinamerika und den USA bezeichnet werden: Die Synchronisation von US-Filmen orientiert sich v.a. am Kaufinteresse Mexikos, als dem größten spanischsprachigen Land. Da die Synchronisation zudem meist in Mexiko selbst stattfindet, werden in ganz Lateinamerika Sendungen mit »mexikanischem Einschlag« verbreitet.

Inzwischen exportiert Televisa auch synchronisierte Telenovelas (6% der Einnahmen in 1996). Simultan werden eigene englischsprachige Versionen zu den spanischen gedreht. Lediglich die Schauspieler werden durch US-Amerikaner ersetzt und ab und zu die Handlung abgewandelt, um amerikanischen Werten besser gerecht zu werden. Es wird jedoch bezweifelt, daß Televisa in der Lage ist, das US-amerikanische Publikum für sich zu gewinnen. So meinte der Fernsehkritiker John Freeman, die mexikanische Serie Acapulco Bay »makes 'Baywatch' seem like Masterpiece Theatre.«

wichtigen Schritt zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, zur Errichtung einer fortschrittlichen, westlichen Zivilisation und zur Erhaltung der christlichen Religion charakterisiert. In Zeiten politischer Unruhe hat die Fernsehstation von Globo den Zuschauern auch weiterhin eine heile Welt vorgegaukelt. Militärdiktator General Emilio Garrastazu Médici (1970-1974) brachte es am 22. März 1973 auf den Punkt: »Ich fühle mich glücklich, wenn ich jeden Abend das Fernsehen einschalte, um die Nachrichten zu verfolgen. Während die Nachrichten von Streiks, politischer Agitation, von Attentaten und Konflikten in verschiedenen Erdteilen sprechen, marschiert Brasilien in Frieden in Richtung Entwicklung. Es ist also, als ob ich nach einem Tag harter Arbeit ein Beruhigungsmittel einnehmen würde...«

Die andere Massenmedien weit überragende Bedeutung und Einflußmöglichkeit des Fernsehens in Brasilien ist zum einen in der nach wie vor hohen Analphabetenrate zu sehen: Rund 30 Millionen der 160 Millionen Brasilianer können weder lesen noch schreiben. Zum anderen erreicht das Fernsehen alle Bevölkerungsgruppen. Während 1980 nur 37,8% der städtischen Haushalte an die öffentliche Kanalisation angeschlossen waren, verfügten bereits damals 73,1% über private Fernsehgeräte. In vielen ländlichen Gebieten ist eine Form des »öffentlichen Fernsehens« üblich, das als »teleposto« bezeichnet wird: Dabei wird am Abend an einem zentralen Platz des Dorfes ein über Generator betriebenes und damit für jedermann zugängliches Fernsehgerät aufgestellt.

Rückkoppelung mit dem Publikum

▶ Durch die landesweite Ausstrahlung v.a. der Telenovelas wurde nicht nur die Durchsetzung des Portugiesischen als Landessprache und die nationale Integration durch den Transport von Verhaltensweisen und Ideologien gefördert. Für das Medienunternehmen stehen die mit den Telenovelas verbundenen Werbemöglichkeiten im Vordergrund. Die Serienproduktionen garantieren hohe Einschaltquoten und sichern damit hohe Werbeeinnahmen. In Brasilien ist das Fernsehen aufgrund seiner großen Publikumsreichweite das wichtigste Werbemedium. Ca. zwei Drittel des Gesamtwerbeaufwands flossen dem Fernsehen zu, wobei manche Teilmärkte (Kleidung, Nahrungsmittel, Parfümerie) diesen Satz sogar noch deutlich überschritten. Davon entfallen wiederum zwei Drittel allein auf Globo.

So steht die Stimulierung des Konsums durch Produktwerbung im Vordergrund der Telenovela-Produktion. Vom Drehbuchautor bis zum Produktionsleiter waren in der Anfangsphase die wichtigsten Köpfe der Telenovelas direkt bei den werbetreibenden Konzernen bzw. deren Werbeagenturen angestellt. Die Werbeabteilung der Fernsehkonzerne ist maßgeblich an der Produktion der Telenovelas beteiligt. In Abstimmung mit ihr werden die Spannungsgipfel vor den Werbeblöcken festgelegt (pro Novela gibt es meist drei bis vier Werbeunterbrechungen à zwei bis fünf Minuten).

Die Telenovelas bieten außerdem die Möglichkeit der erzählimmanenten Werbung, also des Product Placement. Hier werden gezielt Markenprodukte in die Dramaturgie eines Filmes eingefügt. Globo gründete eine eigene Verkaufsagentur Apolo de Comunicaçóes, in der auch versucht wird, möglichst vorteilhafte Verbindungen zwischen der Serienhandlung und bestimmten Produkten herzustellen. Im allgemeinen wird das Produkt dabei in die Handlung integriert.

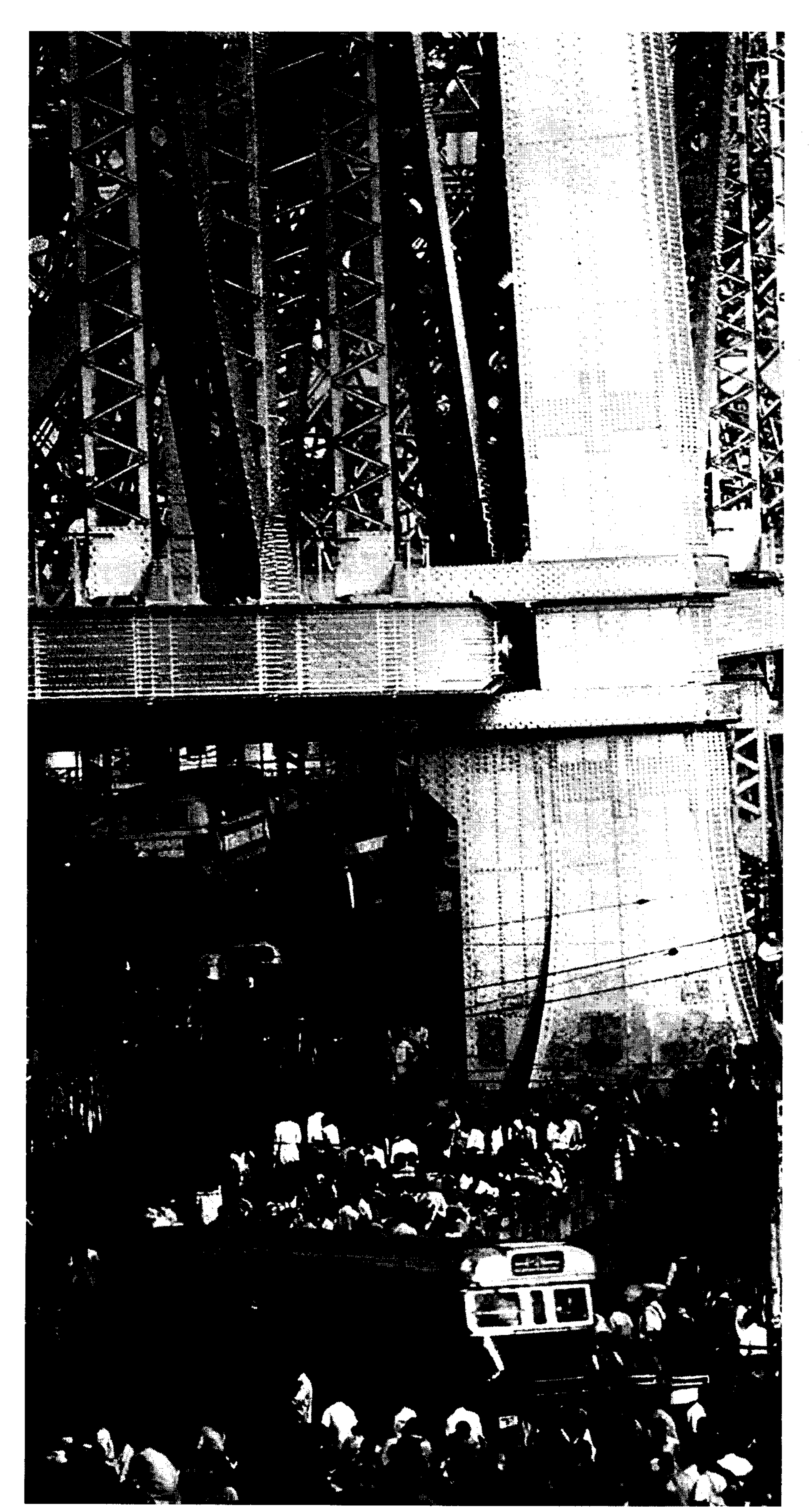
Es kann aber auch geschehen, daß der Regisseur von der Werbeabteilung die Vorgabe erhält, bei einem Kuß von den Lippen der Liebenden auf die Füße des Mädchens zu schwenken, weil ein Hersteller für ein neues Modell Strandsandalen werben will. Daß Product Placement innerhalb einer Telenovela manchmal zum handlungstragenden Faktor wird, zeigt auch das Beispiel einer Werbekampagne für eine Höschenmarke in der Telenovela Roque Santeiro. Eine aufreizende Werbung für diese Marke wurde zunächst innerhalb der Geschichte präsentiert, so daß die Zuschauer am Bildschirm verfolgen konnten, wie sich liberale und weniger liberale Gemüter mit diesem Plakat auseinandersetzten. Eine Woche später wurde das Werbeplakat tatsächlich in den brasilianischen Städten eingesetzt. Das an der Wirkung von Soap Operas und Telenovelas oft kritisierte Verhältnis von Fiktion und Realität (Entwirklichung von Realität und Verwandlung der Fiktion in Realität) wird hier handgreiflich und ist aus kommerziellen Zwecken beabsichtigt.

Um die Attraktivität für die Zuschauer zu gewährleisten, entstehen die von Globo produzierten Telenovelas in kontinuierlicher Rückkoppelung mit dem Publikum. Meinungsforschungsinstitute verfolgen die Resonanz. Inzwischen reagieren Globo und andere brasilianische Sender bereits während einer Sendung auf die aktuellen Einschaltquoten. Das Meinungsforschungsinstitut Ibope gibt die entsprechenden Daten ohne Verzögerung an die Sender weiter. Damit verändert sich das Live-Programm: Wenn etwa am Sonntagnachmittag bei der vierstündigen Familienshow 'Domingo Legal' von Globos Konkurrenz SBT während einer Shownummer die Quoten steigen – beliebt sind Tänzerinnen, die ihren Unterleib rhythmisch über Bierflaschen kreisen lassen – wird die Einlage wiederholt oder verlängert. Sinken die Quoten, wird die Nummer gekürzt.

▶ **Astrid Zipfel** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin, **Michael Kunczik** Professor für Kommunikationswissenschaften am Institut für Publizistik in Mainz.

Indischer Cyberspace

Über »realen« und »virtuellen« Nationalismus



von **Ravi Sundaram**

In Indien hat die virtuelle Netzwelt den Nationalismus der Landkarten und Staudämme abgelöst. Auch die sozialen Bewegungen sind mittlerweile in die Technokultur eingestiegen.

► Aus der Perspektive eines Landes, das fest in der Peripherie des Spätkapitalismus verortet ist, läßt sich feststellen, daß die alten modernistischen Ideologien des ausgehenden 19. Jahrhunderts in einer tiefen Krise stecken. Die großen Glücksversprechen von Nationalismus und Marxismus haben sich im südlichen Teil Asiens nicht erfüllt. Das wird auch den Bewohnern der Dritten Welt klar, die in den Ruinen der zerfallenden Artefakte des Nationalismus noch nach ihrer Identität suchen. Die moderne Staatsmacht, die sich auf feste Grenzen und das Konzept der Souveränität stützte, zerfällt; im Westen selbst lösen sich die klassischen Vorstellungen von Subjektivität, Repräsentation und Freiheit auf und werden in ihren Teilen nie wieder ganz zusammenfinden.

Die Dynamiken des indischen Eintritts in die elektronische Welt ergeben sich vor dem Hintergrund dieser Krise der westlichen Moderne und ihres Produkts, des Territorialstaats, der auf dem Konzept von Souveränität gründet. Gerade durch das Verblassen der Bilder und Ikonen des »Westens« wird Cyberspace für viele NutzerInnen aus der Dritten Welt attraktiv, denn im virtuellen Raum leuchtet er nun heller denn je. Diese gegenläufige Entwicklung zeitigt eine neue Form des Reisens der Drittwelt-Eliten gen virtuellen Westen.

In diesem Zusammenhang scheint mir die bisherige Kritik am Cyberspace, sowohl aus der Dritten Welt als auch von klassisch marxistischen Positionen, zu kurz zu greifen. Erstgenannte spricht immer nur von der »Musealisierung« der Dritten Welt im Netz, letztere von der Übermacht des multinationalen Kapitals in der politischen Ökonomie der Daten-Highways. Natürlich stimmt beides, und das Verhältnis zu einem imaginären Westen bestimmt sicher die Cyberpraktiken in Indien, aber damit läßt sich die Rolle nicht erklären, die der virtuelle Raum in lokalen und regionalen Versuchen spielt, nationale Identitäten umzumodellieren oder herzustellen.

Für ein Modell der Cyber-Praktiken in Indien muß zunächst die Tatsache berücksichtigt werden, daß Indien an der Peripherie der kapitalistischen Weltwirtschaft liegt, ein nur gering ausgebautes Telefonnetz und eine



Länderregister

Abkürzungen: Kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension

Länderregister / Sachregister

Abkürzungen: Kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension

Sachregister



Sachregister

Abkürzungen: Kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension

Sachregister

Abkürzungen: Kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension

schlechte Stromversorgung hat. Zum zweiten hat Indien keine »Cyberpunk-Tradition«, und es gibt keine eigene Science-Fiction-Kultur. Künstler und kulturelle Gruppen standen der Technik immer sehr ambivalent gegenüber, (künstlerische) Darstellungen von Wissenschaft und Technik wurden in der Geschichte Indiens vom Staat gefördert und trugen Züge des sozialistischen Realismus.

Dennoch gibt es in Indien heute immer mehr Leute, die an die elektronischen Netzwerke angeschlossen sind. Für ein Dritte-Welt-Land mit enormen sozialen Ungleichheiten ist das ganz erstaunlich. Erstaunlich ist auch, daß »Cyberspace« im öffentlichen Diskurs eine große Rolle spielt und Gegenstand vieler Berichte und Spekulationen in den Massenmedien ist. 1995 gab es in Indien 120.000 NetzbenutzerInnen. Das größte satellitengestützte Netz Indiens ist NICNET – das Netz des nationalen Zentrums für Information. Es verbindet alle regionalen und nationalen Zentren miteinander, verfügt über enorme Datenbanken im sozialwissenschaftlichen, medizinischen sowie juristischen Bereich und bedient alle staatlichen Forschungsinstitute im Lande. NICNET vernetzt alle per E-Mail und verschafft ihnen Zugang zum Internet. ERNET (Educational and Research Communications Network), nach NICNET das zweitgrößte staatliche Netzwerk, will in Kürze weitere 8.000 Colleges vernetzen, zusätzlich zu den bereits 6.000 vernetzten Institutionen. Der Vernetzungsmarkt boomt, aber an einer adäquaten Infrastruktur mangelt es noch. Das Netz wird zu überwiegenden Teilen von staatlichen Einrichtungen, Forschungszentren und öffentlichen Insitutionen genutzt. Die meisten Nutzer sind männlich, aus der Mittelschicht und den oberen Kasten. Viele arbeiten an den Universitäten. Es ist aber davon auszugehen, daß mit der Liberalisierung des Telekommunikationsgesetzes die Zahl der privaten Anbieter und Nutzer erheblich zunehmen wird.

Man kann eine grobe Dreiteilung der Netzöffentlichkeiten vornehmen: den Nationalstaat, die transnationalen Eliten und schließlich die Leute in Nischen zwischen Staat und Markt, die sich zu Bulletin Boards und Aktionsgruppen im Netz zusammenschließen. Ich will im folgenden eine Skizze dieser sich formierenden Communities wagen.

I. CYBER-NATION

► Im 20. Jahrhundert hatten alle Bewegungen ihre spezifische Ikonographie, auch der Nehrusche Nationalismus. Im Gegensatz zu Gandhis Beschwörung des »Dorfes« bevorzugte Nehrus Nationalismus den Staudamm. Er galt als »Tempel der Moderne« und stand für die Unterwerfung der Natur durch die säkulare Macht. Sein Traum war die Bändigung und Kontrolle von Energie. In Wochenschauen und in der Presse wurden die Menschen aufgefordert, Bhakra Nangal, das erste Staudammprojekt nach der Unabhängigkeit, zu besuchen – damals noch prä-virtuell. Der Staudamm (und andere strom- und stahlproduzierende Stätten) standen nach der Unabhängigkeit für »industrielles Wachstum« und Produktivität als Zeichen für Patriotismus und nationale Entwicklungen.

Rajiv Gandhi (Nehrus Enkel) versuchte Mitte der achtziger Jahre in diese nationalistischen Konzepte eine Art zeitliche Beschleunigung hineinzubringen. Die Überwindung von Raum durch Zeit sollte vorangetrieben werden. Die alten nationalistischen Strategien behinderten Eigeninitiative und Wachstum, und daher sollte der »nationale« Raum durch Globalisierung evakuiert werden. Ende der 80er, Anfang der 90er wurde dieser Prozeß durch den Druck von IWF und Weltbank verstärkt. Die alten Import-Substitutions-Politiken wurden abgeschafft und die Kontrolle der heimischen Industrie und der transnationalen Konzerne gelockert (*vgl. iz3w Nr. 223/24*).

Das Resultat war eine einschneidende Umstrukturierung der alten nationalistischen Bilder und Ikonographien bis zur Unkenntlichkeit. »Entwicklung« blieb ein zentrales Anliegen, wurde aber als »Kommunikationsproblem« neu definiert. Der Weg in die Zukunft sollte durch Computerisierung, Vernetzung und das neue visuelle Regime des staatlichen Fernsehens gebahnt werden. Schnell wurde der Computer zur Ikone, um die herum alle staatlichen und marktwirtschaftlichen Repräsentationen kreisten. Die Auswirkungen auf den nationalistischen Diskurs innerhalb Indiens waren durchschlagend. Der staatliche Diskurs postulierte ab 1984 einen »virtuellen« Raum, in dem die Entwicklung des Landes vorangetrieben werden sollte. In öffentlichen Vorträgen, Fernsehsendungen und Pressekampagnen wurde dieser neue Raum simuliert. Das »Nationale« wurde zwar erneut beschworen und bestärkt – allerdings durch einen Diskurs, der die im alten visuellen Regime so zentralen Begriffe von Grenze und Souveränität erheblich differenzierte. An die Stelle der Landkarte als Symbol des Nationalstaates trat das Netz. »Entwicklung« wurde als ein Problem von Geschwindigkeit und Information neu definiert.

Mitte der 80er Jahre trieb der Staat auch die Entwicklung eines nationalen Netzwerks voran, das alle größeren Zentren und Hauptstädte verbinden und riesige Mengen von Daten verarbeiten sollte. Das NICNET sollte nicht einfach mehr Computer in die Verwaltung bringen, sondern neue Machttechnologien schaffen. Das NICNET-Experiment veränderte das alte modernistische Raster Nehrus, das noch ganz im Zeichen realer Repräsentation stand, in dem Identität auf sicheren nationalen Grenzen beruhte und die »Wirtschaft« für nationale Erneuerung und Fortschritt stand. Dieses Modell wurde nun unter Beibehaltung der alten Bilder und Metaphern (Nation, Entwicklung) negiert. Dabei simulierte NICNET das frühere Panoptikum: Jeder Distrikt sollte fortan an seine Hauptstadt angeschlossen sein, diese wiederum wurde an das nationale Zentrum angekoppelt. Diese neue Panoptikumstechnik entfaltete ihre Wirkung durch das Versprechen eines neuen Raums, der die durch interne Auseinandersetzungen und globale Vereinnahmung gefährdete Einheit der Nation gewährleisten sollte.

Die Reise als rhetorische Figur

► In einer peripheren Gesellschaft wie Indien hat die Cyber-Ära die Idee der »Reise« radikal verändert. In vorkolonialen Zeiten waren Reisen – besonders ins südliche Asien – die Grundlage des Wissens von anderen Kulturen. Die große Gemeinschaft der Reisenden war durch Mündlichkeit geprägt und setzte einen längeren, direkten Kontakt zu anderen Gemeinschaften voraus. Diese Reisen kannten keine Grenzen, der Reisende wurde höchstens durch seine eigene physische Verfaßtheit aufgehalten. Zeit hatte andere Dimensionen: Es gab keine Vorgaben, wann der Reisende nach Hause zurückkehren mußte. Manche kamen erst nach vielen Jahren wieder.

Paradoxerweise erfand Gandhi die nationale Reise, denn er benutzte die Eisenbahn, von der er selbst behauptete, sie habe den vorkolonialen Reichtum der Reisegeschichten und Reiseerfahrungen zerstört. Die Kombination der beiden Techniken, die darin bestand, eine Pilgerreise zu Fuß und mit der Bahn zu machen, sollte für Erinnerung und Auslöschung zugleich stehen. Um seine Ambivalenzen diesem industriell-kapitalistischen Transportmittel gegenüber abzuschwächen, wählte Gandhi allerdings in der Bahn einen besonderen Bereich aus. Er reiste nur in Abteilen der dritten Klasse und simulierte damit einen Raum für all jene, die mit der Demut des vor-modernen Pilgers doch die Bahn benutzen wollten. Gandhi verwendete so die Figur der Reise, um den nationalen Raum politisch zu situieren. Seine Reise war eine öffentliche Form der Repräsentation, die helfen sollte, die imaginäre nationale Gemeinschaft zusammenzuführen.

Während der staatlich definierte, gesellschaftliche Raum des »Nationalen« in den 70er Jahren seine volle Ausprägung fand, wurde die Figur der Reise in der populären Filmkultur bereits seit den 50er Jahren bearbeitet. Im Kino entstanden damals ganze Reihen von Filmen, in denen der Hauptteil der Geschichte im Westen spielte, aber die Protagonisten immer aus Indien stammten. Die Geographie des Westens wurde in einer simulierten Reise für all die Millionen sichtbar, die nie eine Möglichkeit hatten, wirklich zu reisen. Die nationale Reise wird nun von den Implikationen des Reisens durch den virtuellen Raum ausgelöscht.

Die neue Erfahrung im Cyberspace ermöglicht dem Bürger, anzukommen ohne

abzureisen und bricht so mit den alten realen Grenzen des Reisebildes. Zum ersten Mal in der Geschichte des visuellen Regimes des Westens gelingt es der Dritten Welt, sich Zugang zu bisher verschlossenen Räumen zu verschaffen. Dennoch ist auch diese Reise in neuen Netzen der Macht verfangen. Indem sie das Subjekt vom Ort der Nation und der Peripherie befreit, trennt sie es auch gleichzeitig von seiner politischen Umgebung. Innerhalb der Netzlandschaften will die virtuelle Reise eine neue Gemeinschaft – eine Landsmannschaft des Post-Nationalismus – gründen. Die alte nationalistische Landschaft unterliegt dabei einem doppelten Wandlungsprozeß. Zum einen kommt es zu einer De-Territorialisierung des alten nationalen, durch Grenzen definierten Raums. Zum anderen aber vollzieht sich gleichzeitig eine Art transnationale Neu-Territorialisierung, im Verlauf derer sich Indien im virtuellen Raum durch die Masse der nicht in Indien lebenden Inder neu erfindet.

Diese Bewegung wird von staatlicher Seite stark unterstützt und kulminiert in der Erfindung einer neuen Kategorie innerhalb des öffentlichen und politischen Diskurses: der Figur des indischen Staatsbürgers in der Diaspora oder NRI (Non-resident Indian). Diese dient dazu, die alte, auf geographischen Grenzen angewiesene Kartographie des Nationalismus neu zu zeichnen. Mit der Einführung des NRI aber wurden die Grenzen weit über die nationale Souveränität bis in die Diaspora erweitert. In den alten nationalistischen Vorstellungen verließen die Menschen ihre heimische Nation nur, um eines Tages wieder zurückzukehren. In Wirklichkeit ist dies allerdings kaum geschehen.

II. NEUE ELITEN UND DIE DIASPORA

► Was bedeutet die rasche Ausbreitung des virtuellen Raums für den öffentlichen Diskurs? Der Begriff »Cyberspace« ist im Kontext der Globalisierung und des Wegfalls der alten nationalistischen Rahmung vielseitig. Er steht für eine Menge unterschiedlicher Diskurse und Praxisformen, die zusammen eine neue virtuelle (politische) Landschaft ergeben. Zunächst scheinen die Web-Diskurse alte nationalistische Figuren zu reproduzieren. Die meisten kommerziellen Anbieter werben damit, indischem Kapital ein Fenster zur Welt zu öffnen. Wer als indische Firma im Netz ist, trägt dazu bei, die nationale Entwicklung voranzutreiben. Die Botschaft ist klar: Um ihre nationale Gesinnung unter Beweis zu stellen, müssen die indischen Kapitalisten alle räumlichen Grenzen überschreiten und in den virtuellen Raum eintreten. Denn hier ist der Ort, an dem sie die Wirklichkeit ihres Daseins am Rande hinter sich lassen können.

Die massive Bewegung hinein in den virtuellen Raum hängt zusammen mit dem Rückzug der alten, anglizierten Eliten der oberen Kasten von der politischen Bühne und mit ihrer Verdrängung durch neue Bewegungen aus den unteren Kasten seit Mitte der 80er Jahre. Der alten Elite sind die Gewißheiten der nationstiftenden Reise abhanden gekommen. Der Staat ist nicht länger das »sichere« Königreich ihrer kulturellen Vormachtstellung und bietet auch keine identifikatorischen Sicherheiten mehr. Die oberen Kasten haben sich in postmoderne Vorortsvillen nach amerikanischem Vorbild zurückgezogen und lassen sich von privaten Sicherheitsfirmen bewachen.

Was also wurde aus der nationalistischen Reise? Ich behaupte, sie ist durch den Eintritt ins virtuelle Reich hinfällig geworden. An ihre Stelle treten neue Praktiken, die einerseits die tatsächlichen nationalen Grenzen überschreiten, andererseits aber neue »nationalistische« elektronische Gemeinschaften bilden, wie etwa die imaginäre »Hindu-Nation«. Die zweite Form von Cyber-Öffentlichkeit ist demnach gekennzeichnet durch die Propagierung eines nationale Grenzen überschreitenden Raumkonzeptes und durch das Bestreben, einen hinduistischen Nationalismus in den virtuellen Raum einzuschreiben.

Im Zentrum dieser Repräsentation der Nation stehen die neuen Technologien. An die Stelle von »Dörfern« und »Staudämmen« treten die virtuellen Landschaften der 90er Jahre, die sich aus ineinandergreifenden Versuchen entwickeln, neue Erzählweisen von Konsum und Begehren zu etablieren. Diese Erzählungen und Praxisformen stehen in enger Verbindung mit dem rasanten Aufstieg von Fernsehen, Video, Musik und einer der größten Filmindustrien der Welt. Dieser neue kulturelle Bereich wird durchzogen von unterschiedlichen nationalen, regionalen und globalen Strömungen, die ein neues Subjekt produzieren: das Konsumenten-Subjekt.

Neue Geographie des Begehrens

► Im Schwellenbereich dieser sich mehrfach überschneidenden Praxisformen und Strömungen besetzt die neue Elite einen Raum, der dazu dient, sich von der Nation, ihren Grenzen und der politischen Öffentlichkeit zu befreien. Die neuen Repräsentationsweisen, die sich durch hybride Sprachformen, Stile und fließende Bilder der An- und Abwesenheit auszeichnen, sind Teil eines flüchtigen Raums, in dem es die Nation zwar noch gibt, diese jedoch vollständig disloziert ist. Hier bietet das Netz die Möglichkeit, mit phantasierten Identitäten zu spielen, die sich aus dieser Auflösung ergeben. Die Reise in den virtuellen Raum ist eine Reise über die Grenzen der Nation hinaus.

Sich von der Dritten Welt aus einzuloggen, bedeutet zugleich die Rekonstruktion und Simulation des »Westens« als simultane Gegenwart. Die neuen Eliten Indiens erkunden den virtuellen Raum auf der Suche nach dem »Schock des Neuen«, der von Walter Benjamin als das Markenzeichen der Moderne bezeichnet wurde. Der Netz-Reisende in Indien will sich von den Massen in der Wirklichkeit draußen absetzen, sich von ihnen lösen, will sich wie »im Westen« fühlen. Diese Erfahrung, die durch die Revolution des Fernsehens (mit den Bildern des Westens) bereits seit Jahren möglich ist, wird somit um ein Vielfaches verstärkt.

Die neuen Geographien des Begehrens werden plötzlich ausschließlich vom Westen gezeichnet. Das unterscheidet die indischen von den westlichen Reiseerlebnissen. James Clifford hat darauf verwiesen, daß im Westen die »alte Topographie von Reise und Erfahrung gesprengt wurde. Man kann sich nicht mehr sicher sein, in der Ferne Neues zu finden, andere Zeiten oder Orte. Das Andere befindet sich heute gleich um die Ecke, und an den entlegensten Orten der Welt stößt man auf Altbekanntes.« Anders der Inder, der in virtuellen Pilgerreisen den mythischen Ort der Moderne sucht, an dem das Neue vom Territorium losgelöst ist.

Im Cyberspace emanzipieren sich zum einen die Eliten von alten nationalistischen Rastern. Zum anderen entsteht durch die indische Diaspora, die von nationalistischen Hindugruppen und ihren Sympathisanten dominiert wird, im Netz eine neue Gleichsetzung von hinduistischer Identität mit »Indien«. Im »Indien« der Web-Sites wird »Hindu-Sein« zum Artefakt und ein eigentlich aushandelbarer Prozeß zu einer Verdinglichung. Die Web-Sites stehen für einen homogenen ideellen Ort mit starren kulturellen Grenzen, wobei »Indien« als virtuelles Museum funktioniert für all jene, die im hinduistischen Nationalismus die Erfüllung des bislang unerfüllten Traums staatlicher Vernunft sehen: eine Welt ohne Ambivalenzen. Das im Cyberspace neugeschaffene Indien nimmt den ausgewanderten Indern letztlich den Druck zurückzukehren. Die Reise ist nun hygienisch verpackt, bar aller Spannungen und ohne den Schock und die Klagen über Armut am Rande der Welt, ohne verwirrende Gefühle und kulturelle Selbstzweifel.

III. DISSIDENTEN

► Die dritte Form der Cyber-Öffentlichkeit ist die am wenigsten eindeutige. Sie existiert im ungewissen Raum zwischen den Netz-Domänen des Staates und denen der Eliten und besteht aus einer Vielzahl von Leuten, die sich weder zum Staat noch zum transnationalen Marktsektor zählen. Die Landkarte dieser Cyber-Öffentlichkeit zeigt permanent im Fluß befindliche Zonen von Aktivisten-Netzwerken, von kleinen Mailboxen und dissidenten Wissenschaftlern. Sie ziehen sich manchmal durch das staatliche Netzwerk, manchmal verlängern sie sich spielerisch in



Neues Symbol nationaler Entwicklung: feine Elektronik statt monströser Statik

den privilegierten Web-Bereich des privaten oder multinationalen Kapitals. Weniger hybrid denn experimentell, beschreibt diese Öffentlichkeit die Möglichkeiten einer radikalen Rekonstruktion des elektronischen Raums.

Die Bulletin Board Systems (BBS) oder Mailboxen spielen bei der Überwindung der Dichotomie von Staat und Markt im elektronischen Raum eine entscheidende Rolle. Bis vor kurzem gab es nur ein paar verstreute Gruppen, aber nun schießen sie überall wie Pilze aus dem Boden. Angeführt von Händlern, Kleinunternehmern und Computer- und Kommunikationswissenschaftlern bedienen die Boards den Teil der Bevölkerung, der sich weder im World Wide Web noch in den staatlichen Netzen tummeln kann (teils aus Kostengründen, teils, weil sie ihnen nicht genügend kreativen Raum bieten). Anfänglich drehten sich die Diskussionen dort hauptsächlich um den Computerhandel und spiegelten damit die unmittelbaren Interessen der Nutzer wider. Neuerdings aber sind die Debatten breiter gestreut und drehen sich auch um Politik oder Sexualität.

Auch wenn es in Indien noch lange dauern wird, bis eine Mehrheit der Menschen Zugang zum Netz hat, sind die BBS meines Erachtens ungemein wichtig: Zwischen der staatlichen Kontrolle und den großen Kapitalmächten ermöglichen sie eine interne Einflußnahme auf die Diskurse im Netz. Für den Teil der Stadtbevölkerung, der sich durch Globalisierung entwurzelt fühlt und die schock-ähnlichen Erfahrungen in der Großstadt erlebt hat, schaffen die BBS eine Netz-Zone des gesellschaftlichen Engagements und neue Handlungsspielräume. Allerdings ist hier Vorsicht geboten. Die Neuheit des Phänomens BBS und ihr undergroundiger Status bieten zwar ein Feld für Experimente, aber der Prozeß kommt erst langsam in Gang. Weibliche Stimmen erscheinen erst allmählich im Spektrum der BBS. Die Strategien der Selbstdarstellung bleiben in weiten Teilen realistischen Formen verhaftet. Der historisch durch den Nationalismus eingebleute Hang zu umfassender Wirklichkeitstreue und zu wissenschaftlichem Vorgehen prägt noch heute alle Populärkultur. Die meisten bleiben beim Eintritt in die Technokultur diesen Vorgaben treu. Allerdings werden die Erfahrungen mit der Ausbreitung der Netzseiten zunehmen, ebenso der damit verbundene Einfallsreichtum und die techno-sozialen Praxisformen.

Die Lust an Initiationsriten

► Die neuen sozialen Bewegungen, die Ende der 70er Jahre entstanden, hatten die staatlich »verordneten« technologischen und fortschrittsgebundenen Bilder des Nationalismus kritisiert. Die Bewegungen (der Frauen, der Unberührbaren, Anti-Staudamm-Gruppen usw.) brachten jedoch keine gemeinsamen Alternativen hervor. Als sich dann in den 80er Jahren der Computer als neo-modernistische Variante des Staudamms etablierte, wurde diese Technologie zunächst sowohl von den neuen sozialen Bewegungen als auch von den alten Linken abgelehnt. Sie machten sich lustig über den »Nutzen«, den Computer in einer peripheren Gesellschaft wie Indien haben sollten. In ihrer Kritik spiegelten sich allgemeine Zweifel am Fortschrittsbegriff. Daß der Computer mit der alten Entwicklungs-Rhetorik eingeführt wurde, machte ihn umso verdächtiger.

Heute jedoch werden Computer von den Bewegungen nicht nur als Hilfsmittel akzeptiert, sondern auch für die kreativen Möglichkeiten des Networking genutzt. Natürlich sind bislang nur sehr wenig Leute ans Netz angeschlossen: Sie kommen meist aus den Großstädten und sind entweder recht wohlhabend oder werden durch global operierende Bewegungen unterstützt. Bemerkenswert ist dennoch, wie groß die Akzeptanz des neuen Mediums quer durch alle dissidenten Bereiche ist, die den Technologiemonumenten des Nationalismus so kritisch gegenüberstehen.

Zur Erklärung dieser umfassenden Akzeptanz spielen neben der einfachen Notwendigkeit auch Fragen von Begehren und Identität eine wesentliche Rolle. Die alten Staudämme und Stahlwerke repräsentierten als gigantische Symbole den nationalistischen Machtwillen und führten zu Vertreibung, Entwurzelung und Zerstörung der alten Dorfverbände. Als gewalttätige Symbole stehen diese »Stätten« für die großen sozialen Bewegungen noch immer im Brennpunkt der Auseinandersetzungen. Die virtuelle Welt aber, die »hinter« dem Computer steckt, ist frei von der körperlichen Gewalt, die mit dem Entwicklungsmodernismus verbunden wird. Ich denke, daß der virtuelle Raum vielen AktivistInnen erstmals die Möglichkeit bietet, lustvoll mit den Dingen umzugehen, ohne die tatsächliche Gewalt der Entwicklungstechnologien der Moderne spüren zu müssen. E-Mail, Internet und Bulletin Boards schaffen neue Zwischenräume, in denen die Utopien der Modernität, die Möglichkeit eines Ausprobierens sich ohne drohende Zerstörung mit der Lust an den Initiationsriten der Technokultur überschneiden.

► *Aus dem Englischen übersetzt von Bettina Seifried. Der von der Redaktion gekürzte und bearbeitete Text ist zuerst erschienen in: nettime (Hg.), Netzkritik, id-Archiv 1997.*

Medien als Körpererweiterungen

Ein Gespräch mit der Medientheorie-Gruppe »SouthSide«



Herbert Marshall McLuhan, der »provokante, schnelle und immer umstrittene Denker mit der Aura des Prophetischen erlebt in den Neunzigern eine Renaissance – als ob es erst des Jahrzehnts von MTV und Internet bedurft hätte, um die ganze Brisanz und Tragweite seiner Einsichten zu erweisen«, schreiben die Herausgeber des kürzlich erschienenen McLuhan-Readers [1]. Martin Baltes, Fritz Böhler, Rainer Höltschl und Jürgen Reuß übersetzen und interpretieren den Begründer der Medientheorie, dessen Werke bei ihrer Erstveröffentlichung in den 50er und 60er Jahren höchst umstritten waren und nur zum Teil ins Deutsche übersetzt worden sind. Die iz3w sprach mit ihnen über die neue Aktualität von Marshall McLuhan und über aktuelle Entwicklungen der Medienlandschaft.

iz3w: *»Leapfrogging«, das Überspringen von Entwicklungsstufen, prophezeien US-amerikanische »Entwicklungsexperten« Ländern des Südens. Der »Bocksprung« mitten ins Informationszeitalter soll dabei mit Hilfe der Neuen Medien, vor allem des Internet, gelingen. Ist ein solcher Einstieg in ein neues Medium für Gesellschaften des Südens möglich, indem Vorstufen der medialen und technischen Entwicklung schlichtweg übersprungen werden?*

► **Jürgen Reuß**: Bei der Einführung eines neuen Mediums findet nur eine Gewichtsverschiebung statt. Man kann kein Medium einfach exportieren in eine Welt, in der das Zwischenmedium fehlt. Denn jedes neue Medium ist ja geprägt von einem alten. Das neue Medium selbst wird mit dem Inhalt des alten Mediums transportiert.

► **Rainer Höltschl**: Man muß sich an dieser Stelle auch der Bedeutung der Schrift bewußt sein. Als die Europäer um 1500 n. Chr. nach Amerika gekommen sind und die dortigen Kulturen zerstört haben, haben sich die Indianer, die eine sehr hoch entwickelte Kultur hatten und auch mit Waffen umgehen konnten, nicht adäquat gewehrt. Eine Antwort auf das Warum ist, daß die Alphabetschrift gegenüber der indianischen Bilder- und Hieroglyphenschrift Vorteile gebracht hat. Erstens bedarf es dieser Alphabetschrift, und durch sie eines linearen Denkens, um so etwas wie kontinuierliche Raumvorstellung, Strategie und Kriegstaktik zu entwickeln, und damit dann überhaupt die richtigen Waffen planmäßig herzustellen. Außerdem ermöglicht diese Schrift, Distanz zu gewinnen, in Ruhe zu analysieren und dann erst eine Strategie zu entwickeln. Eine These von McLuhan ist daher auch, daß Kulturen mit Alphabetschrift sehr expansiv und kriegerisch seien, während er die oralen Kulturen implosiv nennt. Verzicht auf Schrift bedeutet daher auch Verzicht auf Macht.

iz3w: *Die Leapfrogging-Idee, Afrika online zu produzieren, ist ja auch sicher nicht ganz selbstlos. Es geht darum, neue Märkte zu erschließen. Dennoch: Nach McLuhan zerstört die serielle Schrift-Kultur die orale Kultur und die elektrisch-orale Kultur wiederum die serielle des Buchdrucks. Die Anpassungsschwierigkeiten und das Entstehen neuer Identitäten müßten demnach in denjenigen Kulturen besonders groß sein, in denen ein ständiger Wandel der Medien stattfand, also in Europa.*

► **Rainer Höltschl**: Die Industriestaaten haben diese Entwicklung der Kulturablösung schon hinter sich. Mit der Errichtung der ersten Telegrafenleitung 1844 wurden die elektronischen Medien eingeführt. Wir haben eine Statistik von Kriegen zusammengestellt: In den 140 Jahren seither gab es die größte Häufigkeit von Kriegen. Das hat mit der Einführung der vielen neuen Medien zu tun, weil diese die Identität extrem verändern.

iz3w: *McLuhans These, daß neue Medien Identitäten verändern, ist nachvollziehbar. Aber warum führt das zu Gewalt?*

► **Rainer Höltschl**: Das Medium dringt in den Körper ein, erweitert einen bestimmten Sinn und verändert dadurch das Zusammenspiel der Sinne. Gewalt ist eine Suche, wie mit den neuen medialen Gegebenheiten umzugehen ist. Gerade bei Medien wie dem Buchdruck, die sehr »heiß« sind. Dessen Buchstaben sind immer gleich, scharf umrissen und wiederholbar. Wir glauben nur das, was wir sehen, was immer gleich und immer wiederholbar ist. Das ist die Vorstellung von Wissenschaft und Wahrheit, die sich am Buchdruck orientiert. Elektronische Medien bringen die physischen Körper der Benutzer zum Verschwinden, verstricken diese in ein Netz von Ausweitungen ihrer eigenen Nervensysteme und verringern den Bereich privater Identität.

iz3w: *Was bedeutet heiß und kalt bei Medien?*

► **Rainer Höltschl**: Heiß bedeutet, daß keine freien Stellen bleiben, alles ist vorgezeichnet. Etwas provokant sagt McLuhan, daß das Fernsehen ein kaltes Medium sei. Es seien so viele Lücken in dem Bild, die man mit der Phantasie ausfüllen muß.

iz3w: *Ist der Computer dann ein heißes oder ein kaltes Medium?*

▶ **Jürgen Reuß**: Vielleicht kann man das noch gar nicht sagen. Das Medium ist noch derartig präsent, daß die heiß-kalt-Einteilung sehr schwer wird.

▶ **Rainer Höltschl**: Ein kleines Beispiel: Ich sitze vor einem Computerbildschirm, der in vier Fenster unterteilt ist. In einem schreibe ich Aufsätze, im zweiten laufen die neuesten Musikvideos, im dritten bin ich über Bild- und Tonleitung in einem virtuellen Chatroom, im vierten spiele ich mit Joystick Spiele im Internet. Ich wechsle also zwischen visuellen, oralen und taktilen Medien hin und her. Der Computer nimmt alle alten – heiße und kalte – Medien in sich auf.

iz3w: *Diese Einteilung der Medien in heiße und kalte und der bisweilen technische Determinismus widerspricht McLuhans sonstiger Vorgehensweise. Seine Wissenschaftskritik basiert doch auf einem Rationalitätsbegriff, der nicht nur eine Wahrheit kennt, sondern mehrere.*

▶ **Rainer Höltschl**: McLuhan definiert Ratio nach ihrer ursprünglichen Bedeutung: Sie ist ein Wechselspiel der Sinne. Bei ihm ist jeder Sinn mit einem gewissen Medium verknüpft. Er geht tatsächlich weg von der einen Wahrheit hin zu verschiedenen Wahrheiten mit unterschiedlichen Sinneswahrnehmungen. Er spricht von einem »schwebenden Urteil«, bei dem man auch Widersprüche zuläßt.

▶ **Fritz Böhler**: Es geht ihm darum, mit Sonden in Verhältnisse hereinzufahren und Ideen anzutesten. Er entwickelt einen Gedanken, führt ihn in ein diskursives Feld ein und wartet einfach mal ab, was passiert.

▶ **Jürgen Reuß**: Man kann das auch als Mosaik auffassen, das in Schwingung gerät. Es ist in Bewegung und setzt sich ständig neu zusammen. In diesem Moment wird Nachdenken über Medien weniger eine Wissenschaft als vielmehr eine Kunstform, es wird kreativ.

iz3w: *Dieses Nachdenken über Medien durch praktisches Eingreifen mittels Sonden ist eine Methode der neuesten Medientheorie. Die Amsterdamer agentur bilwet zum Beispiel nennt diese Methode Theoriepraxis. Es geht darum, aus dem Hantieren mit Medien einen kritischen Bezug zu ihnen zu entwickeln.*

▶ **Jürgen Reuß**: In diesem Zusammenhang benutzt McLuhan gerne ein Bild von Edgar Allan Poe, in dem ein Seemann in einen Strom stürzt, quasi in einen riesigen Medienstrudel. Er rettet sich dadurch, daß er beobachtet, wie die Gegenstände sich darin bewegen, und in diesem Wirrwarr ein gewisses Muster erkennt.

iz3w: *Ist es nicht gefährlich, sich in einen solchen Strudel zu stürzen, nur um auszuprobieren?*

▶ **Jürgen Reuß**: Man stürzt ja nicht hinein, man ist einfach drin – ob man will oder nicht. Es ist wichtig, genau zu sehen und zu beobachten, was passiert. Die Form der Bildung, die Einführungen in neue Medien und Schulungen mit fertigen Gebrauchsanweisungen sollten mißtrauisch und stutzig machen.

▶ **Rainer Höltschl**: Eine Variante der Bildung wäre eine Ausbalancierung. Menschen, die permanent lesen, müssen elektronisch aufgelockert werden, während Leute, die oral orientiert sind, wieder Distanz gewinnen müssen, indem sie lesen.

▶ **Jürgen Reuß**: An diesem Punkt ist der Blick auf die Kunst sehr wichtig. Künstler experimentieren permanent. Sie haben ihre Sonden in den Medien. In Experimenten mit Videoinstallationen zum Beispiel wird getestet, was machbar ist mit dem Medium Fernsehen, jenseits des ursprünglichen Gebrauchs.

iz3w: *McLuhans Medienbegriff impliziert sehr viel mehr als Zeitung, Radio und Fernsehen. Was sind Medien?*

▶ **Jürgen Reuß**: Jede Erweiterung des Körpers ist ein Medium. Das geht dann von der Kleidung bis zum Auto. Der Medienbegriff ist also sehr breit gefächert.

▶ **Fritz Böhler**: Die elektronischen Medien sind in McLuhans Begrifflichkeit Erweiterungen des Zentralnervensystems. Diese elektronischen Drähte, das sind die magischen Kanäle, die im Zeitalter des Global Village im eigentlichen Sinne das Nervensystem des Menschen bilden. Das soll bei McLuhan keine bloße Metaphorik sein. Der Körper ist tatsächlich über seine Sinne und mithilfe der elektronischen Medien mit der ganzen Welt verbunden. Vielleicht kann man in Analogie zum globalen Dorf von einer Situation der Globalisierung des menschlichen Körpers sprechen. In Weiterführung des McLuhanschen Ansatzes bräuchten wir dringend eine Art medienökologischer Forschung, die sich mit den politischen Folgen dieser weltweiten 'Phantasieökonomie' für die individuelle und kulturelle Konzeption von Identität und Subjektivität beschäftigt.

»Vielleicht ist das Fernsehen als Medium für Kriegshetze ungeeignet.«

iz3w: *Das funktioniert aber nur vor dem Hintergrund kommunikativer Medien. Das traditionelle Sender-Empfänger-Schema der Medientheorie kann diese vielschichtigen Medienbetrachtungen nicht fassen.*

▶ **Rainer Höltschl**: McLuhan hat dazu eine eigene Kommunikationstheorie entwickelt. Er sagt, es ergebe sich bei der Medienkommunikation ein resonierendes Intervall, eine Zwischenfläche, in der Wahrnehmungen und Informationen zwischen den Teilnehmenden hin und her wandern. Die Beziehungen verlaufen vielschichtiger, als es das lineare und sequentielle Sender-Empfänger-Modell ausdrücken kann.

iz3w: *Diese Annahme kommunikativer Medien mit Möglichkeiten für alle Beteiligten geht von einer gewissen Medienfreiheit aus, die in vielen Staaten nicht existiert. Und auch in der globalen Medienlandschaft bleibt nicht alles unzensiert. Der Golfkrieg hat das ganz deutlich gezeigt.*

▶ **Rainer Höltschl**: Der Golfkrieg hat 1991 einen Konflikt zwischen den Journalisten und der Politik heraufbeschworen. Die Journalisten waren genervt, daß sie plötzlich die Produktion von 'Wahrheit' nicht mehr im Griff hatten. Die Politik machte mit den Journalisten, was sonst die Journalisten mit den Zuschauern machen.

▶ **Jürgen Reuß**: Es gab eine Glaubwürdigkeitskrise der Medien durch den Golfkrieg, als immer wieder derselbe ölverschmierte Vogel gezeigt wurde und Computersimulationen die einzigen Bilder vom Krieg wurden. Man merkte ganz deutlich, daß man ausgeschlossen wurde. Vielleicht funktioniert Kriegshetze einfach nicht mit dem Medium Fernsehen.

iz3w: *Die Gefahr eines Golfkriegs war Anfang 1998 zeitweise genauso groß wie 1991. Trotzdem ist nie die Stimmung von damals aufgekommen, weder die Kriegshetze auf der einen, noch die Proteste auf der anderen Seite. Warum?*

▶ **Jürgen Reuß**: Es fehlt einfach das Erregungspotential. Es ist interessant zu beobachten, wie groß so ein Potential sein muß, bevor es sich entlädt. Im Moment scheint es nicht gegeben zu sein.

▶ **Fritz Böhler**: Natürlich war die Situation nach der deutschen Wiedervereinigung anders als heute. Trotzdem habe ich mich gewundert, warum heute so wenig passiert. Als Jelzin gesagt hat, die amerikanische Drohgebärde provoziere die Gefahr eines dritten Weltkriegs, hat man das nur mit einer Kurzmeldung gebracht.

iz3w: *Wenn heute eine solche Stimmung nicht mehr herstellbar ist – liegt das an einer Umstrukturierung der Medienlandschaft? Es gibt gerade in den USA viele, die mit der Vielfalt der Medien auch eine Demokratisierung kommen sehen. Dagegen spricht, daß der Zugang zu den Medien für viele versperrt ist.*

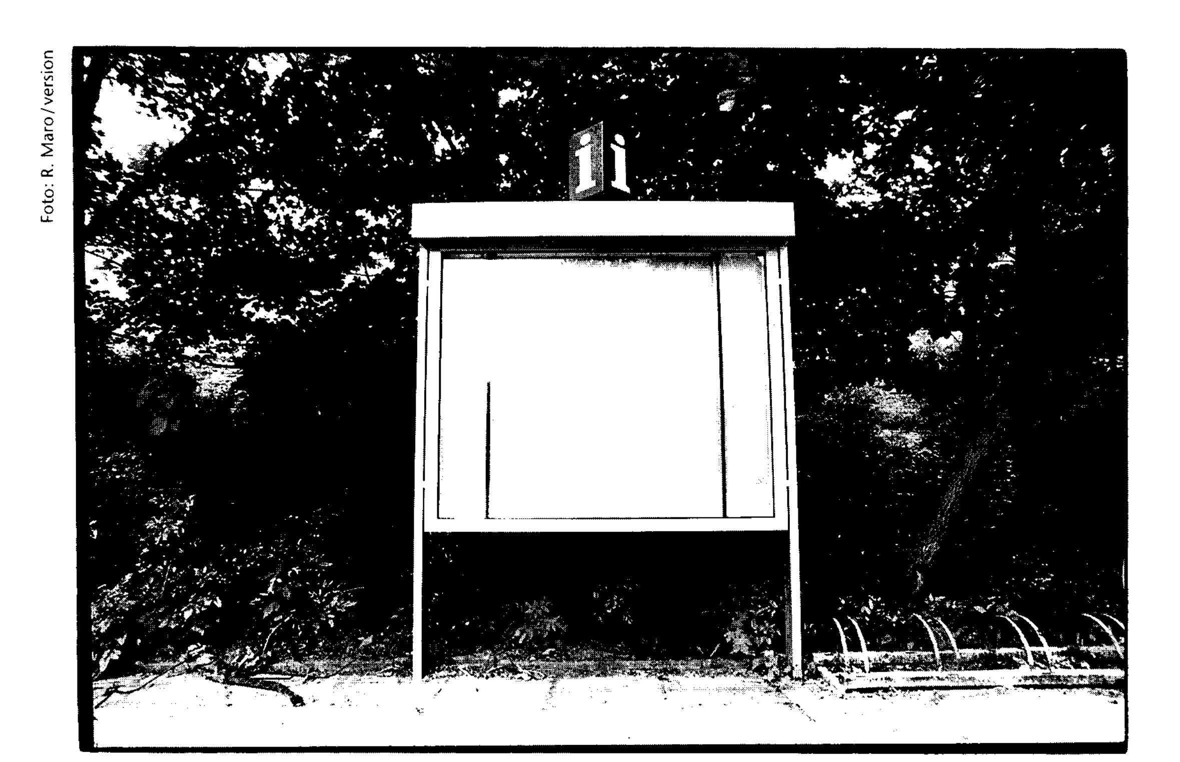
▶ **Martin Baltes**: Zumindest wird der Zugang einfacher. Nehmen wir das Internet. Es ist leicht aufstellbar, es ist weltweit abrufbar und es gibt viel weniger Zensurmöglichkeiten als zum Beispiel bei Printmedien. Prinzipiell haben auch subversive Gruppen die Möglichkeit, mit Sympathisanten in Verbindung zu treten. Das war bislang nicht möglich.

Anmerkung:

1 M. Baltes, F. Böhler, R. Höltschl, J. Reuß: Der McLuhan-Reader. Bollmann Verlag Mannheim, 1997, 240 Seiten, 24,80 DM.

Das Interview führten Thomas Cernay, Stephan Günther, Silke Moschitz und Winfried Rust.

Foto: R. Maro/version



Ich spreche Prosa! Meine Güte,
so habe ich vierzig Jahre lang Prosa
gesprochen, ohne es zu wissen!
(Molière, Der Bürger als Edelmann)

Kurzschluß

Massenmedien und Kommunikation

von **Thomas Cernay**

Bestimmen lediglich die von den verschiedenen Medien versandten Inhalte Interesse und Bewußtsein der Empfänger oder spielt dabei auch die Wirkungsweise des Mediums selbst eine Rolle? Anders gefragt: Ist das Scheitern emanzipatorischer Medienutopien lediglich darauf zurückzuführen, daß die Macht über die Medien in der Regel in den Händen »der Falschen« liegt oder widerspricht das Konzept von Massenmedien – in ihrer Geschichte vom Buchdruck bis zum Internet – an sich der Idee der Aufkärung?

► Bei aller Verbindung mit der Welt hinter Schirm und Lautsprecher tragen die Medien offensichtlich auch zur Isolation des Individuums nicht unerheblich bei. Die Einzelnen umstellen sich mit Techniken und Apparaten. Möglich, daß dies unfreiwillig geschieht, es sich um Surrogate handelt, weil echte Kommunikation direkt unter Menschen undurchführbar ist in dieser Gesellschaftsordnung ... durchführbar wäre in einer anderen. Möglich aber auch, daß jeder für sich glotzt, weil es anregender ist als andere Formen der Kommunikation oder schlicht, um sich von ihr zu erholen, also um nicht kommunizieren zu müssen. Von Kommunikation im Vollsinn möchte man bei den Massenmedien ohnehin nicht sprechen, es sind Einbahnstraßen, mit deren Hilfe sich der Konsument berieseln oder besser – berauschen läßt.

Obwohl also der Austausch halbseitig gelähmt ist, funktioniert die Anregung weiterhin wie bei der ursprünglichen Kommunikation. Es läßt sich auch nicht übersehen, daß Massenmedien Propagandisten jedweder Couleur an sich gezogen haben. Irgendetwas fesselt die Zuhörer am Medium, etwas, das nichts mit seinen konkreten Botschaften, etwas, das nichts mit Dr. Goebbels zu tun hat.

Anfang der 30er Jahre, als das Radio noch jung und nicht von den Faschisten okkupiert war, gab Bert Brecht in seiner Radiotheorie die revolutionäre Parole aus: »Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln.« Daraus wurde nichts, das Radio machte nur den Führer, nicht die Zuhörer sprechen. Brechts Vision vom Rundfunk als »denkbar großartigste(m) Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens« ist völliger Vergessenheit anheimgefallen. Der Schock der Ohnmacht hat den Zusammenbruch des Faschismus überdauert. Propaganda, Manipulation oder Werbung, das sind seither die begrifflichen Schlüssel, die das Rückgrat einer sich links und kritisch verstehenden Medientheorie bilden.

► Demgegenüber steht der meist nur noch subkulturelle Glaube an die subversive Kraft neuer Medien als Faktoren zur (Gegen-)Bewußtseinsproduktion. Das »Schwanken zwischen Angst und Verfallenheit«, mit dem die Linke den Produktivkräften der Bewußtseinsindustrie gegenübersteht, »spiegelt bloß die Ambivalenz der Medien selbst wider, ohne ihrer Herr zu werden«, bemerkte Hans Magnus Enzensberger schon Anfang der 70er Jahre im 'Baukasten zu einer Theorie der Medien'. Enzensberger suchte an Walter Benjamin und Brecht anzuknüpfen, was das

emanzipatorische Potential neuer Techniken, den Medienoptimismus anlangte. Gleichzeitig suchte er die Distanz zu Herbert Marcuse, indem er die »wahren menschlichen Bedürfnisse«, von denen die 68er sprachen, als bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologien entlarvte. Hinter der Formulierung der »wahren Bedürfnisse« stand für ihn der Anspruch auf die kulturelle Hegemonie, ein klassisches Privileg der bürgerlichen Intelligenz. Und Enzensberger zufolge stellten die neuen Medien das bedrohlich in Frage.

Die »Berührungsangst vor der Scheiße« sei also aufzugeben und die Spaltung in organisierte Linke und Subkultur durch eine Produktion in Netzwerken aufzuheben. Großartiger Gedanke, ein Jahrzehnt vor der Einführung der Heimcomputer.

Berührungsangst aufgeben hieß aber für die Linke, von reinen Inhalten und sektiererischen Theorien Abschied zu nehmen und sich in den »schmutzigen« (Enzensberger), da breiteren, von der eigenen Warte aus irrationalen oder emotionalen Kommunikationszusammenhang zu stellen. Meine Güte, so war man vierzig Jahre lang im Medienzeitalter, ohne es zu wissen. Bei aller Polemik war Enzensbergers Intervention einer der wenigen wohlmeinenden Angriffe auf das Prinzip Inhalt und zugleich ein widerwilliger erster Schritt in Richtung »medium is message«, obwohl in dieser Formel seiner Meinung nach der Überbau der Bourgeoisie ganz offen zum Ausdruck kam, daß man zwar alle Produktionsmittel in der Hand, jedoch nichts weiter Relevantes mitzuteilen habe. Aus dem 'Baukasten' schallte es 1970 jedenfalls noch: »Das offenbare Geheimnis der elektronischen Medien, das entscheidende politische Moment, das bis heute unterdrückt und verstümmelt auf seine Stunde wartet, ist ihre mobilisierende Kraft. Wenn ich *mobilisieren* sage, so meine ich *mobilisieren.*«

Warum, so stellt sich die Frage, wurde dieses Vakuum bisher von keiner irgendwie revolutionär gesinnten Klasse gefüllt? Die Linke kommuniziert wie eh und je mit Gedrucktem, diverse Blätter zirkulieren in mehr oder weniger geschlossenem Kreislauf, wo die Linke das Radio in die Hand nimmt, ist sie der Selbstisolation näher als der Reichweite, im Fernsehen ist sie – beinah – nie zu sehen. Wenn es das inhaltliche Vakuum je gegeben hätte, dann hätte es doch möglich sein müssen, etwas mehr unter das Volk zu bringen.

► Enzensbergers Erregungshypothese, die nur die Kraft der Medien zu Erregung und Mobilisierung formulierte, wurde kontrastiert von Marshall McLuhan. Dieser sprach 1968 in seiner Medientheorie (Understanding Media, dt. Die magischen Kanäle) vom »nie geklärten Gefühl der Betäubung, das jede Ausweitung im Einzelmenschen und der Gesellschaft hervorruft«. Es erschien McLuhan ausgesprochen wichtig, neben den Erregungsmustern der Medienwirkung Ideen zur Narkose durch Medien zu entwickeln. Die mangelnde Mobilisierungsbereitschaft bei dem von Brecht und Enzensberger unterstellten Mobilisierungspotential ist schließlich kaum anders als durch Narkose zu erklären.

Was folgt daraus fürs Internet, den neuen Stern am Medienhorizont? Man muß wohl die bloße Aufregung als eigentliche Quintessenz des Vorgangs begreifen. Das Netz ist die Nachricht. Der Rausch, der die Schaffung einer noch kommunikationsbereiteren Projektionsfläche begleitet, ist genau der Stoff, der Träume macht. Wenn Brecht die Gelegenheit hätte, er würde das Netz für den »denkbar großartigste(n) Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens« halten, nicht mehr das Radio. Das Netz wäre die beste Chance, um zu beweisen, daß Massenkommunikation auch mit nicht beliebigen Inhalten geführt werden kann. Es ist zum einen nie so leicht gewesen, Brechts Wunsch zu erfüllen und vom Empfänger zum Sender zu werden, zum anderen ist das Netz das Meta-Medium, das alle Medien verbindet um Enzensbergers Wunsch-Strukturen aufzubauen. Der Auslöser hochfliegender Hoffnungen ist zugleich Anlaß, die alten Befürchtungen wiederzubeleben. Augenblicklich spricht vieles dafür, daß sich die Geschichte wiederholt, es also dem Netz nicht anders als dem Radio ergehen wird, und nicht die massenhafte Eigenproduktion, sondern erneut die machtkonforme Distribution die Oberhand über die gesellschaftliche Kommunikation gewinnt. Auch im Fall des Netzes wird es nicht genügen, das Medium als dienstbaren Apparat zu begreifen, auch der künftige User, ganz wie der frühere Zuhörer, wird sich resistent erweisen gegen die »richtigen« Inhalte. Die Hoffnungen Brechts wie der heutigen medienoptimistischen Subkultur sind die Folge eines doppelten Mißverständnisses: der Vorstellung eines bestimmten Kommunikationsbedürfnisses, das in Wirklichkeit (noch) nicht gegeben ist; und der Existenz einer irgendwie unmanipulierten Wirklichkeit. Auch revolutionäre Subjekte konstruieren nur eine manipulierte Welt. Hier trifft Baudrillards Kritik an Enzensberger ins Schwarze. Denn daß andere manipulieren ändert nichts an der weiteren Herrschaft eines falschen Kommunikationsmodells. Mit »richtig« und »falsch«, mit »echten« oder »entfremdeten« Bedürfnissen läßt sich die Sachlage nicht angemessen beschreiben, diese Art Realismus führt nur in eine moralische Falle. Vor allem aber bleiben emanzipatorische Inhalte ohne ein fruchtbareres Verständnis der Medienwirkung folgenlos.

Die Hoffnungen Brechts wie der heutigen medienoptimistischen Subkultur sind Folge eines doppelten Mißverständnisses

► Die Wirkung der Medien ist zuallererst Erregung. Und nach Erregung gibt es offensichtlich einen enormen Bedarf. Das ist das feststellbare Bedürfnis, entfremdet oder nicht. Die Medien sind vielleicht gerade dazu da, um besser manipulieren, verzerren und entstellen zu können. Wenn kein Unterdrücker mehr zur Stelle ist, was nicht unmittelbar zu befürchten steht, wird man selbst zur Tat schreiten, um aus den objektiven Realitäten, die zu langweilig geworden sind, um kommunikativ wirksam zu bleiben, passende, anregende und somit annehmbare Wirklichkeiten herzustellen. Die Bedürfnisse lassen sich nicht in »wahr« und »falsch« unterteilen, sie drücken vielmehr im Sinne Nietzsches ein Verhältnis des Subjekts zu einer Kraft aus, die sich seiner bemächtigt.

► Möglich, daß erst ein aufgeklärteres Zeitalter wählerisch wird, was die Inhalte oder die Gegenseitigkeit der Kommunikation betrifft. Vorerst leben wir im Zeitalter der Attraktion des Fernsehens. Die 96%ige Versorgung mit Fernsehapparaten bleibt das kulturübergreifende offenbare Geheimnis. Wo sie (noch) nicht gegeben ist, suchen die Betroffenen diesen Mißstand mit allen Mitteln zu beheben. In den Elendsquartieren der Metropolen erfolgt der Anschluß an die Television häufiger als an die Wasserleitung. Trotz widrigster materieller Umstände steht der fehlende Fernseher in der Wert- und Dringlichkeitsskala der Menschen über dem fehlenden Wasser. Die magische Anziehungskraft muß eine Wirkung der Audiovision sein. Da sie die Neugierde der Individuen in einem so kollektivierenden Ausmaß fesselt, ist ihre erregende Wirkung kaum zu massiv zu veranschlagen.

Nicht der Inhalt also, sondern der über das Medium hergestellte Anregungszustand wäre ausschlaggebend für das Interesse beim Empfänger. »Daß der Nüchterne nicht völlig finster ist, / das ist ein Wahn. / Wahrhafter Offenbarung Licht, / das kannst du nur im Rausch empfahn«, reimte der gute Goethe, als er (vermutlich bei einem Gläschen Wein) den großen Hafiz in den West-Östlichen Diwan übertrug. Das paßt natürlich auch auf die Medien. Mit etwas Wagemut ließe sich die These aufstellen, das Nervensystem und das elektronische Medium korrespondierten über ein letztlich gleichartiges Schaltprinzip: immer wieder An und Aus. In der Sprache der Nerven bedeutet An ganz einfach Erregung. Umgangssprachlich signalisiert das Wörtchen »geil« diesen Zustand. Weitere Adjektive sind zumeist entbehrlich. Die fehlende sprachliche Differenzierung ist Ausdruck der medialen Konsumgewohnheiten – aber trotz aller Befürchtungen ist sie weit davon entfernt, eine Degeneration der Wahrnehmung zu belegen, höchstens die der Bedeutung konkreter Inhalte. Im Gegenteil, man ist sich der Grammatik der Medien mit erstaunlicher und neuro-logischer Klarheit bewußt. Der Inhalt erregt, oder eben nicht.

Der Sinn von Aus ist notwendigerweise diffuser, denn er entzieht sich einer direkten Bestimmung. In diesem Zustand vermittelt das System keine Erfahrung, kein Bewußt-



»Wahrhafte Offenbahrung kannst du nur im Rausch empfahn« Foto: H. Sachs/version

sein. Nur im Netz wird eine indirekte Wahrnehmung möglich, denn in der Regel tritt der Aus-Zustand nur in Teilen des Systems auf. Dann kann das lokale Aus immerhin als Differenz zu lokalen Erregungszuständen, eben als Betäubung empfunden werden. Im Nerven-Netz ist auch die Null Information.

Die Analogie zwischen An/Aus und Erregung/Betäubung ist eine Grundlage der oft gezogenen Vergleiche von Medien und Sinnesorganen. Die höchstentwickelte Variante, das Medium der Medien, wird folgerichtig zur Metapher für das Gehirn (das wir umgekehrt immer mehr als Netz begreifen werden). Datenleitung und Knotenpunkte als Ausdruck oder Ausfluß von Nervenbahn und Synapsen. Die spezielle Leistung von Gehirn und Netz ist die integrative oder multimediale Funktion. Der romantisch anmutende Ansatz »Alle wollen mit allen kommunizieren« ist in den permutatorischen Verküpfungsmustern des Nervennetzes die ganz gewöhnliche Geschäftsgrundlage. Dieser Drang zur Verbindung ist alles andere als romantisch, er ist permanente Anregung zur Produktion von Differenz, die Voraussetzung für Wahrnehmung und Erkenntnis ist. Man muß nicht erstaunt sein, wenn alle Medientheorien Erweiterung, Mobilisierung oder Erregung voraussetzen.

In den Elendsquartieren der Metropolen erfolgt der Anschluß an die Television häufiger als an die Wasserleitung

Er- oder Anregung kann aber auch zum Selbstzweck werden – darin liegt vermutlich einer der Knackpunkte von Kommunikation. »Turn the radio on« – oder ohne Objekt: »turn on«. Dem Inhalt wird durch die für jede Kommunikation notwendige Erregung von vornherein eine Form aufgezwängt: Inhalt fungiert als Auslöser der Erregung. Warum sollte er als solcher nicht durch andere austauschbar sein? Im Extremfall markiert eine Nachricht nur noch die Differenz zur anderen. Allein auf die Inhalte als solche können Medien nicht verzichten, denn wir brauchen Differenzen, um überhaupt wahrnehmen zu können. So behält das Fernsehen seine Wirkung auch unter Umständen, in denen seine Inhalte zur Bedeutungslosigkeit schrumpfen. Genauso, als Träger einer Informationsmenge, wird der Inhalt, die message, selbst zum Medium. Das Wesentliche am Inhalt ist, daß er den Fortbestand der Erregung durch das Medium sichert. Jede Mitteilung muß in diesem Sinne Manipulationsversuch oder Propaganda sein, also die Absicht des Nervensystems, sich selbst zu manipulieren, berücksichtigen. Emanzipatorisch kann Inhalt nur im zweiten Glied sein, wenn dem Erregungsbedürfnis bereits Rechnung getragen wurde. Oder anders, wenn Emanzipation nicht aufregend ist, bleibt es beim Kurzschluß, bei der Onanie vor der Videowand oder irgendeiner anderen Auto-Kommunikation.

Im Kurzschluß der Kommunikation triumphiert die Erregung über die Emanzipation. Eine emanzipatorische Medienpraxis muß den Rausch, den die Auto-Kommunikation hervorruft, daher überbieten. Das ist keineswegs unmöglich, denn Erregung stellt gerade keinen Widerspruch zur Kommunikation dar, auch wenn sie zum Selbstzweck degenerieren kann. Sinn macht Erregung erst als Antrieb zur Konstruktion von Wirklichkeit, die nur durch gegenseitige Versicherung, eben durch Kommunikation über eine unüberschaubare Vielzahl von Inhalten, herzustellen ist. Nicht im Sinne einer Wahrheit, die auf uns gewartet hätte, sondern in einem konstruktiven Sinn, der zumindest nahelegt, daß die Welt in mehreren Varianten herstellbar ist und der das Gegenteil einer kulturpessimistischen Perspektive wäre.

► Die Narkose bleibt das große Fragezeichen der Medien. Nicht nur McLuhans Amputation, auch die Manipulations- und Verblödungsthesen versagen bei der Klärung dieses unbestreitbar wesentlichen Medieneffektes. Der Erregungsmechanismus und sein Sinn für das Lernen oder die Konstruktion sozialer Realität ist leicht und direkt einzusehen. Für die Trägheit, das Abstumpfen, den Hang zur Taub- und Blindheit jedoch lassen sich viel schwerer triftige Gründe finden als für die menschliche Neugierde. Noch dunkler steht es um die Mechanismen, die zur Narkose führen. Physiologisch und psychologisch macht die Betäubung (bzw. die Verdrängung) Sinn, wenn der Organismus überfordert wurde. Man kann dann ein zyklisches Modell heranziehen, in dem die Anregung und das Wachstum – mit ihrer inneren Logik fortschreitender Überbietung – immer wieder im Chaos der Narkose landen. Ein Imperativ für den Körper: Du sollst nicht spüren. Und einer für das Bewußtsein: Du sollst vergessen.

Dieses Zusammenspiel von Anästhesie und Amnesie ist eine ideale Voraussetzung, um Macht durch Medien zu reproduzieren. Eine Voraussetzung, die sich in den Körpern vorfindet und nicht erst eingeschrieben werden muß. Die überreichliche Aufnahme des Beliebigen hätte das andauernde Vergessen, ja Vergessenmüssen , mitunter auch des Wesentlichen zur Folge. Die Einbahnstraßen der Massenmedien stellen damit eine äußerst günstige Basis der Bevormundung dar. In der Unterminierung dieser traditionellen Distributionsfunktion läge weiterhin ein subversives Potential. Nicht weniger bedeutsam dürfte jedoch die Vertiefung unseres Wissens über die Betäubungsmechanismen sein. Die Lust an der Erregung scheint stets in eine Lust an der Betäubung zu kippen. Das ist ein reaktionärer Wesenszug, der auch dem emanzipatorischen Bemühen innewohnt.

Literatur

Bertolt Brecht, Radiotheorie. Gesammelte Werke, Band 8

Hans Magnus Enzensberger, Baukasten zu einer Theorie der Medien. Kritische Diskurse zur Pressefreiheit. Verlag Reinhard Fischer, München 1997.

Marshall McLuhan, Die magischen Kanäle. Understanding Media. Verlag der Kunst, Dresden, Basel, 1995.

Jean Baudrillard, Kool Killer oder der Aufstand der Zeichen. Merve Verlag, Berlin, 1978.

Gilles Deleuze, Nietzsche und die Philosophie, Rogner & Bernhard Syndicat Verlag, Frankfurt/Main, 1985.

Gisela Getty, Jutta Winkelmann, Future Sex. Metropolitan Verlag, Düsseldorf, 1996.

► **Thomas Cernay** ist Mitarbeiter im **iz3w**.



Von Schiffen und Musik

Paul Gilroy und die Kultur des Black Atlantic

von **Dominik Bloedner**

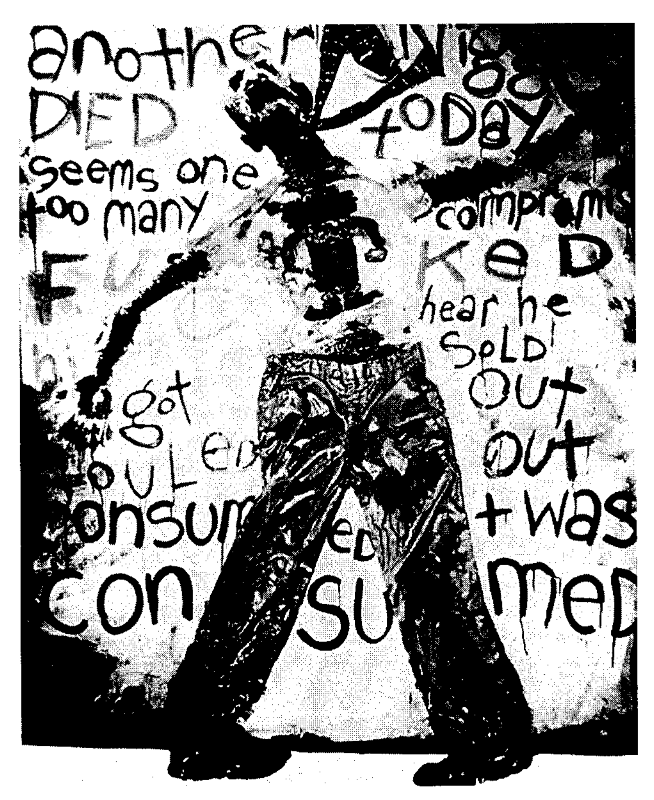
Die Forderung nach kultureller Repräsentation ist schon lange ein wesentlicher Bestandteil der politischen Strategie von marginalisierten Bevölkerungsteilen. Das gilt auch für die sozialen Kämpfe von ´Schwarzen´. Im Zuge des postkolonialen Diskurses wurde emanzipatorische Politik jedoch immer stärker auf einen Ästhetizismus reduziert: Die Existenz einer expressiven Kultur der ´schwarzen´ Diaspora in Form von Tanz, Musik, Erzählungen etc. wird gegenwärtig oft mit politischem Widerstand gleichgesetzt. Auch für Paul Gilroy, einen der wichtigsten britischen postkolonialen Theoretiker, trifft diese Tendenz zu.

► In Zeiten, in denen oft vom Zusammenbruch des Nationalstaats als einer politischen, ökonomischen und kulturellen Einheit gesprochen wird, ist die Gleichsetzung von Nation mit Kultur mehr denn je fragwürdig geworden – insbesondere angesichts der Geschichte und der spezifischen Situation 'schwarzer' Bevölkerungsgruppen in den ehemaligen Kolonialstaaten. Vielmehr sind mittlerweile Konzepte wie *Hybridität, Diaspora, Synkretismus* und das *Exil* zu wichtigen kulturanalytischen Werkzeugen geworden – wenn auch leider viel zu oft zu Lasten sozioökonomischer Analysen. Folgen wir dem in Deutschland bisher weitgehend unbekannten britischen Soziologen und postkolonialen Theoretiker Paul Gilroy (s. Kasten S. 38), so gibt es eine Kultur, die nicht spezifisch für 'Schwarze' in Afrika, Amerika, Großbritannien oder der Karibik ist, sondern überall geteilt wird – die Kultur des *Black Atlantic*. Ihre Inhalte und Ausdrucksformen überschreiten ethnische und nationalstaatliche Grenzen und bringen beständig etwas Neues hervor. Autoren wie Gilroy geht es neben der Entwicklung einer eigenen Kulturtheorie aber stets auch um die Frage einer adäquaten Repräsentation dessen, was der imperialistische, rassistische Diskurs des Westens seit jeher zu verdrängen suchte: die Erfahrungen und die politische Subjektivität der aufgrund ihrer Hautfarbe benachteiligten Menschen, vom Beginn europäischer Expansion bis hin zur postkolonialen Jetztzeit.

Postkolonialismus, hybride Kulturen und politischer Widerstand

► Im englischsprachigen akademischen Umfeld widmet sich nun schon seit einigen Jahren die überaus heterogene Forschungsdisziplin der *postcolonial studies* verstärkt diesen neuen Aspekten (vgl. hierzu auch den Artikel von Sabine Grimm in *iz3w 223* und *224*). Das Präfix »post« meint hierbei zweierlei: Einerseits wird eine Zeitabschnittsfrage verhandelt, da die kulturellen und materiellen Lebensumstände der Menschen und Länder des Südens *nach* der formalen Dekolonisierung untersucht werden. Andererseits aber, und das ist hier viel wichtiger, ist das »post« auch ein Qualitätsmerkmal, denn es steht für das modifizierte Fortleben dieses Machtverhältnisses. Stuart Hall spricht in diesem Zusammenhang von der »Rekonfiguration des gesamten Feldes, in das der koloniale Diskurs einmündet«. Das heißt, daß Phänomene der Postmoderne wie Massenmigration, globale Zirkulation von Waren, Dienstleistungen, Zeichen und Informationen vor dem Hintergrund kolonialer Machtbeziehungen und im Hinblick auf politisch widerständiges Denken und Handeln soziologisch und kulturtheoretisch untersucht werden. Homi K. Bhabha, wohl einer der bekanntesten Protagonisten der *postcolonial studies*, argumentiert ähnlich: »Wenn der Jargon unserer Zeit – Postmoderne, Postkolonialität, Postfeminismus – überhaupt irgendeine Bedeutung hat, dann liegt diese nicht im populären Gebrauch des 'Post' als Ausdruck einer Abfolge«. Diese Begriffe verweisen für ihn nachdrücklich auf ein »Darüber hinaus«, denn sie ermöglichen eine Neufassung von bisher angenommenen Gewißheiten und eröffnen damit zugleich neue Räume für politische Interventionen.

Der hier verwendete Kulturbegriff überschreitet bewußt das sowohl in den eher wohlwollenden Multikulturalismusdebatten als auch in den rechten, kulturalistischen Diskursen vorherrschende homogenisierende Verständnis von Kultur, Ethnie und Nation. Den postkolonialen Theoretikern geht es darum, das 'Unreine', das 'Hybride' – das, was die Zwischenräume des auf Einheitlichkeiten aufbauenden modernen Diskurses bewohnt und sich damit eindeutigen Klassifizierungen entzieht – in den Vordergrund zu rücken und daraus diskursive Widerstandsformen abzuleiten: »Kultur wird ... zu einer unangenehmen, verstörenden Praxis des Überlebens«. Kultur kann also nicht aus einem einzigen kulturellen Kontext heraus gedacht werden, denn aufgrund der kulturellen Entwurzelung, des Gefühls der Heimatlosigkeit und der Erfahrung von Migration, Vertreibung und Exil ist jede Kultur immer eine *über-setzte* Kultur, die – trotz lokaler Spezifitäten – die Grenzen nationalstaatlichen Denkens sprengt und immer in Bewegung ist. Spätestens seitdem durch die Migration der Bewohner der ehemaligen Kolonien in die Metropolen das Periphere, das Ausgeschlossene und das Verdrängte in der Mitte der 'eigenen' Denkstrukturen des Westens aufgetaucht war, machte die Innen/Außen-



Keith Piper, *Keep Singing (Another Nigger Died Today)*, 1982

Differenz zwischen Kolonisierten und Kolonisatoren keinen Sinn mehr. Das Globale kehrte im Lokalen wieder und all das, was früher eindeutig zu bestimmen war, hatte im postkolonialen Diskurs an Aussagekraft und damit an politischer Relevanz verloren: Ehemals verbindende und verbindliche Kategorien wie *'race'*, *class* und *gender* machten Platz für hybridisierte Formen postkolonialer Identität, die durch ständige und als subversiv verstandene Grenzüberschreitungen zu charakterisieren sind. Stuart Hall spricht in diesem Zusammenhang vom »Ende der unschuldigen Vorstellung von einem essentiellen schwarzen Subjekt«, einer Fragmentierung ehemals homogen gedachter Identitäten.

Zugegebenermaßen ist es eine intelligente, spannende und politisch auch überaus notwendige Sache, das Denken in Essentialismen zu dekonstruieren. Aus dem daraus abgeleiteten Zustand hybridisierter, beständig Grenzen überschreitender Identitäten ein Modell politischen Widerstands per se zu formulieren, ist jedoch etwas anderes. So muß sich die postkoloniale Kritik seit ihren Anfängen mit dem Vorwurf auseinandersetzen, sie sei apolitisch, da ihre (meist akademischen) Kämpfe über den diskursiven Bereich des Symbolischen und den der kulturellen Repräsentation nicht hinausgingen. Politik sei mehr als ein Kampf ums Zeichen, auch wenn diese Kämpfe aus politischen Auseinandersetzungen nicht wegzudenken sind. Auch Paul Gilroys einflußreiche Bücher müssen sich diesem Vorwurf stellen, nicht zuletzt, weil man von dem 1987 erschienenen *There Ain't No Black in the Union Jack* bis zum 1993 erschienenen *The Black Atlantic* eine deutliche Akzentverschiebung von einem aktiven, antirassistischen Interventionismus hin zu einem postmodernen, an einem metaphysischen Kulturbegriff orientierten Essentialismus beobachten kann.

»There Ain't No Black in the Union Jack«

► Die 80er Jahre bedeuteten für die europäischen und US-amerikanischen *black communities* eine tiefgehende Transformation der sozioökonomischen Lebensumstände sowie der Eigen- und Fremdwahrnehmung. Diese spezifische Situation der britischen 'schwarzen' Bevölkerung bildete den Hintergrund für Paul Gilroys 1987 erschienenes Buch.

Die *riots* zu Beginn dieser Dekade im Londoner Stadtteil Brixton und anderswo waren mehr als nur 'Rassenunruhen', denn sie verwiesen nachdrücklich auf den ökonomischen Niedergang der einstigen Weltmacht und auf die von der konservativen Thatcher-Regierung initiierten Umverteilungsprozesse. 'Schwarze' delinquente Jugendliche und ihre popkulturellen Ausdrucksformen wurden zum Feindbild schlechthin für die auf einen Sündenbock angewiesene und um Selbstvergewisserung bemühte *New Right*. Der rassistische Diskurs verschob sich zu dieser Zeit von eher biologistischen zu kulturalistischen Begründungsmustern.

Parallel dazu war eine »De-marginalisierung« 'schwarzer' Kultur zu beobachten: Ausdrucksformen und *styles* verließen ihr subkulturelles Nischendasein und wurden zu einem festen und profitablen Bestandteil des mainstreams der Kulturindustrie, ungeachtet der fortlaufenden materiellen und sozialen Marginalisierungen dieser Bevölkerungsgruppe. Damit einher ging eine »Dezentrierung« der bis dahin allgemein akzeptierten Vorstellung des 'einheitlichen schwarzen Subjekts'. Eine, wenn auch zahlenmäßig kleine, *black professional middle-class* entwickelte sich und grenzte sich zusehends von der Masse derer ab, die den Sprung auf diesen Zug nicht schafften oder schaffen wollten. Weiterhin wurden die patriarchalen Geschlechterrollen innerhalb der *black community* zunehmend hinterfragt: Homosexualität und die Emanzipation der Frauen wurden nicht zuletzt wegen des gleichzeitigen Angriffs der Postmoderne auf essentialistische Subjektkonzeptionen diskutiert.

Dies alles waren die Rahmenbedingungen für Gilroys *There Ain't No Black*. Gilroy thematisierte den latenten Ethnozentrismus von *Cultural Studies* und verschonte dabei in seiner Kritik nicht einmal Raymond Williams, den 'Gründungsvater' dieses Projektes (vgl. hierzu auch *iz3w 225*). Er beklagte die Unsichtbarkeit des Themas 'race' und warf der *New Left* berechtigterweise vor, sie betrachte Kultur nur von einer national-populären Perspektive aus und übernehme damit die althergebrachte, hegemoniale Gleichsetzung von *Britishness* und 'weiß'. Die Geschichte des Empire war aber alles andere als eine rein 'weiße' Angelegenheit, und Kultur konnte demzufolge nie ohne Imperialismus gedacht werden. Gilroy ging nun daran, eine adäquate Repräsentation des Leids, aber auch der geschichtlichen Handlungsfähigkeit der 'Schwarzen' einzuklagen, denn zu viele von ihnen hatten – sei es als politische Radikale, Intellektuelle oder Reisende – Geschichte gemacht, als daß man dies noch länger totschweigen konnte. Diese neue Sicht auf die Diskurse und die Bestrebungen der westlichen Moderne könnte laut Gilroy dazu beitragen, dem rassistischen Diskurs im Großbritannien der 80er Jahre, in dem die schwarze Bevölkerung entweder als Opfer oder als Problem wahrgenommen wurde, etwas entgegenzusetzen. Die von W.E.B. DuBois Anfang dieses Jahrhunderts provokant gestellte Frage »*How does it feel to be a problem?*«, die sich darauf bezog, als 'schwarzer' Mensch sich selbst immer mit den Augen der 'anderen' zu sehen und (negativ) zu beurteilen, sollte also durch diese Interventionen an Relevanz verlieren. Auch wollte Gilroy dadurch auf die komplexe Lebenssituation der marginalisierten Bevölkerung verweisen, die sich nach wie vor am besten mit dem ebenfalls von DuBois geprägten Begriff des »double consciousness« umschreiben ließ. In Großbritannien wie auch anderswo war es unvereinbar, sowohl britisch/europäisch/US-amerikanisch als auch 'schwarz' zu sein – man war stattdessen keins von beiden; diese »twoness« führte laut Gilroy seit jeher zu einem Mißtrauen gegenüber Vorstellungen von Reinheit, Linearität und klaren Grenzziehungen.



Looking for Langston, Isaac Julien, 1988. Foto: S. Gupta

Die historische und gegenwärtige Erfahrung der 'Schwarzen' stand der hegemonialen Gleichsetzung von Kultur und Nation ohnehin entgegen. Anhand der diasporischen Kultur des 'schwarzen' Großbritanniens zeigte Gilroy auf, daß Kultur sich nie an ethnisch klar gezogenen Grenzlinien entwickeln kann. Das bedeutete gleichzeitig auch eine neue Perspektive für die *gesamte* britische Kultur. England ist nur ein kleiner Teil der gesamten »black diaspora«, was besonders durch die

Tatsache ins Auge sticht, daß die lebhafte und innovative Musikszene Londons in den 80er Jahren ihr 'Rohmaterial' aus dem karibischen Reggae, dem US-amerikanischen Rhythm'n'Blues und Soul sowie 'traditionellen' afrikanischen Quellen bezog. Aus diesen Elementen wurden wiederum beständig neue *styles* kreiert, erinnert sei hier nur an *jungle* und *drum'n'bass*. Musik war laut Gilroy seit jeher die grenzüberschreitende Form der Metakommunikation der Sklaven und ihrer Nachkommen. Mangels eines Zugangs zu Bildung ging der politische Befreiungskampf der 'Schwarzen' schon immer mit einer expressiven Kultur einher – mit Tanz, Musik und oralen Formen wie dem *story telling* und der im HipHop so wichtigen *signifying practice*. Diese Kultur entzog sich aufgrund ihrer Spiritualität dem westlichen Denken und war als moralischer Gegenentwurf zur Sklaverei fundamental anti-kapitalistisch. Musik war das Medium einer unausgesprochenen Solidarität innerhalb der »black diaspora« und schuf angesichts gemeinsamen Leids ein Gefühl von Zusammengehörigkeit. Mit der Bürgerrechtsbewegung in den USA der sechziger Jahre und den technischen Möglichkeiten einer weltweiten Verbreitung durch das Medium Langspielplatte wurde diese »black expressive culture« endgültig zur Stimme einer globalen sozialen Bewegung. Gilroy kam es darauf an zu zeigen, daß diese Kultur sowohl trans-national verbindend als auch lokal spezifisch und politisch wirksam ist, und er sah zu diesem Zeitpunkt die Bereiche 'Kultur' und 'Politik' noch als die Einheit an, die sie ohne Zweifel sind: So wies er z.B. nach, wie die US-amerikanische Rapmusik unter den Bedingungen in den 'Ghettos' der dortigen Großstädte entstand, in England übernommen und verändert wurde und in den *riots* der frühen 80er Jahre zum Medium einer breiten sozialen Bewegung wurde, die mehr als nur 'schwarze' Jugendliche umfaßte.



Looking for Langston, Isaac Julien, 1988. Foto: S. Gupta

»The Black Atlantic«

► In seinem 1993 erschienenen und vielbeachteten Buch vertiefte Gilroy die schon 1987 angelegte Konzeption einer Kultur des »schwarzen Atlantik« und setzte sich darüberhinaus mit dem ambivalenten Bezug der 'schwarzen' Geschichte zur (westlichen) Moderne auseinander.

Diente ihm 1987 die Musik noch als Metapher für den diasporischen, hybriden und dynamischen Charakter von Kultur, so rückte 1993 das Schiff ins Zentrum seiner Argumentation: »Das Bild des Schiffes – als ein lebendiges, mikro-kulturelles und mikro-politisches System in ständiger Bewegung (...) lenkt die Aufmerksamkeit auf die zahlreichen Versuche einer erlösenden Rückkehr in die afrikanische Heimat, auf die Zirkulation von Ideen und politischen Aktivisten genauso wie auf die Bewegung von politischen und kulturellen Artefakten: Traktate, Bücher, Langspielplatten und Gesänge«. Sklaven, Seeleute (Ende des 18. Jahrhunderts bestand die britische Navy zu einem Viertel aus Menschen afrikanischer Herkunft) sowie reisende Intellektuelle oder Radikale wie DuBois, C.L.R. James und Frederick Douglass » bewegten sich hin und her zwischen Nationen und überschritten Grenzen in modernen Maschinen, die selbst Mikrosysteme linguistischer und politischer Hybridität waren«. Das Schiff verband die Welt des »Black Atlantic« und war vielleicht das wichtigste pan-afrikanische Kommunikationsmedium vor dem Auftreten der Langspielplatte. Den Schiffsreisenden wiederum war durch die Erfahrung des Exils – ob diese freiwillig oder erzwungen, vorübergehend oder permanent war – der Wunsch gemeinsam, sich den Zwängen von Ethnizität, Nationalismus oder auch 'Rasse' zu entziehen.

Die Sklaven und ihre Nachfahren waren in diesem Sinne, folgen wir Paul Gilroy weiter, wahrhaft moderne Menschen. Die jahrhundertelange Erfahrung von Unterdrückung und Vertreibung durch die Sklaverei führte zu einem Gefühl von Auflösung, Verlust und Sehnsucht nach Stabilität – einer Gefühlsstruktur also, die für viele Menschen seit dem frühen 19. Jahrhundert konstitutiv ist. Weiterhin standen die politischen Kämpfe der (Ex-) Sklaven auch stets für die Erfüllung der Verheißungen der Moderne: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für *alle*. Auf der anderen Seite jedoch stellte sich der »Black Atlantic« seit jeher als eine »Gegenkultur zur Moderne« dar. Durch die Erfahrung der Sklaverei wie auch die der Judenvernichtung (in seinem letzten Kapitel zieht Gilroy Analogien zwischen den beiden Schicksalen, ohne jedoch deren Einzigartigkeit zu nivellieren) war man mit der dunklen Seite bürgerlicher Aufklärung nur allzu gut vertraut, und diese Erfahrungen verlangten nach einer grundlegenden Revision dieser Moderne. Die 'schwarze' Kultur war als Gegenreaktion auf dieses Leid fundamental anti-kapitalistisch und anti-modern: Anti-kapitalistisch in dem Sinne, daß Werte wie 'Rationalität', 'Arbeit' und 'Produktivität' zugunsten einer Wertschätzung des 'Unproduktiven' und des 'Genusses' in den Hintergrund traten. Antimodern war diese Kultur laut Gilroy deshalb, weil sie sich nie mit der modernen Erfindung des Nationalstaats decken konnte und weil in ihr die charakteristischen modernen Trennungen von Politik und Ästhetik/Kultur oder von *performer* und *audience* nicht existierten. Diese Kultur transzendierte die Moderne, indem sie eine »imaginäre anti-moderne Vergangenheit und eine postmoderne, noch nicht existente Zukunft« artikulierte. Aus diesem Anti-Modernismus und aus der hybriden, diasporischen Geschichte der 'schwarzen' Bevölkerung leitete Gilroy nun einen 'wesenhaften' subversiven Charakter der Kultur des »Black Atlantic« ab. Damit vollzog er eine implizite Gleichsetzung von »black arti-

stic expression« mit »black social movement« und entfernte sich zunehmend von dem Anliegen, das ihm 1987 noch wichtig erschien: der Thematisierung des dialektischen Verhältnisses von Ästhetik und Subversion.

Die Metaphysik des Leids und der postmoderne Kulturalismus

▶ Die Postmoderne und der postkoloniale Diskurs als eine ihrer Folgeerscheinungen traten an, die totalisierenden, eurozentristischen 'Erzählungen' der westlichen Moderne zu dekonstruieren; diese leugneten die Pluralität der Geschichten und die Differenzen innerhalb einer jeden 'Erzählung' und stabilisierten dadurch ein Machtverhältnis. Die *post*kolonialenTheoretiker mußten sich jedoch alsbald mit dem gleichen Vorwurf auseinandersetzen, sie würden totalisierende und ausschließende Annahmen vertreten und eine ontologische Kondition konstruieren, wonach *allen* 'Schwarzen' die Erfahrung und das Bedürfnis nach transzendierender Hybridität zu eigen sei.

Indem Gilroy von einer absoluten und kategorischen Differenz spricht, die die Sklaven und ihre Nachkommen vom 'Westen' unterscheidet, redet er einem ästhetischen Essentialismus das Wort. Das Konzept der diasporischen Kultur des »Black Atlantic« impliziert nämlich ein » ... ein-für-alle-mal gültiges Merkmal, das im Gegensatz zu den real vorfindbaren und unterschiedlichen Bedingungen dieser Welt steht, in die ästhetische Erfahrungen in das Alltagsleben der Diaspora integriert sind« (Mercer). Die Komplexität und Heterogenität der 'schwarzen' Geschichte und Gegenwart lassen sich aber nicht vereinheitlichen, und Gilroy tappt nun selber in die Falle des Essentialismus. Obwohl die von ihm postulierte Kultur sich den Zwängen nationalstaatlicher Kategorien entzieht und dynamisch im Charakter ist, baut sie doch auch auf einer binären Struktur auf. Sie ist anti-modern, romantizistisch-spirituell, sowie durch Spontanität, Dialogizität und die kollektive Art und Weise der Produktion/Konsumption gekennzeichnet. Und das unterscheidet sie von der hegemonialen Kultur des 'Westens'. Dem 'Westen', seiner Rationalität und politischen Kultur spricht Gilroy weiterhin auch jede Wandlungsfähigkeit ab, ganz im Gegensatz zu den Möglichkeiten einer *black aesthetic expression*, die über den als »bürgerlich« bezeichneten traditionellen Formen politischer Auseinandersetzung steht. Und hier widerspricht Gilroy seiner eigenen Argumentation, denn er setzt die von ihm kritisierte moderne Trennung von Politik und Ästhetik fort, auch wenn er der Kultur des »Black Atlantic« eine politische Funktion *per se* zuschreibt.

How does it feel to be a problem ?

Gilroys transzendentale Kategorie der *blackness* speist sich vor allem aus dem jahrhundertelangen Leid, und er sieht im »Black Atlantic« von 1993 nur noch das Fatale, das Nihilistische und nicht mehr die emanzipatorischen Aspekte und politischen Praktiken dieser Erfahrung, wie z.B. Sabotageakte von Sklaven oder die Erfolge der *Civil Rights*-Bewegung in den U.S.A.. Allein dieser allgegenwärtigen »condition of being in pain« schreibt er Wandlungsfähigkeit zu, denn nur durch sie könne man sich den Fallstricken der Moderne entziehen. Damit redet Gilroy jedoch einem idealistischen Kulturbegriff das Wort: Er propagiert einen nietzscheanischen Ästhetizismus und trennt die Sklaverei, jetzt nur noch verstanden als ontologisch negativ besetzte 'Wesenheit', von ihrem geschichtlichen und ökonomischen Kontext ab.

Gilroys *Black Atlantic* ist auch ein Buch für seine Zeit – eine Zeit, in der sich die politischen Widerstandskonzepte und sicher geglaubten Gewißheiten verändert und in der sich die akademischen Diskurse von linker Politik zunehmend losgelöst haben. Politische Subjekte sind nicht mehr Kollektive wie die Klasse oder die durch den Druck von Marginalisierungen geeinten Gruppen. Identitäten werden immer weniger strukturell, sondern fast ausschließlich diskursiv begründet, und das Ziel realer Grenzüberschreitungen ist der Allgegenwart fiktiver Grenzüberschreitungen gewichen. Fragestellungen wie (politische und ökonomische) Gleichheit und Emanzipation sind dem Interesse an einem kulturellen Ästhetizismus, an Differenz und Grenzüberschreitung sowie an der Fragmentiertheit des Individuums gewichen.

Die Interventionen des postkolonialen Diskurses sind jedoch gleichzeitig mehr als nur eine postmoderne Spielerei, denn nicht zuletzt durch sie wurde der kulturalistische Rassismus auf beiden Seiten der *colour line* zum Thema, wurde der Alltagswirklichkeit der Unrepräsentierten ein Forum eröffnet und das repressive Identitätskonzept (wie das der heterosexuellen *black masculinity* oder der ausschließenden Vorstellung von *Britishness*) einer differenzierten Kritik unterzogen. Das Intervenieren in hegemoniale Diskurse ist ohne Zweifel eine wichtige und politische Angelegenheit. Nur machen es sich viele Postkoloniale durch die Gleichsetzung von Hybridität mit Widerstand leider viel zu oft viel zu einfach.

▶ *Die Photos wurden dem Buch von Kobena Mercer entnommen, mit freundlicher Genehmigung des Routledge Verlags.*

Paul Gilroy

▶ lehrt Soziologie am renommierten Londoner Goldsmith College. Neben Stuart Hall und Kobena Mercer ist er einer der prominentesten Vertreter postkolonialer Kritik in Großbritannien. Im Gegensatz zur US-amerikanischen *holy trinity* – Edward Said, Homi K. Bhabha und Gayatri C. Spivak – hat er keinen rein literaturwissenschaftlichen Hintergrund vorzuweisen, sondern kommt aus der britischen Tradition der *cultural studies*. Seine beiden Hauptwerke – das 1987 erschienene »There Ain't No Black in the Union Jack« und das 1993 erschienene »The Black Atlantic. Modernity and Double Consciousness« – fanden große Beachtung und zählen seither zu den Schlüsseltexten postkolonialer Theorie.

Diese Theorie versteht sich seit ihren Anfängen als Kritik an den konkret erfahrbaren rassistischen Zuschreibungen des hegemonialen Diskurses. Davon ausgehend, daß Sprache mehr ist als nur ein Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen, soll die Dekonstruktion der herrschenden Codes dazu beitragen, die Situation der Marginalisierten zu verbessern. Das Einklagen von kultureller Repräsentation ist stets ein zentrales Moment in diesen Kämpfen gewesen und löste unter anderem die US-amerikanischen Debatten um political correctness aus. Was zu Anfang viele produktive Irritationen verursachte und einiges emanzipatorisches Potential in sich barg, löste sich allmählich jedoch vom unmittelbaren politischen Kontext: Die postkoloniale Theorie verliert sich mehr und mehr in rein akademischen Auseinandersetzungen, und auch das damit einhergehende Verständnis von 'Kultur' wird immer häufiger vom materiellen Kontext abgetrennt. Mit dem Beitrag setzen wir unsere Reihe zu 'Cultural Studies' fort (*s. iz3w 223-227*).

Literatur

Bhabha, Homi K.: Postkoloniale Kritik – Vom Überleben der Kultur, in: Das Argument, Nummer 215, S. 348

Bronfen/Marius/Steffen (Hg.): Hybride Kulturen. Beiträge zur angloamerikanischen Multikulturalismusdebatte, Stauffenberg Verlag, Tübingen 1997

Chrisman, Laura: Journeying to Death: Gilroy's Black Atlantic, in: Race and Class – A Journal for Black and Third World Liberation, London, Vol. 39, Oct.-Dec., No.2, S. 51-64

Gilroy, Paul: Das Ende des Antirassismus, in: Diedrich Diederichsen (Hg.): YO! Hermeneutics – Schwarze Kulturkritik: Pop. Medien. Feminismus, Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam, 1993

Gilroy, Paul: There Ain't No Black in the Union Jack. The Cultural Politics of Race and Nation; Hutchinson, London 1987

Gilroy, Paul: The Black Atlantic. Modernity and Double Conciousness, Verso, London und New York 1993

Mercer, Kobena: Welcome to the Jungle – New Positions in Black Cultural Studies, Routledge, London und New York, 1994

▶ **Dominik Bloedner** ist Mitarbeiter des iz3w



Foto: V. Kull

Kunst und Revolution

Das kubanische Kino im Spannungsfeld der Kulturpolitik

von **Volker Kull**

Das kubanische Kino ist ein Kind der Revolution. Es entwickelte sich im Spannungsfeld von Kulturpolitik und filmwirtschaftlichen Bedingungen. Noch heute setzen diese beiden Faktoren den strukturellen und thematischen Rahmen für kubanische Filmproduktionen.

▶ Seit Beginn der 90er Jahre erfreut sich das kubanische Kino großer Beliebtheit beim deutschen Publikum. Ausschlaggebend für den Erfolg sind vor allem Werke wie *Alicia en el pueblo de Maravillas (Alicia im Dorf der Wunder, 1991)* von Daniel Díaz-Torres und *Fresa y chocolate (Erdbeer und Schokolade, 1993)* des 1996 verstorbenen Erfolgsregisseurs Tomás Gutiérrez-Alea. Zweifelsohne zeichnen sich beide Filme dadurch aus, daß sie dem Publikum anspruchsvolle Unterhaltung bieten. Wie viele kubanische Filmproduktionen verbinden sie erzählerische Substanz und eine herausragende filmische Ästhetik mit einem für Kuba typischen Sinn für Humor. Dieser Humor bewegt sich zwischen einer liebevoll ironischen Perspektive auf die gesellschaftliche Situation Kubas im *periodico especial* und Zynismus oder Sarkasmus.

Beide Filme stießen bei den politischen Funktionären Kubas auf große Kritik. Die bissige Satire auf die gesellschaftliche Wirklichkeit Kubas *Alicia en el pueblo de Maravillas* lief gar nur vier Tage in kubanischen Kinos und fiel dann der Zensur zum Opfer. Erst 1995 wurde der Film, vorerst nur für den internationalen Verleih, wieder freigegeben. Wie es möglich ist, daß in Kuba zwar kritische Filme produziert werden dürfen, dann jedoch nur sporadisch oder überhaupt nicht zur öffentlichen Aufführung kommen, verdeutlicht ein Blick auf die Geschichte der kubanischen Kinematographie vor und nach der kubanischen Revolution 1959.

Das vorrevolutionäre Kino

▶ Die vorrevolutionäre kubanische Kinogeschichte ist gekennzeichnet durch die neokoloniale Hegemonie der USA. Neben französischen und italienischen Produktionen, die in den Anfangsjahren des Films den kubanischen Filmmarkt dominierten, waren es vor allem mexikanische, argentinische und insbesondere US-amerikanische Produktionen, die den kubanischen Filmsektor stark beeinflußten. Obwohl Kuba eines der ersten Länder war, in dem das Kino bereits Ende des letzten Jahrhunderts Fuß faßte, kam es vor der Revolution nie zum Aufbau einer unabhängigen kubanischen Kinokultur. Die US-amerikanischen Produktionsgesellschaften, vornehmlich die *Columbia-Pictures*, verteidigten bis Ende der 50er Jahre ihre Vormachtstellung und profitierten von den günstigen Produktionsbedingungen in Kuba. Außerdem waren die US-amerikanischen Filme ein wichtiges Instrument, um die kulturelle Hegemonie der USA zu festigen und der kubanischen Bevölkerung den *american way of life* näher zu bringen. Die kubanische Geschichte, die kulturelle Tradition oder unmittelbare Alltagsthemen kamen, wenn überhaupt, nur als exotische Kulisse zum Ausdruck. Kurz vor der kubanischen Revolution stammten 70 Prozent der in den kubanischen Kinos aufgeführten Filme aus den USA, dagegen nur knapp ein Prozent aus Kuba.

Die einzigen Anstrengungen, sich mit dem Medium Film auch in einer sozialkritischen Art und Weise auseinanderzusetzen, blieben in vorrevolutionärer Zeit auf den Amateurbereich beschränkt. Die Filmemacher ließen sich dabei auf ein gefährliches Unternehmen ein, da die politische Repression zur Zeit des Batista-Regimes in den 50er Jahren sehr groß war.[1]



ERDBEER UND SCHOKOLADE von Tomás Gutiérrez-Alea BIS ZU EINEM GEWISSEN PUNKT

Diese für anspruchsvolle und kritische Filmemacher unbefriedigende Situation änderte sich erst mit dem Sieg der kubanischen Revolution 1959. Um die große suggestive Kraft des Mediums Film für die Entwicklung der neuen Gesellschaft wissend, und nicht zuletzt wegen der hohen Analphabetenrate der kubanischen Bevölkerung, begannen die Revolutionäre sofort mit dem Ausbau des Filmsektors. Bereits das zweite Gesetz der Revolutionsregierung bezog sich unmittelbar auf den Kinobereich. Es regelte den Aufbau des kubanischen Instituts für Filmkunst und Filmindustrie *(ICAIC)* und den Rahmen der kubanischen Filmproduktion. Das wichtigste Ziel war es, Filme zu produzieren, die die eigene Geschichte und die eigenen gesellschaftlichen Probleme zum Thema haben.

Dekolonisierung der Leinwand

► In den ersten Sätzen des Gesetzes heißt es: »Film ist Kunst. [...] Er muß befreit werden von nutzlosen Zwängen und unnötigem Beiwerk.« Hier äußert sich jedoch nicht der Anspruch zu einer Kunst um der Kunst willen. Das Medium Film wurde vielmehr eng verknüpft mit dem Aufbau der neuen Gesellschaft: »Seinen Charakteristika gemäß ist der Film ein Instrument zur Meinungsbildung und zur Herausbildung des individuellen und kollektiven Bewußtseins. Er kann zur Vertiefung des revolutionären Geistes beitragen und die Schöpferkraft erhöhen.« (zitiert nach Agromonte, Arturo 1966. *Cronología del cine cubano.* Ediciones ICAIC: La Habana, S. 115)

'Kunst' und 'Revolution' sind im kinematographischen Kontext Kubas unmittelbar miteinander verknüpft. Die Filmemacher sahen sich nicht nur der Kunst verpflichtet, sondern sie stellten ihre Filme in den Dienst des Aufbaus der neuen Gesellschaft. Ihr kreatives Potential sollte einen Beitrag zur Überwindung der kulturellen und wirtschaftlichen Unterentwicklung leisten.

Es war wichtig, einen Wandel der Sehgewohnheiten des Publikums, die sogenannte 'Dekolonisation des Filmauges' bzw. 'der Filmleinwand' herbeizuführen. Die Wahrnehmung der Bevölkerung mußte von den Inhalten und der Ästhetik der vorrevolutionären Filme entwöhnt werden. Außerdem erachteten es die kubanischen Filmschaffenden als wesentlich, in eine Kommunikation mit dem Publikum einzutreten. Hierzu richteten die Verantwortlichen die *cine móviles* ein – bewegliche Kinos auf LKW, Pferde- bzw. Muliwagen oder sogar Booten befestigt, die die abgelegensten Dörfer erreichen konnten. Vorhandene Kinos wurden vergrößert und neue wurden gebaut. Man gründete die staatliche *Cinemateca*, die für die Ausstrahlung der Kinofilme und die Publikation der Filmzeitschrift *Cine Cubano*, dem Sprachrohr des kubanischen Kinos, zuständig war.

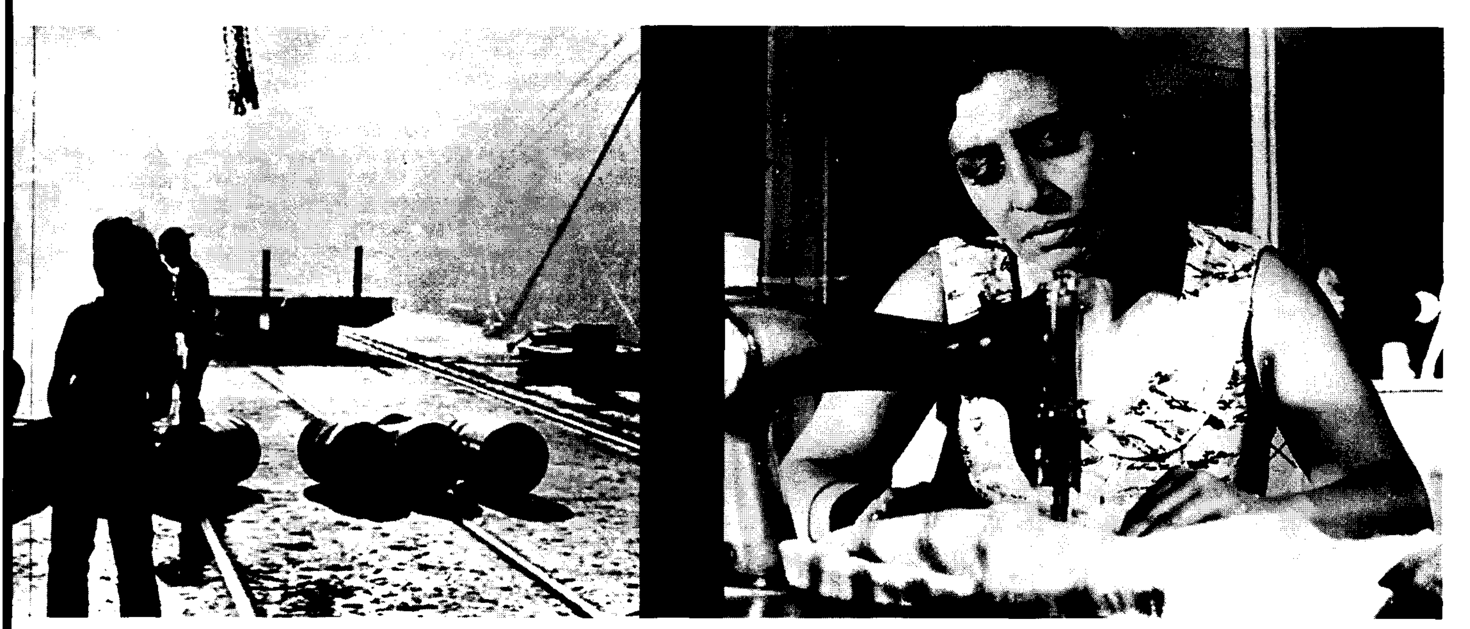
Außerdem sollte die Bevölkerung visuell geschult werden. Aus diesem Grund wurde neben der allgemein bekannten Alphabetisierungskampagne die 'audiovisuelle Alphabetisierung' angestrebt. Die *Cinemateca* begann mit der Ausstrahlung einer Sendung im kubanischen Fernsehen, die die Bevölkerung in die Geschichte und Sprache des Films einführen sollte. Noch heute ist diese Sendung eine feste Einrichtung.

Die angestrebte 'Dekolonisierung der Filmleinwand' ging einher mit der Suche nach authentischen und innovativen Stilmitteln. Authentizität war dabei gleichbedeutend mit einer Kommunikation der Filmemacher mit der Bevölkerung über lebendige Inhalte aus der kubanischen Geschichte und Gegenwart. Die Zuschauer sollten sich selbst, ihre Freuden, ihre Nöte, Ängste und Sorgen, kurz, die gesellschaftliche Wirklichkeit sowie kubanische Geschichte in den Filmen wiedererkennen können. Es sollten Filme produziert werden, die das Publikum mit den Inhalten der Revolution verbinden. Aus dieser Motivation heraus entstanden die Filmgenres des *cine testimonio* und des *cine didáctico*: Der Film als historisches bzw. gesellschaftliches Zeugnis und der sogenannte erzieherische Film. [2]

Innovation trotz Nachwehen

► Die ehemalige Abhängigkeit von den USA fand im kinematographischen Bereich ihren unmittelbaren Ausdruck in den ökonomischen Zwängen und infrastrukturellen Mängeln. Sie veranlaßten die kubanischen Filmschaffenden, den Akzent zunächst auf die Produktion von Dokumentarfilmen zu legen. Spielfilme konnten in den Anfangsjahren aufgrund ihres größeren Kapitalbedarfs kaum produziert werden. Die meisten der kubanischen Regisseure der zweiten Generation, wie zum Beispiel auch Daniel Díaz-Torres, sind, bevor sie zum Spielfilm wechselten, für die kubanische Kinowochenschau, den *Noticiero ICAIC Latinoamericano*, tätig gewesen. Wenn auch die Quantität kubanischer Filmproduktionen zu wünschen übrig ließ, ihre Qualität war rasch unumstritten. Gewissermaßen aus dem Nichts heraus und trotz der unter anderem durch die Wirtschaftsblockade der USA hervorgerufenen großen ökonomischen Probleme wurde eine funktionierende kinematographische Infrastruktur geschaffen. Ihre Filmproduktionen stießen nicht nur in der Bevölkerung auf große Akzeptanz, sondern fanden auch bei europäischen Filmexperten viel Beachtung.

Im Dokumentarfilmbereich war es der heute beinahe in Vergessenheit geratene Santiago Alvarez, der aufgrund seiner unkonventionellen, innovativen Filmsprache in den 60er Jahren mit Filmen wie *Hanoi, martes 13* (Hanoi, Dienstag der 13., 1967) über den ersten Angriff der USA auf Vietnam, *L.B.J.* (1968), ein Porträt der USA, oder *79 Primaveras* (79 Frühlinge, 1969), eine Hommage an Ho Chi-Minh, zahlreiche Preise auf internationalen Filmfestivals gewann. Die herausragenden Spielfilme, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind, sind *Lucía* (1968) von Humberto Solas und *Memorias del sub-*



von Tomás Gutiérrez-Alea

PORTRAIT VON TERESA von Pastor Vega

desarollo (1968) von Tomás Gutiérrez-Alea. Letzterer wurde im Dezember 1996 von Filmexperten als bester historischer lateinamerikanischer Film ausgezeichnet.

Für die rasche Entwicklung der kubanischen Kinematographie gibt es verschiedene Gründe. Zum einen genossen die Filmschaffenden unter allen Künstlern eine privilegierte Stellung, was darauf zurückzuführen ist, daß sie eine starke Gruppe innerhalb der revolutionären Bewegung in den 50er Jahren waren, aber auch auf den Umstand, daß Alfredo Guevara, der Direktor des *ICAIC*, ein sehr enger Studienfreund Fidel Castros ist. Beides erlaubte den Filmemachern eine offene und vorurteilsfreie Nutzung aller filmästhetischen Ausdrucksmöglichkeiten. Das Hollywood-Kino spielte dabei eine ebenso große Rolle wie das revolutionäre Kino der Sowjetunion aus den 20er Jahren, der italienische Neorealismus oder die französische *Nouvelle Vague*. Zum anderen, und dies ist der vielleicht wichtigste Grund, hat das *ICAIC* es stets vermieden, radikale Positionen zu vertreten. Dadurch schuf es den Filmemachern den nötigen künstlerischen Spielraum, auch kritische Werke zu produzieren. Die kubanische Kulturpolitik bewegte sich immer zwischen zwei extremen Polen: der ausgeprägten individuellen künstlerischen Freiheit und dem unhinterfragten Existenzrecht der kubanischen Revolution. Die Verantwortlichen des *ICAIC* ließen sich dabei weder von denen vereinnahmen, die sich für die unumschränkte individuelle Freiheit von Künstlern einsetzten, noch von sektiererischen, bürokratischen und dogmatisch sozialistischen Positionen.

Nach der ersten Zensurentscheidung der kubanischen Regierung im Jahr 1961, die Saba Cabreras Film *P. M. (Past Morning)* betraf, und den anschließenden *Palabras a los intelectuelas* von Fidel Castro waren die künstlerischen Freiräume der Filmemacher gefährdet. Obwohl die *Worte an die Intellektuellen* von Fidel Castro insgesamt durch eine idealistische Auffassung kulturpolitischer Einflußnahme gekennzeichnet waren,[3] wurden die Stimmen der Anhänger einer dogmatischen Kulturpolitik aus den Reihen der sowjetisch geprägten Kommunistischen Partei immer lauter. Zunächst hielten die kubanischen Filmschaffenden jedoch erfolgreich dagegen. Angesichts der Bedrohung, Filmkunst ausschließlich nach politischen Kriterien zu beurteilen, betonte Alfredo Guevara den grundlegend revolutionären Charakter jedweder Kunst. Er stellte klar, daß das erzieherische Element im kubanischen Kontext zwar sehr wichtig für ein Kunstwerk sei; Zwang auf den Künstler auszuüben, ziehe jedoch unweigerlich den geistigen Tod des Künstlers nach sich (vgl. Guevara, Alfredo 1963. Einige prinzipielle Fragen. In Jahnke, E. und Lichtenstein, M. 1974. *Kubanischer Dokumentarfilm*. Staatliches Filmarchiv der DDR: Berlin).

Der Film, der die Haltung des *ICAIC* gegenüber dogmatischen Interpreten künstlerischen Schaffens auf eine sehr ironische und spielerische Art zum Ausdruck bringt, ist *La muerte de un burocrata (Tod eines Bürokraten,* 1966) von Tomás Gutiérrez-Alea. Ort der Handlung ist ein Land, das kurz nach einer erfolgreichen Revolution entscheidet, einen sozialistischen Weg einzuschlagen. Erzählt wird die Geschichte eines Toten, der von seiner Familie beerdigt wurde, aufgrund einer dringend benötigten, aber mit ins Grab gelegten Arbeitsurkunde exhumiert werden muß und wegen einer allzu streng ausgelegten Vorschrift nicht wieder bestattet werden darf. Kein Zweifel, daß es sich dabei um die Bürokratie des revolutionären Kubas der 60er Jahre handelte. Der Film war, wie der britische Filmkritiker Michael Chanan schrieb, »eine Waffe im andauernden ideologischen Kampf nicht nur gegen die Bürokratie, sondern auch gegen den Einfluß der Bürokraten auf die Kunst.«

Einen Einblick in die Position des *ICAIC* gegenüber der sozialen Rolle des Künstlers und Intellektuellen innerhalb der Revolution vermittelt auf sehr eindrucksvolle Weise *Memorias del subdesarollo (Erinnerungen an die Unterentwicklung,* 1968), ebenfalls von Gutiérrez-Alea. Der Film ist die Antwort auf die *Worte an die Intellektuellen* von Fidel Castro und zugleich eine Konfrontation der kubanischen Kulturschaffenden mit sich selbst. In einer an Godard erinnernden Montage von dokumentarischen Sequenzen, Fernsehnachrichten, Zeitungsausschnitten und Tonbandmaterial zeichnet Gutiérrez-Alea das Bild eines revolutionären Antihelden in einem paralysierten Zustand. Der Protagonist Sergio ist ein kubanischer Intellektueller, Mitglied der ehemaligen kubanischen Bourgeoisie, für den die Revolution lediglich eine intellektuelle Herausforderung darstellt. Er fühlt sich einzig als distanzierter Beobachter der Ereignisse der Jahre 1961/62 nach der Schweinebucht und vor der Kubakrise. Das Ende des Films ist offen. Sergio entscheidet sich weder für noch gegen die Revolution. Statt aber ebenso wie seine Familie die Insel zu verlassen, bleibt er in Kuba. *Memorias del subdesarollo* ist weit weniger erzieherisch, als man vielleicht in einem sozialistisch revolutionären Kontext erwarten würde. Die Stilmittel entsprechen der kinematographischen Innovationsfreudigkeit jener Zeit. Die ausgeformte Montage verleiht dem Film eine aktuelle politische Dimension. Die anderen Stilmittel, wie etwa die direkte Adressierung der Zuschauer, sind der Versuch, mit dem kubanischen Publikum zu kommunizieren. *Memorias del subdesarollo* steht exemplarisch für die Fähigkeit zur kritischen Betrachtung der kubanischen Realität sowohl von seiten der Filmemacher als auch von seiten der kubanischen Funktionäre.

Kritik unerwünscht

► Doch die innovativen Jahre kubanischen Filmschaffens gingen relativ schnell vorüber. Mit der 'revolutionären Offensive' für die

gran zafra, die für 1970 angestrebte 10-Millionen-Tonnen-Zucker-Ernte, ging eine Verschärfung der kulturpolitischen Richtlinien einher. Angesichts des ehrgeizigen wirtschaftlichen Ziels fand eine Militarisierung der Gesellschaft statt. Kritische Kunst war unerwünscht. Die 10 Millionen Tonnen wurden jedoch knapp verfehlt. Das Vertrauen in die Politik der Revolution schwand. Die Insel wurde von einer tiefen innenpolitischen Krise erfaßt. Die folgende politische Konsolidierungsphase bis 1975 und der an den ersten Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas anschließende Prozeß der Institutionalisierung der Revolution waren begleitet von einer Paralysierung des künstlerischen Schaffens im allgemeinen und des Filmsektors im besonderen. Das *ICAIC* verlor seine Unabhängigkeit und wurde Teil des neugestalteten Kulturministeriums. Es erstaunt nicht, daß die kubanischen Filme jener Periode größtenteils durch eine Abkehr von der Experimentierfreudigkeit und von den kritischen Tönen der ersten innovativen Jahre gekennzeichnet waren.

Zwar tauchten immer wieder Filme auf, die auf eine unkonventionelle Weise kritische Schlaglichter auf die kubanische Realität warfen, wie etwa *De cierta manera (Auf eine gewisse Art*, 1974*)* von Sara Gómez und *Retrato de Teresa (Porträt von Teresa,* 1979*)* von Pastor Vega – beides kritische Betrachtungen der Stellung der Frauen im sozialistischen und zugleich machistischen Kuba – oder *Se permuta (Tausche Wohnung,* 1982*)*, in dem Juan Carlos Tabío den Wohnungsmangel in La Habana zu Beginn der 80er Jahre beschreibt. Insgesamt aber war die künstlerische Atmosphäre des Filmemachens beherrscht vom »extremistischen Flügel«,[4] d.h. von Vertretern einer dogmatisch-sozialistischen Position. Begünstigt durch ökonomische Krisen verhinderten sie eine liberale Interpretation filmischen Schaffens. Das *ICAIC* und die Filmemacher waren gezwungen, ihre künstlerischen Ansprüche zurückzuschrauben. Selbstzensur machte sich breit, gegen die die Filmemacher erst Ende der 80er Jahre aufbegehrten.

Gegen Selbstzensur

▶ Der erste Film, der nach langem auch wieder international Aufsehen erregte, war *Alicia en el pueblo de Maravillas* von Daniel Díaz-Torres aus dem Jahr 1991. Gemeinsam mit *Adorables mentiras (Hübsche Lügen)* von Gerardo Chijona, der u.a. die Selbstbereicherung der politischen Funktionäre beschreibt, kann er als Reaktion auf die Debatte kubanischer Filmemacher über ihre bis dahin gängige Praxis der »verantwortungsbewußten Selbstbeschränkung«, ein Euphemismus auf den Begriff der Selbstzensur, gedeutet werden. In dieser Debatte mahnen die Filmschaffenden eine Rückkehr zu den Prinzipien der 60er Jahre an: Freiheit des künstlerischen Ausdrucks, Experimentierfreudigkeit und Nähe zum Publikum (vgl. García Riveron et al. 1988. Der Fluch der Selbstzensur. *Bohemia 34*, 1988).

Daß *Alicia* im Sinne des revolutionären Kinos der 60er Jahre die Kommunikation mit dem kubanischen Publikum wiederaufgenommen hatte, steht außer Frage. Binnen vier Tage strömten Tausende von KubanerInnen in die Kinos. Eine Szene des Films steht exemplarisch für die Wirklichkeitsnähe des Films und den Wiedererkennungswert für die Bevölkerung: Alicia sitzt in einem Lokal und möchte mit ihrem Essen beginnen. Dabei bemerkt sie jedoch ihre eingeschränkte Bewegungsfreiheit. Das Besteck ist an den Tisch gekettet. Diese Filmszene entspringt aus den Erfahrungen von Díaz-Torres als Dokumentarfilmemacher beim *Noticiero*, wo er mit Kollegen in den 80er Jahren auf der Suche nach Skurrilitäten des kubanischen Alltags war. Dabei stießen sie auf ein Lokal, in dem die Griffe der Tassen abgeschlagen waren. Auf die Frage, warum der Inhaber die Tassen kaputt mache, bevor er die Gäste daraus trinken lasse, erwiderte dieser, daß dies eine reine Vorsichtsmaßnahme gegen den umsichgreifenden Diebstahl sei. *Alicia* ist also mehr Realsatire als man glaubt, und angesichts der schwierigen ökonomischen Lage politischer als der Regisseur in Interviews zugeben möchte (vgl. hierzu das Interview mit Díaz-Torres in *iz3w 227*).

Ebenso unzweifelhaft wie der Publikumszuspruch war und ist die Ablehnung des Films von seiten der Funktionäre, die eine derart offene Darstellung der gesellschaftlichen Realität zu Beginn des *periodo especial* nicht zuzulassen bereit waren. Der Film brach eine solch heftige Entrüstung vom Zaun, daß der damalige Leiter des *ICAIC*, Julio Garcia Espinosa, von seinem Amt zurücktreten mußte.

Daß sich diese Situation wieder entspannt hat, beweisen *Madagascar* (1994/95) von Fernando Peréz, eine filmische Metapher auf die *Balsero*-Krise im Sommer 1994, aber auch bereits der nur zwei Jahre nach *Alicia* entstandene Film *Fresa y chocolate (Erdbeer und Schokolade*, 1993) von Tomás Gutiérrez-Alea. Neben der Problematik der Homosexuellen in Kuba greift dieser Film ein altbekanntes Thema des kubanischen Kinos wieder auf: Die Situation der kubanischen Intellektuellen. Diego, der systemkritische schwule Künstler, bekam schon einige Male aufgrund seiner künstlerischen Aktivitäten Ärger mit den Behörden. Er wurde sogar mit einem Berufsverbot belegt. David, der naive Genosse der Kommunistischen Partei, vermutet deshalb zunächst, daß es Diego an Patriotismus mangelt. In einer ergreifenden Szene aber erklärt ihm Diego, daß er genau wie jeder andere Kubaner auch mit ganzem Herzen an seinem Land hänge. Wenn man sich diese Sequenz vor Augen führt und danach in einem Interview mit Daniel Díaz-Torres liest, daß dieser immer wieder seine Solidarität mit Kuba und der Revolution beteuern mußte, so liegt es nahe, *Fresa y chocolate* auch als Replik auf *Alicia* zu lesen. Daß Diego am Ende trotz seiner innigen Verbundenheit mit Kuba die Insel verläßt, ist Sinnbild für die Gefahr, in die sich das kubanische Film- und Kunstschaffen begibt, wenn die Dogmatiker ihren Einfluß auf die kubanische Kulturpolitik beibehalten bzw. sogar erweitern sollten.

Nach der letzten Parteitagsrede von Fidel Castro im Februar 1998 jedenfalls sind die Kulturschaffenden in großer Sorge (siehe Escobar, Reynaldo: *Der Comandante befahl: Schluß!*, taz 4.3.98).

Anmerkungen:

1 In den 50er Jahren gründeten oppositionelle Intellektuelle den Kulturclub Nuestro Tiempo, dessen Ziel es war, der Bevölkerung die kubanische Kultur näher zu bringen. Seine Filmabteilung, das heißt die heute bekannten Filmemacher Julio Garcia Espinosa, Tomás Gutiérrez-Alea und Jorge Haydú, drehte 1956 den gesellschaftskritischen Film *El Mégano (Der Köhler)* über kubanische Köhler und Holzarbeiter. Sofort nach seinem Erscheinen fiel der Film der Zensur zum Opfer und die Filmemacher wurden verhaftet.

2 Das *cine didáctico* steht in Zusammenhang mit der Befreiungspädagogik von Paulo Freire und dessen Begriff der *concientización*. In diesem Sinne dient »Erziehung« der Bewußtwerdung der Bevölkerung über ihre Abhängigkeitssituation und miserablen Lebensumstände.

3 Fidel Castros *Worte an die Intellektuellen* stellten 1961 die erste Grundlegung der kulturpolitischen Richtlinien in Kuba dar. Castro, Fidel 1961. Palabras a los intelectuales. In *Revolución, Letras, Arte* 1980. Editorial Letras Cubanas: La Habana.

4 Gutiérrez-Alea, Tomás 1996. Bis zu einem gewissen Punkt. Interview von Michael Chanan. *iz3w 218*, 12/96.

Filmographie:

Adorables mentiras, Kuba/Spanien 1991, Gerardo Chijona, F, 100';

Alicia en el pueblo de Maravillas, Kuba 1991, Daniel Díaz-Torres, F, 93';

De cierta manera, Kuba 1974, Sara Gómez, F, 79';
El mégano, Kuba 1955, Tomás Gutierrez-Alea, Julio García Espinosa und Jorge Haydú, sw;

Fresa y chocolate, Kuba/Mexiko/Spanien 1993, Tomás Gutiérrez-Alea und Juan Carlos Tabío, F, 110';
Hanoi, martes 13, Kuba 1967, Santiago Alvarez, sw, 34';

L.B.J., Kuba 1968, Santiago Alvarez, sw, 17';

Lucía, Kuba 1968, Humberto Solas, sw, 163';

La muerte de un burocrata, Kuba 1966, Tomás Gutiérrez-Alea, sw, 80';

Madagascar, Kuba 1994/95, Fernando Peréz, F, 50';

Memorias del subdesarollo, Kuba 1968, Tomás Gutiérrez-Alea, sw, 93';

P.M., Kuba 1961, Saba Cabrera Infante, sw;

Retrato de Teresa, Kuba 1979, Pastor Vega, F, 103';

Se permuta, Kuba 1982, Juan Carlos Tabío, F, 95';

79 Primaveras, Kuba 1969, Santiago Alvarez, sw, 25'.

▶ **Volker Kull** ist Ethnologe und hat über den kubanischen Filmemacher Santiago Alvarez promoviert.

Die Sache mit dem deutschen Paß

▸ Einbürgerung ist angesagt. Zumindest für ausländische Jugendliche in Frankfurt am Main, wo das 'Amt für multikulturelle Angelegenheiten' eine Kampagne mit Plakaten, Faltblättern, Infolines und Konzert gestartet hat. Schöne junge Menschen werben von Plakatwänden für den deutschen Paß, der »viele Vorteile bietet« – schließlich kann der- oder diejenige damit »das Land, in dem du lebst, mitgestalten«. Einbürgerung in Deutschland heißt jedoch immer auch Ausbürgerung aus dem »Herkunftsland«, denn eine doppelte Staatsbürgerschaft sieht die bundesdeutsche Gesetzgebung für Menschen ohne ein deutsches Elternteil nicht vor. Und das ist ganz im Sinne der FAZ: »Denn eines Tages muß in der Lebensplanung der jungen Ausländer so oder so die Entscheidung fallen.« Fragt sich nur, was Lebensplanung damit zu tun hat, ob ein oder zwei Pässe in der Schublade liegen...

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich zwar auf Bundesebene für die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft ein – aber nicht in Frankfurt, wo eine Bündnisgrüne als Stadträtin für multikulturelle Angelegenheiten und damit auch für die Einbürgerungskampagne zuständig ist. Hier wird die Ausbürgerungsberatung gleich mitangeboten: »Wenn du Fragen hast zu den Ausbürgerungswegen aus deinem jetzigen Heimatland, dann berät dich auch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten«, verspricht das Faltblatt.

Die Frankfurter Kampagne für Einbürgerung ist gedacht als Gegenaktion auf die Verschärfungen des Aufenthaltsrechts, die Bundesinnenminister Kanther im vergangenen Sommer festsetzte. Kinder von GastarbeiterInnen aus den ehemaligen Anwerbestaaten brauchen seither ein Visum, um in die BRD einzureisen. Sind sie hier geboren, benötigen sie jetzt von Geburt an eine Aufenthaltsgenehmigung. Als »Vertrauensbruch« bezeichnete eine Mitarbeiterin des Frankfurter Amtes die Verschärfungen von Kanther. Den ausländischen Jugendlichen gibt sie dennoch als Message auf den Weg: »Seht das nicht ideologisch – wir brauchen euch«.

Mit ihrer Aktion kleben die bündnisgrünen Multikulti-FreundInnen auf kommunaler Ebene das Porzellan, das Kanther bundesweit zerbrochen hat. Der wird sich freuen, wird hier doch von unerwarteter Seite der praktische »Beweis« erbracht: Für den deutschen Paß und seine »vielen Vorteile« stellen ausländische Jugendlichen auch einen Ausbürgerungsantrag. Und das sogar, obwohl z.B. Kroatien oder die Türkei hohe Gebühren für die Ausbürgerung fordern. 20 bis 40 Anfragen pro Woche sind in Frankfurt zu vermelden – »Unsere Kids fühlen sich total angesprochen«, heißt es. Wer wird denn bei so einer erfolgreichen Kampagne noch ernsthaft auf Bundesebene für die doppelte Staatsbürgerschaft eintreten wollen? Multikulti ja bitte, aber nur mit einem deutschen Paß.

afw

Folkloristisch die Welt erleben

▸ In Bayern, der Hochburg folkloristischer Klischees vom Gamsbart hin zur Weißwurscht, blickt man zunehmend über die Landesgrenzen. Die »Promotion und Entertainment-Agentur« eines gewissen Aloisius Bernhard Landgraf aus München schickte uns unlängst ein schönes Fax mit dem Titel »Folkloristisch die Welt erleben«. Er plant einen »Welt-Reise-Markt« für den »Endverbraucher« und sucht weitere Mitstreiter. Das Ziel der Veranstaltung, so wie es in seinem elegant formulierten PR-Text vorgestellt wird: »Reiseinteressiertem Publikum soll auf folkloristischem und kulinarischem Weg nahes und fernes Urlaubsland schmackhaft gemacht werden. Nicht allein das Land soll dem Besucher vorgestellt werden, sondern über Essen und Trinken während der Urlaubszeit mit kulinarischen und folkloristischen Schmankerln aus dem jeweiligen Land soll die Urlaubsbuchung 'durch den Gaumen und die Augen' forciert werden.«

Und weil derlei Urlaubsstreifzüge nicht ganz billig sind, weist der Landgraf vorsorglich darauf hin, daß sein Reisemarkt im Münchner Osten, »einer sehr exclusiven Wohngegend mit potenten Kunden«, stattfindet. Irgendwie sympathisch, das ganze Unternehmen. So dreist wie der bayerische Multi-Kulti-Folklorist würde z.B. die *Internationale Tourismusbörse* in Berlin (ITB) niemals bei den »Endverbrauchern« für die touristische Ware werben. Dort stellt man es geschickter an.

cst

Politik des schlechten Gewissens

▸ Die von *Germanwatch*, Verkehrsbürgerinitiativen und *B'90/ Die Grünen* geforderte Kerosinbesteuerung zur Eindämmung des rasant wachsenden Luftverkehrs wird in absehbarer Zeit kaum politisch durchsetzbar sein. Die Standortpolitiker jeglicher Couleur blockieren derlei Vorhaben schon seit Jahren. Was bleibt anderes übrig, als an die Einsichtigkeit der Reisenden zu appellieren? Folgerichtig fordert die tourismuspolitische Sprecherin von *B'90/ Die Grünen*, Halo Saibald, in einem Antrag der Bundestagsfraktion die Angabe des Energieverbrauchs von Flugreisen. Nach ihren Vorstellungen soll der Hinweis »Flugreisen belasten die Umwelt« zukünftig auf allen Flugscheinen und Reise-

katalogen erscheinen. Ähnlich wie bei den derzeit schon verbindlich vorgeschriebenen Verbrauchsangaben für Haushaltsgeräte soll bei jedem Flugangebot der Energieverbrauch pro Kopf angegeben werden. Als Ergänzung soll auch der Verbrauch bei einer Bahnreise zum gleichen Ziel, sofern möglich, angegeben werden.

Der zunehmenden Fernreiselust der Deutschen, Österreicher und Schweizer werden diese Angaben kurzfristig vermutlich kein Ende bereiten. Aber schaden kann diese Politik des schlechten Gewissens bei den Fernfliegern, die für einen zweiwöchigen Urlaub mal eben 30.000 km zurücklegen, sicherlich nicht. Zumindest können sie sich dann nicht mehr mit dem dümmlichen Argument herausreden, ein moderner Jet verbrauche ja »nur 3,5 Liter auf 100 km«.

cst

Das Europa der Konzerne

▸ Das zentralisierte politische System der EU ist ein idealer Tummelplatz für industrielle Lobbyorganisationen. Weitreichende Beschlüsse werden in Geheimverhandlungen von kaum bekannten Komitees gefällt, Entscheidungsträger wie die EU-Kommissare müssen sich keinen Wahlen stellen und die öffentliche Aufmerksamkeit ist gering. Kein Wunder, daß allein in Brüssel 10.000 Lobbyisten aktiv sind!

Obwohl in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, ist der 1983 gegründete *European Roundtable of Industrialists (ERT)* die wohl einflußreichste Interessensgruppe in Europa. Ihr gehören 45 Vorstandsvorsitzende von europäischen Multis an, welche zusammen einen Jahresumsatz von über einer Billion DM machen. Deutschland wird durch die Konzerne Bayer, Veba, Bosch, Daimler Benz, Siemens, Bertelsmann und Krupp vertreten.

Auf dem Wunschzettel des ERT steht die Schwächung der Umwelt- und Sozialgesetze, Steuerabbau, die EU-Osterweiterung sowie Deregulierungsmaßnahmen und Privatisierungen in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Transport. Im Arbeitsrecht wird eine maximale Flexibilisierung bezüglich Löhnen, Arbeitszeiten und Kündigungsschutz angestrebt. All diese Entwicklungen sollen möglichst auf höchster europäischer Ebene und ohne Beteiligung der Bevölkerung vorangetrieben werden.

Zu speziellen Fragen wie Telekommunikation, Wettbewerbsfähigkeit oder Gentechnik bilden sich Arbeitsgruppen aus ERT-Mitgliedern und EU-Politikern; Gewerkschaften, VerbraucherInnen und Verbände bleiben außen vor. Für die Ausarbeitung von Detailfragen gibt es ein ganzes Bündel von weiteren Lobbygruppen, die dem ERT nahestehen und die von fertig formulierten Vorschlägen für Gesetzestexte bis zu Einzelgesprächen mit Abgeordneten alle Möglichkeiten der Beeinflussung ausnutzen. Die wichtigste dieser assoziierten Gruppen ist die europäische Arbeitgeberorganisation *Union of Industrial and Employers´ Confederation of Europe* (UNICE), die allein in 55 Arbeitsgruppen organisiert ist und in Spitzenzeiten bis zu 1000 MitarbeiterInnen mobilisieren kann. VertreterInnen des UNICE sind bei praktisch jeder Diskussion zu europarelevanten Themen vertreten, legen detaillierte Gesetzesentwürfe vor (die häufig wörtlich in EU-Programme übernommen werden) und bombardieren Abgeordnete und Pressevertreter mit Stellungnahmen.

Das ERT hat zahreiche Unterorganisationen, wie z.B. das *European Centre for Infrastructure Studies*, welches detaillierte Pläne für den Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserwegen vorlegt, oder den *World Business Council for Sustainable Development*, der sich als das »grüne Gewissen« der Industrie bezeichnet und dabei vor allem die Interessen der Chemie-, Gen- und Ölindustrie vertritt. Desweiteren gründeten 500 europäische Firmen, darunter Bayer, BASF und Hoechst, 1996 den Gentech-Lobbyverband *EuropaBio*, dessen Hauptziel es ist, gesetzliche Schranken der Gentechnik abzubauen.

Die Lobbyarbeit der Konzerne beschränkt sich jedoch nicht nur auf die EU, sondern transnationalisiert sich zunehmend. Im Jahr 1995 wurden vom US-Handelsministerium und der EU-Kommission (also von offizieller Seite) in Kooperation mit dem ERT der *Transatlantic Business Dialogue* (TABD) gegründet. Der TABD operiert durch seinen offiziellen Status als beratendes Organ der EU-Kommission in der Grauzone zwischen Lobbyverband und offizieller EU-Organisation. Die Ziele des TABD decken sich weitgehend mit denen des ERT, für die europäische Seite haben dabei die USA mit ihren minimalen Arbeits- und Sozialgesetzen eine Modellfunktion inne. Gefordert werden freie Märkte für Produkte, Investitionen und Dienstleistungen, abgelehnt werden Umweltschutzauflagen, Arbeitsschutzbestimmungen sowie jeglicher Schutz lokaler Märkte. Prompt beeilte sich die EU-Kommission nach dem letzten TABD-Treffen in Chicago in vorauseilendem Gehorsam zu versichern, daß »die Kommission ebenso wie die US-Regierung weiterhin eng mit den Wirtschaftsvertretern kooperieren wird«.

▸ Weitere Informationen zu diesem Thema bei der *Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 150418, 40081 Düsseldorf, Tel: 0211/ 333 911,*
e-mail: Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de

Fehlleistung I

▸ Folgende Ankündigung konnte man unlängst vielerorts lesen: »Die Armen zuerst – MISEREOR-Fastenaktion 1998«. Hmm. Wie meinen die das?

Fehlleistung II

▸ Zugegeben: Die Öffentlichkeitsarbeit vieler Dritte-Welt-Initiativen ist ziemlich moralisierend, spaßfeindlich und deshalb langweilig. Das hat sich auch die umtriebige *Aktion 3. Welt Saar* gedacht und in jüngster Zeit gleich zwei Initiativen losgetreten, die sie wohl witzig findet. Während die Kritik der SaarländerInnen an den »Brot statt Böller«-Appellen von *Brot für die Welt* zum Jahreswechsel noch nachvollziehbar war, ist mit der jüngsten PR-Aktion jedoch endgültig der Linkspopulismus ausgebrochen. »Das haben wir nicht gewollt«, kommentiert die *Aktion 3. Welt* in einer bundesweit verbreiteten Pressemitteilung den möglichen Ausfall von sechs Fußballbundesligaspielen aufgrund der Bindung starker Polizeikräfte anläßlich der geplanten Castortransporte Ende März. »Wir halten das kurzfristige Aussetzen der Castorblockaden für eine denkbare Alternative, denn wir wollen uns wegen der Blokkaden kein Fußballspiel entgehen lassen«, biedern sich die SaarländerInnen bei der Fußballnation an. Werte KollegInnen: Ball flachhalten!

cst

Streichkonzert in Baden-Württemberg

▸ Die öffentlichen Aufwendungen für die Entwicklungshilfe werden schon seit Jahren reduziert. Doch während sich in der entwicklungspolitisch interessierten Öffentlichkeit gegen die Etatkürzungen des BMZ ein zwar nicht massiver, jedoch vernehmbarer Protest richtet, bleiben die Kürzungen in den Länderhaushalten nahezu unbeachtet. Bei-

spiel Baden-Württemberg: Dort wurden von der CDU/FDP-Landesregierung die Mittel für Entwicklungsprojekte von NGOs innerhalb von nur fünf Jahren um 90% gekürzt. Während Ministerpräsident Teufel in Sonntagsreden die Arbeit der NGOs wegen ihrer Flexibilität und günstigen Kosten-Nutzen-Relation lobt, wurde die Unterstützung im Haushalt 1998 auf lächerliche 473.000 DM heruntergefahren. Dieser Betrag reicht gerade aus, um alte Projektzusagen abzuwickeln; neue Projekte können nicht mehr gefördert werden. Betroffen vom Streichkonzert ist auch das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Dritte-Welt-Ländern in Baden-Württemberg, das für sie eine wichtige Ergänzung des Hochschulangebots darstellt.

Mitte Februar wurde von der Regierungsmehrheit im Landtag der Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgelehnt, der eine Aufstockung der Mittel für die NGOs um eine Mio. DM vorsah und auch die Mittel für die staatliche Entwicklungshilfe um 2,6 Mio. DM erhöhen wollte. *cst*

Ein Massaker als Vorwand

▶ Die Ermordung von 45 Menschen in der zumeist von Kriegsflüchtlingen bewohnten Ortschaft Acteal (Chenalhó) durch paramilitärische Gruppen im Dezember 1997 und die zunehmende Militarisierung von Chiapas sind Ausdruck einer immer härteren Politik der mexikanischen Regierung gegenüber den Bewohnern jener Ortschaften, die mit dem EZLN sympathisieren. Bei dem Überfall handelte es sich nicht um eine militärische Auseinandersetzung. Die Opfer des Massakers, meist Kinder und Frauen, waren nicht bewaffnet. Um ihre Flucht zu verhindern, wurden sie von mehreren Gruppen gleichzeitig angegriffen. Unter den Paramilitärs befanden sich Mitglieder der Staatspartei PRI aus den Ortschaften Los Chorros, Puebla, La Esperanza und Quextic. Los Chorros und Puebla gelten als Basis der Paramilitärs, die, unterstützt von Großgrundbesitzern, Politikern der PRI und der extremen Rechten, in Chenalhó operieren.

Nicht einmal die Regierung bestreitet, daß die Täter zu paramilitärischen Gruppen gehören, die in Chiapas straflos rauben, Häuser niederbrennen, Menschen entführen und die indigene Bevölkerung seit Jahren bedrohen und ermorden. Sie behauptet aber, es handele sich um gewalttätige Gruppen, die ausschließlich von Kaziken (Vorsteher indianischer Gemeinden) und Grundbesitzern bezahlt werden. Vor dem Hintergrund, daß die Region seit vielen Jahren militarisiert ist und daß das mexikanische Militär sich im Unterschied zur Geschichte und Gegenwart anderer lateinamerikanischer Staaten immer als Arm der Regierung verstanden hat, erscheint es einigermaßen unglaubwürdig, daß die moderne und gut ausgerüstete Armee nicht in der Lage sein soll, die paramilitärischen Gruppen festzunehmen. Deren Mitglieder verbergen sich nicht im Urwald, sondern kehren an ihre Heimatorte zurück und sind der Bevölkerung des Gebiets bekannt.

So lautet die Version der Nichtregierungsorganisationen und der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) denn auch, daß die Gruppen nicht unabhängig handeln, sondern vielmehr von der Regierung unterstützt, ausgebildet und bezahlt werden. Dieser Auffassung entspricht das Verhalten der Regierung gegenüber den Zapatisten. Auf der einen Seite lädt sie zwar zum Dialog ein und beteuert ihr Interesse an einer friedlichen und demokratischen Lösung. Auf der anderen Seite betrachtet sie die Waffenniederlegung als Vorbedingung und nicht als mögliches Ergebnis von Verhandlungen – ungeachtet der Tatsache, daß sie bereits unterschrieben hat, das EZLN als politischen Gesprächspartner mit juristischem Status anzuerkennen, der auch solange unter Waffen stehen darf, wie er diese nicht zu offensiven Aktionen nutzt. Auch andere im Vertrag von San Andrés bereits im Februar 1996 gemachten Versprechen – wie die Anerkennung der indianischen Gemeinschaften in der Verfassung, ihr Recht auf Selbstbestimmung und Autonomie, die Ausweitung ihrer Mitbestimmungsmöglichkeiten und ihrer politischen Vertretung sowie die Respektierung ihrer Traditionen – hat die Regierung nie eingehalten.

Vielmehr ist der Überfall von Acteal Beispiel einer neuen Strategie der Regierung. Neben der Mißachtung des EZLN als politischem Subjekt und dem Krieg niederer Intensität werden jetzt auch die wichtigsten Orte im Gebiet der Zapatisten militärisch besetzt und ihre zivile Basis systematisch angegriffen, wozu man sich u.a. paramilitärischer Gruppen bedient. Gleichzeitig versucht die Regierung die Anwesenheit des Militärs in Chiapas zu rechtfertigen, indem sie das Massaker von Acteal zum »Konflikt verschiedener Gemeinschaften« erklärt und behauptet, das Militär erfülle die Aufgabe, »Zusammenstöße zwischen verschiedenen indianischen Gemeinschaften zu verhindern, bzw. den am stärksten marginalisierten Gemeinschaften Lebensmittel, Kleidung und Medikamente zu bringen«. Tatsächlich geht es ihr darum, die Zivilbevölkerung einzuschüchtern und das Funktionieren der autonomen Gemeinden zu behindern. Auf diese Weise versucht man, die Zapatisten an den Verhandlungstisch zurückzuzwingen, ohne daß die Regierung minimale Zugeständnisse gemacht hätte. Der Vormarsch der Armee ist offensichtlich eine Provokation, um die Zapatisten zu einer militärischen Reaktion zu verleiten und dadurch einen Vorwand zu haben, um sie »im Namen des Gesetzes und des Rechtsstaates« anzugreifen.

Silvia Alvarado

Demokratische Einsamkeit

Bücher zur Diskussion um Medien und Demokratie

▸ Die multimediale Welt der Zukunft läßt alte Hoffnungen auf ein gleichberechtigtes Miteinander aufgeklärter BürgerInnen wiederaufleben. Die kommunikativen Medien Internet und e-Mail, zusehends vernetzt mit den Tele-Medien, bieten, so die demokratischen Hoffnungen, Platz für Austausch und Diskussion. In den USA ist die Frage nach der **Elektronischen Demokratie** ein bereits vieldebattiertes Thema.

Martin Hagen zeichnet in seinem gleichnamigen Band diese Diskussionen nach, die darum kreisen, »ob und wie die neuen Kommunikationstechniken genutzt werden können, um das politische System so zu reformieren bzw. zu verbessern, daß Stellung und Macht des demokratischen Souveräns, des demos, gegenüber anderen Staatsorganen, besonders Exekutive und Legislative, gestärkt werden können.« Streng strukturiert führt der Autor zunächst das politische System der USA, dann die mediale Wirklichkeit aus und schließlich beide zusammen. Und siehe da – sie ergänzen sich. »Computernetzwerke lassen sich wenigstens theoretisch zur Steigerung der politischen Beteiligung auf seiten der Bevölkerung und damit zur Stärkung des demokratischen politischen Systems einsetzen.« Die Konzepte faßt Hagen in drei Gruppen zusammen. Die Teledemocracy-Befürworter setzen auf die Weiterentwicklung des interaktiven Fernsehens als Medium einer direkten Demokratie. Ähnliche Ziele werden mit der Cyberdemocracy angestrebt. Der Computer als Nabel der Netzwelt soll als Kommunikationsmedium die Bürgerbeteiligung am politischen Entscheidungsprozeß fördern. Das Konzept der Electronic Democratization dagegen sieht lediglich »eine Verbesserung repräsentativdemokratischer Elemente zur Bekämpfung von Apathie und mangelnder politischer Beteiligung« vor. Leider hört hier die Analyse auf. Die Frage, was technisch möglich ist, wird umfassend beantwortet. Offen bleibt, wie eine solche technische Entwicklung die »Apathie« beseitigen soll.

Die **Virtuelle Demokratie** sei, glaubt dagegen Léo Scheer, bereits Ausdruck eines Desinteresses an der Politik. »Die Informationsgesellschaft kann auf das Politische, wie wir es kennen, verzichten, es interessiert sie nur noch am Rande. Sie kann mit der Inszenierung des Staates nichts mehr anfangen, zumal diese sie langweilt.« Ursache sei die »räumlich-zeitliche Implosion«, denn »in der Augenblicklichkeit sind die Dinge bereits geschehen, bevor irgendeine Macht die Zeit gehabt hätte, sich ihrer zu bemächtigen«. Die virtuelle Welt verschmilzt in diesem Bild mit der realen. Scheer beschreibt Las Vegas als Modell der Mediengesellschaft. Dort ist die Konkurrenz »so groß und der angebotene Service (...) derart identisch, daß es gar keinen anderen Weg gibt, als alles kostenlos zu machen, das Zimmer, das Essen und letztlich alles, was nicht zum Spiel gehört, damit das Geld dort hinkommt, wo man wirklich mit ihm umzugehen versteht: ins Netz der Maschinen.« Die Rückkehr der Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens ins Single-Heim, mittels Teleworking, Telebanking und Telekommunikation leichtgemacht, trägt bei zur Auflösung von Schicksalsgemeinschaften, den Grundlagen für Staat und Nation. »Folglich zählt die Politik heuzutage zu jenen veralteten Bereichen, über die der Fernsehzuschauer einfach 'hinwegzappt'.«



So wie die Amsterdamer »agentur bilwet«. In ihrem neuen Werkchen **elektronische einsamkeit** zappen die Autoren durch die Medienwelt. Teils zynisch, teils gelangweilt, teils wütend – jedoch durchgehend desillusioniert kommentieren sie die neue Erlebnis- und Informationswelt. »Bilwets Bewegungslehre aus den achtziger Jahren enthielt noch eine Analyse. (...) Nun, da der kurze Sommer der Medien hinter uns liegt und die post-mediale Welt auf sich warten läßt, sind Analyse und Spekulation überflüssig, denn es stehen keine Ereignisse und keine Möglichkeitsräume zur Verfügung. Im nackten Angesicht der Guten Absicht kann man nur noch kotzen.« Die Bilwets sehen nicht nur das Ende alter Politik- und Demokratiemuster, sondern nehmen nun bereits Abschied vom Medienzeitalter. »Die Eltern bleiben zu Hause, an den Bildschirm gekettet, um niemals davon los zu kommen. Hier finden sie Gleichgesinnte und tauschen ihre Ratlosigkeit aus.« Die Mediengeneration dagegen zieht es raus. »Wenn man Computer schon im Alter von vier Jahren ergründet hat, kann das Netz nie mehr die Domäne der Rebellion bilden. (...) Die primäre Sozialisation zum unmöglichen Jugendlichen (...) verwandelt die Medien in eine bedeutungslose Instanz, von der weder Macht noch Inspiration ausgeht.«

Für die Gegenwart empfehlen die beiden Bilwets Geert Lovink und Pit Schultz in der **netzkritik** ein aktives Eingreifen in die Netzwelten, denn es »geht um eine bestimmte Umgangsweise mit dem Netz, keine Theorie, sondern eine Theoriepraxis«. Sie versuchen Beispiele zu geben »für Ansätze, das Medienmonopol auf allen Stufen zu brechen«. Der Sammelband liefert interessante Beispiele der »Subpropaganda« und »Gegenöffentlichkeit«, zeigt aber auch die Grenzen des Internet. Mehr noch: Katja Diefenbach sieht im »Mythos Kommunikationsguerilla« eine technikdeterministische Position. »Auch Hacker und Cyberpunks, die man eigentlich für die natürlichen Feinde des neuen Sicherheitsdiskurses halten könnte, nehmen an der Fetischisierung des Datenverkehrs teil«.

Gegenöffentlichkeit herzustellen ist in vielen Ländern des Südens ein weitaus schwierigeres Unterfangen. **Zum Beispiel Internet** stellt die Ansätze und Schwierigkeiten der Einführung des neuen Mediums anhand mehrerer Kurzbeiträge vor. Die Hoffnung, das Medium möge zur Demokratisierung und zum Widerstand in China, dem Iran oder Kambodscha beitragen, zieht sich durch den Band. Die Kritik richtet sich daher vornehmlich gegen den erschwerten Zugang zum Netz für viele User des Südens. »Nur 12 der 54 afrikanischen Nationen sind ans Netz angeschlossen.« Während der Ausschluß vom medialen Weltgeschehen ganze Gesellschaften betrifft, wird anderswo bereits die elektronische Einsamkeit prophezeit. Die Frage nach der demokratischen Bedeutung der Medien muß unbeantwortet bleiben.

Jan Bongers

▸ *Martin Hagen: Elektronische Demokratie. Computernetzwerke und politische Theorie in den USA. LIT Verlag Münster 1997, 136 Seiten, 39,80 DM.*

▸ *Jutta Lietsch: Zum Beispiel Internet. Süd-Nord-Reihe im Lamuv Verlag Göttingen 1994, 94 Seiten, 12 DM.*

▸ *nettime (hg): Netzkritik. Materialien zur Internet-Debatte. Edition ID-Archiv, Berlin 1997, 221 Seiten, 28 DM.*

▸ *Léo Scheer: Die virtuelle Demokratie. Rotbuch Rationen Hamburg 1997, 135 Seiten, 29,80 DM.*

▸ *Agentur bilwet (Hg): elektronische einsamkeit. Supposé Köln 1997, 111 Seiten, 24,80 DM*

Lateinamerikas Linke

▶ Der Kollaps des »realexistierenden Sozialismus« hat unterschiedlichste Effekte ausgelöst. Für Lateinamerika gilt insbesondere, daß seither die Grenzen emanzipatorischer Politik enger gezogen sind. Andererseits können sich innerhalb der neuen Koordinaten auch Debatten und Bewegungen entfalten, frei von jenen ideologischen Dichotomismen, die für die Dekaden vor 1989 typisch waren. Die relevante Frage ist zunächst also weniger die nach der Stärke einer vermeintlich singulären »Linken«. In Zeiten, da Konturen verwischen und vielerorts das politische »Jenseits von links und rechts« propagiert wird, steht das Verständnis dessen, was »links« ist und sein soll, mehr denn je zur Disposition.

Das jüngst von Albert Sterr herausgegebene Buch **Die Linke Lateinamerikas – Analysen und Berichte** unternimmt eine breit angelegte Bestandsaufnahme. Auch wenn der Titel anderes nahelegt, wird keineswegs eine verallgemeinernde Perspektive angestrebt. Der Begriff »Linke« ist in einem sehr weiten und pluralen Sinne zu verstehen. Anhand verschiedener Länderbeiträge entsteht ein umfassender Eindruck über die vielfältigen und heterogenen Entwicklungen neuer politischer Terrains, Tendenzen und Strategien für emanzipatorische Projekte. Hierfür wird selektiv und auf dem Hintergrund der je spezifischen Traditionen und polit-ökonomischen Kontexte die politische Praxis diverser Parteien bzw. ehemaliger Befreiungsbewegungen reflektiert – etwa die der Lavalas-Bewegung auf Haiti, der FSLN und FMLN in Zentralamerika oder der PT in Brasilien. Auch die Entwicklung bedeutender sozialer Bewegungen wie die der Landlosen in Brasilien oder der EZLN in Mexiko wird analysiert. Eine ausführliche Einleitung des Herausgebers und Themenbeiträge über Geschichte und aktuelle Entwicklungen der Befreiungstheologie, der sozialen Bewegungen und des Guerillakampfs in Lateinamerika ordnen die besonderen gesellschaftlichen Prozesse in einen breiteren Kontext ein.

Diese progressiven Projekte orientieren sich zunehmend an demokratischen, teilweise auch radikal-demokratischen Forderungen und entfernen sich zunehmend von den einstigen politisch-ideologischen Ordnungsrastern. Doch eben darin verbergen sich auch Probleme, die zuweilen, wie der Herausgeber bemerkt, in der »blauäugigen Beschwörung von Sozialpakt oder Zivilgesellschaft« zum Ausdruck kommen. Am Beispiel der vielzitierten Zapatisten in Mexiko zeige sich dieses Problem. Einerseits würden sie als Vorboten einer »Dritten Welle« von Guerillabewegungen interpretiert, andererseits läge ihre große 'Schwäche gerade darin, »daß (sie) zu gesellschaftlichen Schlüsselfragen keinen eigenen, klaren Standpunkt haben«.

Wie an dieser These exemplarisch deutlich wird, eröffnet das Buch ein weites Feld möglicher Fragen und Auseinandersetzungen. Bereits die Zusammensetzung der Autoren – Akademiker, Journalisten, Politiker und Soli-Aktivisten von beiden Seiten des Ozeans – verspricht eine Vielzahl unterschiedlicher Perspektiven und Einschätzungen. Das ist die Stärke des Buches. Gerade die Vielzahl sich widersprechender und streitbarer Texte kommt der realen Heterogenität der politischen Projekte recht nahe und bietet zugleich einen informativen Überblick.

Leerstellen bleiben jedoch nicht aus: Den Focus auf die Vielzahl »linker« Projekte zu richten, muß nicht bedeuten, »rechte« oder repressiv-reaktionäre lediglich als Kontrastfolie zu verwenden. Schließlich beeinflußt die Resonanz auf letztere nicht nur in bedeutsamem Maße die Reichweite einer emanzipatorischen Politik, ihre Analyse würde zudem einen differenzierteren Blick auf die jeweiligen Stimmungen ermöglichen. Vor diesem Hintergrund wäre Sterrs streitbare These, daß zur Zeit allen widrigen Umstände zum Trotz »linke Wahloptionen auf dem Kontinent stärker sind als je zuvor«, zu diskutieren. Mit der zunehmenden sozialen Polarisierung im Zuge fortschreitender neoliberaler Anpassungspolitik dürften diese nicht unmittelbar etwas zu tun haben. Die Entstehung politischer Hegemonie unterliegt komplexeren Bedingungen, beinhaltet sowohl eine Vielzahl möglicher Wege als auch mächtiger Hindernisse – das Buch selbst liefert hierfür vielfältige Indizien. *Jens Winter*

▶ *Albert Sterr (Hg.), Die Linke in Lateinamerika – Analysen und Berichte, Neuer ISP Verlag - Rotpunktverlag, 1997, 318 Seiten, 38 Mark.*

Neoliberales Lateinamerika

▶ Es erscheint wie der Kampf Davids gegen Goliath: der Aufstand der Shuar-Indianer im Amazonasgebiet Ecuadors gegen transnationale Erdölkonzerne oder der Zusammenschluß von Frauen in den Maquiladoras El Salvadors gegen die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse der Großbetriebe. Gegenüber der fortschreitenden Globalisierung des Marktes und dem multinationalen Finanzkapital, das durch den neoliberalen Umbau des Staatskapitalismus in den Ländern Lateinamerikas immer mehr auch politischen Einfluß bekommt, scheinen Nachbarschaftsbewegungen, ökologisch motivierte Gruppen oder lokal aufbrechende Widerstände zunächst nur wie winzige Tropfen auf den heißen Stein. Und doch, so der Tenor des Buches **Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus**, verwirkliche sich dadurch die historisch gewachsene Identität des Widerstandes und die Kultur der Solidarität Lateinamerikas. ▶

Den Analysen der wirtschaftlichen und politischen Situation in verschiedenen, exemplarisch aufgezeigten Ländern Lateinamerikas folgen Beispiele des Widerstandes. In Mexiko, das nach offiziellen Bilanzen den Sprung in die erste Welt geschafft hat, wurde seit dem Währungscrash Weihnachten 1994 *la crisis* zum *mexican way of life*. Privatisierungen, Kürzungen der Staatsausgaben und Subventionen sowie die Liberalisierung der Importe, durch einen künstlich aufrecht erhaltenen Wechselkurs gestützt, verdreifachten innerhalb von 10 Jahren die Zahl der Armen. Besonders die Landwirtschaft wurde durch die Umstellung auf die Bedürfnisse des Weltmarktes in eine Strukturkrise gestürzt, so daß der Hunger in Mexiko wieder Einzug hielt. Gewinner dieser Wirtschaftspolitik war neben den USA die reiche Oberschicht, die 1996 mit 15 Multimillionären in den Hitlisten des Forbes-Magazins auftauchte.

In dieser Notstandssituation wurde aber auch revolutionäres Gegenpotential aktiviert. Die Zapatisten in Chiapas standen am Beginn einer Reihe widerständiger Gruppen unterschiedlicher Couleur – Frauen, Jugendliche, Indios und verarmte MittelschichtlerInnen, deren Vision einer zivilen Gesellschaft sie eint. Hoffnungsvoll hören sich die Beispiele des Kampfes gegen die Diktatur des Welthandels in diesem Buch an. Auch visionäre Stimmen, wie die von Subcomandante Marcos, Leonardo Boff und Eduardo Galeano, fehlen nicht. Die Gefahr, ins Illusorische abzudriften, wird durch eine Vielzahl von Zahlen und Fakten über einzelne Länder gebannt. Diese weisen im übrigen auch nach, daß globales Wachstum unter den Fahnen von Liberalität und Fortschritt nicht mehr als ein Mythos ist. *Verena Rangke*

▸ *Leo Gabriel (Hg.), Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus. Brandes & Apsel / Südwind, 1998, 208 Seiten, 29,80 DM.*

Neoliberales Indien

▸ Indien, das lange eine »relativ« eigenständige Wirtschaftspolitik gegenüber den Institutionen des Weltmarkts versuchte, ist seit spätestens 1991 auf dem Liberalisierungstrip. Seitdem greifen auch dort die Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF (*vgl. iz3w Nr. 223+224*). Wie überall zu Zeiten der Globalisierung schallt es auch in Indien von allen Höhen, daß es nun vor allem darauf ankomme, Kapital ins Land zu holen, weil dies Arbeitseinkommen, technologischen Fortschritt und Steuern einbringe.

Aus der Sicht der Public Interest Research Group (PIRG), einer indischen NGO, beschreibt Kavaljit Singh in gut verständlichem Englisch die Motive deutscher Konzerne für Investitionen in Indien: **The Reality of Foreign Investments – German Investments in India (1991-1996)**. Er kommt dabei zunächst zu wenig überraschenden Ergebnissen: Ausgeprägte Lohnkostenvorteile in Verbindung mit zahnlosen Arbeitsschutzgesetzen und extrem schwache Umweltauflagen sind Investitionsanreize wie in vielen anderen Staaten auch. Aufgrund der allgemeinen Assoziation von Indien mit Armut dürfte hierzulande allerdings weniger bekannt sein, daß in zunehmendem Maße eine mehrere hundert Millionen Menschen umfassende Mittelschicht in Indien als Absatzmarkt anvisiert wird. Diesbezüglich ist im Buch von Investitionen in 'Low-Priority-Areas' die Rede, die gerade aufgrund der breiten Verarmung der Bevölkerung an den Bedürfnissen vorbeigingen (bei einigen der in großer Zahl tabellenförmig aufgeführten Beispiele stellt sich allerdings die Frage, warum sie dieser Luxusgüterkategorie zugeordnet werden, bspw. Bekleidung, Schuhe oder Bier).

Es wird darauf hingewiesen, daß gerade auch deutsche Konzerne und die Regierung Druck auf die indische Regierung machen, um ein schärferes Patentrecht durchzusetzen. Dies würde zur Monopolisierung und folglich zu steigenden Preisen führen, die weitere Bevölkerungsteile von der medizinischen Versorgung ausschließen. Zu scharf sei den Investoren gleichzeitig jede Art von Umweltauflagen, da sie den Trend zur Auslagerung (besonders) umweltverschmutzender Produktion beeinträchtigen. Allerdings: »In order to attract investments, Indian Government is ignoring the implementation of existing norms and standards related to environment and health by TNCs. In fact, many policy makers perceive strict environmental regulations and their implementation as a major obstacle to foreign investment in India.« – Ein Argument, das auch hierzulande wohlbekannt ist. Weiter werden einige Beispiele »unethischer« und illegaler Geschäftspraktiken von Konzernen wie Hoechst, Bayer und Boehringer Mannheim aufgeführt.

Unpraktisch für den Gebrauch ist, daß das Zahlenmaterial nicht für die hiesigen LeserInnen bearbeitet wurde: Die Einheiten sind in lakh, crore und englischen billions, Preise meistens in Rupien angegeben. Auch könnten manche interessante Beispiele, wie z.B. zu 'transfer-pricing', das beim konzerninternen Handel ein übliches Mittel zur Steuerersparnis bzw. -flucht ist, besser erklärt werden. Andererseits füllen die chemischen Ausdrücke der Spezifikationen von Bio-Patenten, erlangt durch Hoechst, ganze Seiten.

Das Buch, das mit seinen 83 nicht sehr eng bedruckten Seiten eher den Charakter einer Broschüre hat, sieht sich als Hilfsmittel für indische AktivistInnen, NGOs und Gewerkschaften im Kampf gegen die positivverklärende Sicht ausländischer Investitionen. Singh fordert eine größere Transparenz und demokratische Teilhabe in Bezug auf (ausländische) Investitionsvorhaben: »Lastly, it is high time that the Indian Government looks into the wider implications of foreign investments, including German investments, on India's domestic industry, economy, people and natural resources and strictly enforces regulatory mechanisms and legislations.« Bei diesem Pochen auf staatliche Souveränität bleibt seine Kapitalismuskritik freilich auch stehen. *Heiko Wegmann*

▸ *Kavaljit Singh: The Reality of Foreign Investments – German Investments in India (1991-1996). Madhyam Books, Delhi 1997. Für DM 20,- (incl. Porto) zu beziehen über: missing link, Westerstr. 114-116, 28199 Bremen.*

Neoliberales Europa

▸ Am 5. Februar demonstrierten in der gesamten BRD mehrere tausend Arbeitslose. In Offenburg erhielten sie Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen aus dem benachbarten Frankreich. Damit war der Versuch gemacht, dem Abbau von erkämpften Rechten länderübergreifend Widerstand entgegenzusetzen. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben auch deutlich gezeigt, daß sich der Protest nicht mehr auf nationaler Ebene alleine erfolgreich umsetzen läßt, sondern Solidarität und Aktion auf europäischer Ebene angesagt sind.

Pierre Bourdieus **Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat** widmet sich genau diesem Thema, dem europaweiten Protest gegen den Neoliberalismus. Ausgangspunkt des Buches war das 3. Forum des Hessischen DGB am 7. Juni 1997 in Frankfurt. Bei den Beiträgen in dem Band handelt es sich um die überarbeiteten Referate des DGB-Kongresses. Pierre Bourdieu, Professor für Soziologie am Collège de France in Paris, hielt das Hauptreferat, auf dessen Thesen sich die anderen Beiträge mehr oder weniger bezogen.

Mit einer zentralen These greift Bourdieu die auch in den Gewerkschaften weit verbreitete Meinung an, daß die sogenannte Globalisierung und die damit einhergehenden Angriffe auf die westeuropäischen Sozialsysteme als zwangsläufig und unabwendbar angesehen werden. Man dürfe nicht, so Bourdieu, dem »Mythos der Globalisierung« aufsitzen, der den Neoliberalismus als fortschrittlich und die Verteidigung der sozialen Rechte als reaktionär diffamiert. »Ihre Verteidigung ist völlig legitim, auch wenn dies von einigen als eine Form von Konservatismus oder Archaismus hingestellt wird. (...) Die sozialen Errungenschaften, von denen ich spreche, soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit usf., für die Männer und Frauen gekämpft und gelitten haben, sind ebenso große und kostbare Errungenschaften wie die philosophischen Werke, die in Bibliotheken und Schulen, oder die musikalischen Werke, die in Konservatorien und Konzertsälen mit

religiöser Ehrfurcht bewahrt und gepflegt werden. Nur daß sie, anders als diese, nicht nur in Museen und Akademien fortleben, sondern im Leben der Menschen lebendig und wirksam sind und deren alltägliches Dasein bestimmen.«

Ausgehend von diesem Grundsatz versucht Bourdieu Ansatzpunkte zu entwickeln, mit denen auf europäischer Ebene die Verteidigung der erkämpften sozialen Rechte möglich ist. Seine Hauptforderung dabei ist: Verteidigung und Ausbau der sozialen Errungenschaften durch Schaffung eines europäischen Wohlfahrtsstaates. Daß Bourdieu so problemlos dem »Staat« eine positive Rolle zuspielt, liegt an seiner Interpretation der Funktion des Staates in den westeuropäischen Gesellschaften. Es gibt nach Bourdieu eine »rechte und eine linke Hand des Staates«. Er kritisiert, daß die Marxisten immer nur die »rechte Hand« beachtet hätten, also den Unterdrückungscharakter. Es gebe aber auch den sozialen Staat, der im Laufe der Kämpfe um die Verbesserung der Rechte geschaffen worden sei. Und dieses Element solle durch den Neoliberalismus zurückgedrängt werden. Das gilt es nun durch eine breite europäische Bewegung von Gewerkschaften, sozialdemokratischen und linken Parteien, Bürgerbewegungen und Basisorganisationen zu verhindern und positiv gewendet in neuer und starker Form als europäischen Sozialstaat zu erkämpfen, gegen den europäischen Staat des Finanzkapitals.

Keiner der anderen Beiträge kritisiert dieses Bild. Die Definition des Staates bleibt unbefriedigend. Verständlich ist dieses Vorgehen als taktische Variante. In den Zeiten des massiven Angriffs des Kapitals ist es am wirkungsvollsten, eine möglichst breite Bewegung für die Verteidigung und Schaffung von sozialen Sicherungen auf einer höheren staatlichen Ebene aufzubauen. Als langfristige Perspektive für einen Umbau der kapitalistischen Gesellschaften ist das jedoch zu wenig.

hav

► *Pierre Bourdieu/Claude Debons/Detlev Hensche/Burkhart Lutz u. a.: Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat. VSA-Verlag, 1997.*

Zeitschriftenschau

ila 212

► Unter dem Titel »Widerstand!?« erscheinen Beiträge über Assoziationen in Lateinamerika jenseits von herrschenden Strukturen. Ausgegangen wird von einem Problem »der« Linken: »Der Staat sollte Forderungen erfüllen und die Wirtschaft lenken, der Staat sollte die Umverteilung organisieren und das Wohnungsproblem lösen. Staatlichen Unternehmen sollte eine Schlüsselposition in der Wirtschaft zukommen...« Nun, da der Neoliberalismus Teile dieses Staates demontiert, verliert die Linke an Orientierung. Demgegenüber wird auf Organisierungsprozesse jenseits von Staat und Klassenorganisation gewiesen. Gewiß ein »unvollständiges Mosaik visionsloser Vielschichtigkeit« – aber hier wird eine Basis für das Entstehen neuer gemeinsamer Anschauungen gesucht. Der Beitrag »Jenseits der Gewerkschafter« berichtet etwa von neuen autonomen Frauenorganisationen, die im Zusammenhang neuer »Freier Produktionszonen« in Mittelamerika entstanden sind. Angefeindet werden sie nicht nur von Unternehmern und Staat. »Organisationsprozesse auf dem Land – Das Beispiel Guatemala« ist ein Artikel über argentinische Basisradios. Albert Sterr versucht, derzeit aktive Organisationen und Bewegungen in Lateinamerika einzuordnen. Der Schwerpunkt schließt mit Betrachtungen über Nichtregierungsorganisationen, über graduelle Zivilisierungstendenzen bei der katholischen Kirche und über weitere »Sekten«.

► *Bezug: Informationsstelle Lateinamerika, Heerstr. 205, 53111 Bonn. 8 DM*

Schwarzer Faden 1/98

► Im Schwarzen Faden wird die Debatte von und über die US-amerikanischen Anarchisten Noam Chomsky und Murray Bookchin fortgeführt. Andi Ries rekurriert auf das Verhältnis von politischem Handeln und politischer Utopie. Konkret wird die Frage bearbeitet, inwieweit Libertäre den Staat vor seiner neoliberalen Ausschlachtung schützen sollen. Denn ein auf seinen Kern, die Repression, verschlankter Staat ist kein angenehmer Gegner, und das damit verbundene Umfeld ungemilderter Ausplünderung stärkt hauptsächlich den Impuls individuellen Sich-Durchschlagens. Jürgen Mümken weist in seinem Artikel über Staatlichkeit solche Überlegungen zurück. Der Staat sei »das Feld, auf dem die sozialen Kämpfe ausgetragen werden«, »die materielle Verdichtung dieses Kräfteverhältnisses«. Auch der »Wohlfahrtsstaat« sei die Grundlage von Ausgrenzung, AnarchistInnen haben jedoch auf deren Überwindung zu bestehen. Chomsky selber wendet sich in einem neuen Artikel der Frage des Konsens zu, den Mechanismen der Zustimmung in die Institutionen des Staates. Weiter enthält das Heft Beiträge über den Zapatismus, den Beginn des Zweiteilers »Der Staat und die etablierten Umweltverbände«, einen Diskurs entlang Foucault über die Macht und einen Artikel über die Rote Zora und die RZ.

► *Bezug: Schwarzer Faden, Dätzingerstr. 132, 71120 Grafenau. 8 DM*

LiteraturNachrichten 56

► Herausgegeben wird das Heft von der »Gesellschaft zur Fördeung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika«. Im Editorial wird bedacht, daß es nur einen Grund gebe, in einer solchen Zeitschrift nicht hauptsächlich über Ungerechtigkeiten zu berichten: »Auch verfolgten AutorInnen ist wichtig, daß man nicht nur über sie als Verfolgte berichtet, sondern ihre Literatur würdigt, daß man sie liest.« Und Literatur schenkt uns ein reicheres Bild von der Welt als das auf der Ebene von Information möglich ist oder von der medialen Berichterstattung erfolgt. So wird im Heft der algerische Popstar Hamid Baroudi zitiert: Die vom Horror lebende westliche Berichterstattung sei einseitig, das Algerien-Bild völlig verzerrt, das Land in der hiesigen Wahrnehmung aus dem Spektrum der Moderne ausgeblendet und im besten Fall in die Solidaritäts- und Mitleidsecke abgeschoben. Demgegenüber empfiehlt und bespricht das Heft Literatur aus Algerien. Desweiteren enthalten sind Gespräche mit Autoren aus Kamerun und aus Madagaskar, Besprechungen neuer lateinamerikanischer Prosa, Berichte über Zensur und Verfolgung kritischer Literatur.

► *Bezug: LiteraturNachrichten, Reineckestr. 3, 60313 Frankfurt. 6 DM*

Menschenrechte in Chiapas

► Anläßlich des Massakers an 45 Menschen durch Paramilitärs in Chiapas und des 3-jährigen Jahrestages der bislang größten Militäroffensive in dieser südmexikanischen Provinz am 9. Februar rief die Frankfurter Soligruppe *Penumbra* mit einer großangelegten Unterschriften- und Anzeigenaktion u.a. die Bundesregierung auf, sich für den Schutz der Menschenrechte in Chiapas einzusetzen. Auch gegen die zunehmende Ausweisung internationaler BeobachterInnen aus Mexiko soll sich die Bundesregierung einsetzen – nicht zuletzt deshalb, weil *Penumbra* und andere Gruppen zu internationalen Friedenscamps in Chiapas aufrufen.

Außerdem startet *Penumbra* einen Spendenaufruf zugunsten der ca. 8.000 Flüchtlinge in Chiapas (Stichwort »Flüchtlinge«, Konto 305854819, Inhaberin K. Wagels, BLZ 500 502 01, Frankfurter Sparkasse). Weitere Infos: *Penumbra, c/o Dritte Welt Haus Frankfurt, Westerbachstr. 47/3, 60489 Frankfurt a.M., Fax 069/ 78960399*

Interkultureller Austausch gegen Rassismus

► Der *Internationale Christliche Jugendaustausch* (ICJA) führt mit seinen internationalen Partnerkomitees seit fast fünfzig Jahren Austauschprogramme durch. Für rund 70 junge AustauschteilnehmerInnen aus Asien, Afrika und Lateinamerika sucht ICJA in Deutschland noch Gastfamilien oder Projekte mit Wohnmöglichkeit. Je nach Alter werden sie in sozialen oder ökologischen Einrichtungen ein Praktikum absolvieren oder zur Schule gehen. Während des Austauschjahres werden die TeilnehmerInnen pädagogisch begleitet und für die Gastfamilien mehrere Seminare veranstaltet. Ziel des interkulturellen Austauschs ist »ein bescheidener Beitrag zur Überwindung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit«.
Info: *ICJA, Kiefernstr. 45, 42283 Wuppertal, Tel. 0202/ 501081, Fax 506563, e-mail: icja@oln.comlink.apc.org*

Workcamp-Sommersaison '98

► Beim *Service Civil International* hat bereits im März die Workcampsaison 1998 begonnen. Bis Oktober finden weltweit über 600 Workcamps für Freiwillige zu Themen wie Ökologie, Friedensarbeit und Antirassismus statt. Die TeilnehmerInnen kommen jeweils aus verschiedenen Ländern, interkultureller Austausch ergibt sich beim gemeinsamen Arbeiten, Leben und Kochen somit ganz von selbst. Damit die gesellschaftlichen Hintergründe des jeweiligen Workcamp-Projekts nicht zu kurz kommen, wird der Arbeitsaufenthalt durch Exkursionen, Referate und Diskussionen ergänzt. Info und Sommerprogramm gegen 5 DM in Briefmarken bei: *SCI, Blücherstr. 14, 53115 Bonn, Tel. 0228/ 212086, Fax 264234*

Der BUKO schlägt Rat

► Wer nicht Rat schlägt, kommt unter die Räder! Unter diesem Motto findet vom 30.4. bis zum 3. Mai in Düsseldorf der erste der »Ratschläge« des *Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen* (BUKO) statt, die auf dem letzten Treffen beschlossen wurden (vgl. iz3w Nr. 226). In verschiedenen Arbeitsgruppen und Plena sollen die einzelnen BUKO-Kampagnen (z.B. Agrar, Pharma) kritisch gesichtet, grundsätzliche Fragen des Politikverständnisses (z.B. der Trend zum Lobbyismus und Expertentum) diskutiert und nicht zuletzt eine inhaltliche und organisatorische Neubestimmung der BUKO-Arbeit herausgearbeitet werden. Ein großes Faß also, das der BUKO hier aufmacht, und zugleich eine Sternstunde der StrategInnen – da trifft es sich gut, daß der Tanz in den Mai ansteht. Info und Anmeldung: *BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/ 393156, Fax 3907520, e-mail: buko@cl-hh.cl.sub.de*

Radikal reisen

► Die *JungdemokratInnen – Junge Linke* bieten unter dem Titel »radikal reisen« im Sommer 1998 neben mehreren Reisen nach Osteuropa auch eine Studienreise nach Israel/ Palästina an (11. bis 21. Juli). Bei Treffen mit außerparlamentarischen Gruppen soll die Entwicklung des Friedensprozesses aus unterschiedlichen Perspektiven zur Sprache kommen. Ebenfalls im Sommer (Termin steht noch nicht fest) geht's nach Südafrika. Themen sind die Reformen insbesondere im Schul- und Hochschulsystem sowie die Arbeit der Wahrheitskommission. Infos: *JD-JL (Bundesverband), Pappelallee 9, 10437 Berlin, Tel 030/ 440 248 -64, Fax -66.*

Aufbaustudium Kleingewerbeförderung

► Am 1.10.1998 beginnt an der Universität Leipzig am Lehrstuhl Robert Kappel ein zweijähriges Aufbaustudium im Bereich Kleingewerbeförderung und Berufsbildung *(SEPT-Leipzig, Small Enterprise Promotion and Training)*. Studiensprache ist Deutsch, Englisch wird allerdings viel benötigt. Zulassungsvoraussetzung ist ein abgeschlossenes Studium der Wirtschafts-, Sozial- oder Ingenieurwissenschaften. Neben Seminaren und Workshops stehen Praktika und eine Feldstudie mit Abschlußarbeit auf dem Studienprogramm. Info: *Aufbaustudium SEPT, Uni Leipzig, Augustusplatz 9, D-04109 Leipzig, Tel. 0341/ 97370-30, Fax -48, e-mail: kappel@rz.uni-leipzig.de, Internet: http://www.uni-leipzig.de/sept*

Praktika:

► Ab sofort ist im **iz3w** eine Praktikumsstelle im Bereich Öffentlichkeitsarbeit frei: iz3w: Tel 0761/74003

► Der Verein ***BanaFair***, der fair gehandelte Bananen vertreibt, sucht für seine Presse- und Bildungsarbeit PraktikantInnen mit journalistischen Vorkenntnissen. Neben einem Einblick in den Alltag der Pressearbeit steht die Betreuung des vereinseigenen Archivs im Vordergrund. Kontakt: *BanaFair e.V., Langgasse 41, 63571 Gelnhausen, Tel. 06051/ 16350, Fax 16260*

Tagungen

► **UmweltGerechte TextilWirtschaft – Vision oder Wirklichkeit?** ist der Titel eines Kongresses am 2. April im Stuttgarter Haus der Wirtschaft. Er dreht sich um die Frage, wie die Textilindustrie im Zeitalter der Globalisierung soziale und ökologische Standards garantieren kann. Info: *Evang. Akademie Bad Boll, Büro Stuttgart, Kniebisstr. 29, 70188 Stuttgart, Fax 0711/ 9236623*

► Das Seminar **Südasien aktuell – Indien und seine Nachbarstaaten** (20. bis 24. April) will einen Eindruck von der Vielfalt des Subkontinents geben und die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation beleuchten. Es wird als Bildungsurlaub anerkannt. Info: *Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter, Arbeitsbereich Entwicklungspolitik, Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter, Tel. 02223/ 73210*

► Für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika veranstaltet STUBE ein Seminar (30.4. bis 3. 5) zum Thema **Globalisierung – Vor- und Nachteile für Entwicklungsländer**. Info: *STUBE Niedersachsen, Weinberg 62, Postfach 100964, 31109 Hildesheim, Tel. 05121/ 9374-34, Fax -11*

► Vom 8. bis zum 10. Mai findet in Hamburg das **7. Bundestreffen der Cuba-Solidarität** statt. Themen sind u.a.: Neue Medien und ihre Nutzung für die Cuba-Solidarität, Entschuldung Cubas, Erneuerbare Energien und ihre Bedeutung für Cuba, Cuba aus Frauensicht. Info: *Netzwerk Cuba e.V., Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel./ Fax 0228/ 241505, e-mail: cubared@link-k.gun.de*

▶ Vom 15. bis zum 17. Mai veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie ihre Frühjahrstagung. Thema: **Die Geschlechterfrage im Kontext von Globalisierung und Entwicklungszusammenarbeit**. Info: *Evangelische Akademie Iserlohn, Tel. 0221/ 511773*

▶ Ein international besetztes Forschungssymposium widmet sich vom 21. bis 24. Mai im Gustav-Stresemann-Institut Vorstellungen von **Behinderung in verschiedenen Kulturen**. Neben bisherigen Forschungsergebnissen sollen auch zukünftige Forschungsstrategien und die Bedeutung kulturspezifischer Vorstellungen von Behinderung für die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit thematisiert werden. Veranstalter sind u.a. der Verein Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V., die Foundation Comparative Research, Amsterdam, und das Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz. Info: *BEZ e.V., Am Kindergarten 18, 61169 Friedberg, Tel. 06031/ 124-73, Fax -33*

▶ Die Kurdistan-AG des AStA der FU Berlin ist Veranstalter eines kurdologischen Kongresses mit dem Titel **Between Imagination & Denial – KurdInnen als Subjekte und Objekte politischer und sozialer Prozesse**. Zahlreiche internationale, namhafte ReferentInnen widmen sich vom 29. bis zum 31. Mai u.a. folgenden Fragen: Wer sind eigentlich »die« KurdInnen? Was verbindet den in der Bundesrepublik lebenden kurdischen Unternehmer mit der kurdischen Mutter in Kurdistan während des zweiten Golfkriegs? Wer von beiden ist – wem gegenüber – mehr Subjekt? Der Kongreß will statische Begriffe zugunsten komplexerer Sichtweisen kurdischer Realitäten aufgeben, ohne postmoderner Beliebigkeit zu verfallen. Info und Anmeldung: *Kurdistan-AG AStA FU, Kiebitzweg 23, 14195 Berlin, Tel. 030/ 839091-24, Fax 8314536*

▶ Die Begriffe Solidarität und Nachhaltige Entwicklung stehen im Zentrum der großen internationalen »**Nord/ Süd-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung**« (25. bis 29. Mai), die von der Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas und Caritas im schweizerischen Bern veranstaltet wird. Die international und prominent besetzte Konferenz (u.a. Julius Nyerere, Martin Khor, José Ramos Horta, Nafis Sadik, angefragt ist Nelson Mandela) will den Anliegen des Südens hinsichtlich des politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Wandels im 21. Jahrhundert eine breite Öffentlichkeit verschaffen. Info und Anmeldung: *Arbeitsgemeinschaft Swissaid u.a., Konferenz, Postfach, CH-3001 Bern, Telefon 0041-79 4128972, Fax 0041-31 3811718, e-mail: conference@swisscoalition.ch, Internet: www.swisscoalition.ch*

▶ Vom 6. bis zum 7. Juni findet die **Vollversammlung der Verschuldungskampagne** statt. Themen sind u.a. die Entschuldung der Entwicklungsländer nach dem Vorbild des »Londoner Schuldenabkommens« von 1953 und die Diskussion der aktuellen Kampagne »Erlaßjahr 2000«. Info: *Franz-Hitze-Haus, Katholisch-soziale Akademie Münster, Kardinal von Galen-Ring 50, 48149 Münster, Tel. 0251/ 9818-0, Fax -480*

▶ Der zweite bundesdeutsche **Fair Trade Kongreß** vom 19. bis zum 21. Juni steht unter dem Motto »Sichtungen«. Sozialstandards und Fairer Handel sollen von MitarbeiterInnen aus Weltläden und der interessierten Öffentlichkeit diskutiert werden. Eingeladen sind neben Firmenangehörigen von gepa, Otto-Versand oder Body Shop auch VertreterInnen von über 10 Produzentengruppen aus Übersee. Info: *Fair Trade Verein, Stichwort Kongress, Bruch 4, 42279 Wuppertal, Tel. 0202/ 6489-221, Fax -235*

▶ Die Akademie Klausenhof führt im Jahr 1998 zahlreiche Seminare zum Thema **Interkulturelle Begegnung** durch. Zielgruppen sind u.a. Familien und Jugendliche binationaler Herkunft, wie z.B. deutsch-indische oder deutsch-türkische Familien. Infos: *Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 46499 Hamminkeln-Dingden, Tel. 02852/ 89-0, Fax -300*

Vorschau: **iz3w Nr. 229**
Schwerpunkt: »Sport ohne Grenzen«

▶ Bald steht uns wieder die große Soapopera mit Bällen ins Haus, die es vermag, selbst dem stärksten Mann die Tränen in die Augen zu treiben. Was macht die unglaubliche Faszination von sportlichen Spektakeln wie Fußballweltmeisterschaft, Olympiade oder dem Samstagskick des FC Unterdorf aus? In unserem Themenblock fragen wir nach der symbolischen Bedeutung von sportlichen Phänomenen in Nord und Süd. Was spielt sich hinter der Kulisse kollektiver und auch individueller Euphorie ab? Sind Wettkämpfe Aufführungen der Ideologie des optimierbaren Körpers? Entbinden die Helden des Sports die Masse von der Emanzipation? Nach welchen Spielregeln funktioniert das »multikulturelle Projekt«, das zugleich Arena nationalistischer und rassistischer Agressionen ist?

▶ Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Impressum

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: http://www.rolf.de/iz3w

Redaktion:
▶ Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Jörg Fichtner, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Silke Moschitz, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Birgit Schößwender, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Anne Françoise Weber, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto/Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 229:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 15.4.1998

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▶ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733